



6. Heft | 31. März 1915

MAX SCHIPPEL · ZOLLVEREINSPLÄNE UND FRIEDENSZIELE

FÜR den bisherigen Verlauf und den zu erwartenden Abschluß des Krieges ist es kennzeichnend, daß die Losreißungs- und Annexionspläne, wenigstens soweit kontinentaleuropäische Landstriche in Frage kommen, in Deutschland, im Vergleich mit früheren Kriegszeiten, wie 1864, 1866 und 1870, verhältnismäßig weit zurückgetreten sind. An Scharfmachern und Drängern fehlt es selbstverständlich auf den beiden äußersten Meinungsflügeln nicht. Auf der Rechten mehr im Hinblick auf die westlich der deutschen Reichsgrenzen gelegenen fremden Provinzen und Staaten. Auf der Linken mehr in dem Bestreben von dem altverhaßten russischen Koloß einzelne Glieder abzutrennen, sei es, um sie mit selbständiger staatlichen Leben auszurüsten, sie in Pufferstaaten zu verwandeln, sei es, um sie noch unmittelbarer als deutsch-österreichische Grenzsicherungen zu verwenden. Die von oben herab gewünschte und zurzeit noch immer vollkommen berechtigte Zurückhaltung für alle Friedenserörterungen überhaupt, der Gang des Krieges selber und die vernünftigerweise mit in Rechnung zu stellenden politischen Zukunftswahrscheinlichkeiten, dazu noch manche andere Umstände arbeiten den programmedschmiedenden, nichts als endzielbewußten Landkartenrevolutionären recht unbarmherzig entgegen.

Um so mehr lenken die vorher mehr vernachlässigten Probleme der engern wirtschaftlichen Verbindung wieder einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Auch in unseren sozialdemokratischen Parteiereien zeigen sich, unverkennbar und jedenfalls viel bemerkbarer als früher, einzelne schüchterne Anläufe ohne Voreingenommenheit den naturgemäß zunächst von anderer, meist von schutzzöllnerischer Seite ausgehenden Anregungen nach besten Kräften gerecht zu werden. Während man sich, vor noch gar nicht langer Zeit, bei uns mit einer klaren, grundsätzlichen Verwahrung überaus einfach über die ausgefeimte neue Schutzzollfestigung der mitteleuropäischen oder sonstigen Zollunionbewegungen hinweghalf, tauchen neuerdings bereits überraschend ruhige, obwohl ziemlich unsicher tastende Abwägungen des Für und Wider auf: möglichst unbeengt von den alten prinzipiellen Scheuklappen und möglichst ausschließlich aus den vorliegenden Wirtschaftstatsachen und dem voraussichtlichen fernern Tatsachenverlauf abgeleitet.

Allerdings, von einem Extrem zum andern umschlagend, rufen daneben

einige unserer gefürchtetsten Allesbeweiser sogar schon den proletarisch-revolutionären Glauben an das alleinseligmachende internationale Spiel der unangetasteten freien Konkurrenz zu gunsten der ehemaligen *Schutzzollfestigung* an. Mit der geistvollen Begründung nämlich, daß jedes Staatseingreifen relativ geförderte *Interessen* hervorlocke und begünstige und relativ gehemmte und zurückgedrängte Interessen verletze, und was der gleichen senilen theoretischen Kindereien noch mehr sind, die man sonst geringschätzig der freihändlerischen *manchesterlichen Vulgarökonomie* zu überlassen pflegte.

Da der Grundgedanke der mitteleuropäischen Zollannäherung, mit Deutschland als Kristallisationskern, wiederholt seit langen Jahren in den Sozialistischen Monatsheften vertreten wurde, so seien ihm bei seinem ersten unbestimmten Frühlingsneuerwachen hier abermals ein paar Betrachtungen gewidmet, die vielleicht manchem Parteigenossen einige Grundzüge des Problems deutlicher zur Anschauung bringen können. Alle Einzelheiten, etwa über die wünschenswerte territoriale Ausdehnung eines denkbaren engern Wirtschaftszusammenschlusses, über das allenfalls zu erreichende Ausmaß der gegenseitigen Zoll- und Verkehrsvergünstigungen mögen dabei ruhig beiseite bleiben. Ihre Besprechung wäre im Augenblick wenig zeitgemäß. Es kann sich, selbst ohne die Anforderungen der Zensur, gegenwärtig bei allen solchen Darlegungen lediglich um die Vorbereitung und Heranzerziehung einer zweckentsprechendern allgemeineren Auffassung handeln. Diese Einschränkung bietet jedoch zugleich den Vorzug, daß eine etwa sich anknüpfende Aussprache nicht so leicht auf nebensächlichere Details abgelenkt wird.



WENN man an engere handelspolitische Staatenverbände denkt, so kann man das, falls man sich um jeden Preis ein harmloses Wortmachervergnügen gönnen will, natürlich stets eine Abkehr vom willkürlichen und kurzichtigen Hochschutzzoll und eine Wendung zum Freihandel nennen. Wenn man jedoch gleich von einer prinzipiellen Verneinung des Schutzzollgrundgedankens spricht, so geschieht dies ungefähr mit dem selben Recht, wie es eine Absage an das sozialpolitische *Prinzip* des Staatseingreifens und eine Anerkennung des *Laisser faire*-Systems wäre, wenn man die gewerkschaftlichen Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter frei von törichten und engherzigen Polizeieingriffen sehen möchte oder den Landarbeiter frei von staatlich zwangsweiser Anhaltung zur Arbeit oder den Dienstboten frei vom staatlich obligatorischen Arbeitsbuch und Führungszeugnis. Jedermann weiß: Die gleichen Wortführer, die die letzterwähnte Abkehr am eifrigsten verlangen, nennen sich zugleich am entschiedensten, und zwar aus guten Gründen, die hauptsächlichlichen Gegner des sozialpolitischen Manchesterturns; sie rühmen sich sogar ihrer Erfolge in der Durchsetzung und Weiterausdehnung des Staatseingreifens im allgemeinen.

Wie jede allgemeinere Maxime der Praxis und vollends der verwickelten praktischen Politik ist eben auch der Schutzzoll, die handelspolitische Staatsbetätigung gegenüber der schrankenlos freien Außenhandelskonkurrenz, keineswegs der willkürlichen und kurzichtigen Anwendung und Ausgestaltung einerseits, der zeitlichen Wandlung und der wechselnden Ab-

stufung je nach den vorherrschenden Zweckmäßigkeitserwägungen andererseits entzogen: genau wie das sozialpolitische Staatseingreifen, dessen grundsätzliche Anerkennung sich deshalb durchaus mit Aufhebung und Milderung bestehender Staatsbetätigung auf bestimmten Gebieten der Sozialpolitik verträgt. Mir ist im Inland wie im Ausland nicht ein einziger halbwegs ernstzunehmender Schutzzöllner bekannt, der (von rein staatsfinanziellen Einnahmerücksichten, die an sich mit dem Schutzzoll nicht das geringste zu tun haben, abgesehen) für alle Außenhandelsbeziehungen Schutzzölle empfiehlt, und der vollends jedesmal dem höhern Einzelzoll vor dem niedrigeren den Vorzug geben würde. Solche schnurrigen Schutzzollkäuze leben nur in der Einbildung von einigen unserer überängstlichen Parteigespenstergläubigen und von erfindungsreichen Ammenmärchenerzählern, die jedoch außerhalb der politischen Kinderstuben am besten schweigen sollten.

Schon das (durch Bismarcks vertiefte eigene Erkenntnis sehr bald wesentlich verbesserte) Dezemberprogramm von 1878 verlangte von der »Zollpflicht diejenigen für die Industrie unentbehrlichen Rohstoffe auszunehmen, welche in Deutschland garnicht (wie zum Beispiel Baumwolle), und nach Befinden auch die, welche nur in einer ungenügenden Quantität oder Qualität erzeugt werden können«. Dem Sinn nach genau das gleiche wiederholt die, gewiß nicht prinzipiell freihändlerische Chamberlainsche Tarifreformplattform. Marx nennt es geradezu »Hauptlehre des rationeller entwickelten Schutzzollsystems die Rohstoffe möglichst frei hereinzulassen.«¹⁾ In unserm heute geltenden Zolltarifgesetz stehen deshalb beispielsweise als zollfrei (und die Einfuhren häufen sich gerade hier zu ganz ungeheuren Mengen und Werten): Baumwolle, Wolle, Jute, Rohseide, Flachs, Hanf; Kokosfaser, Bast, Binsen, Espartogras sowie alle übrigen Pflanzenstoffe zur Herstellung von Bürsten und Flechtarbeiten, Stuhlrohr, Brennholz, Gerbholz und Gerbrinden, Holzkohle, Steinkohle, Braunkohle, Torf, Koks; Tierhaare und -borsten, Felle und Häute, Knochen, Hufe, Klauen, Hörner, Därme und Magen; Futterkleie, Futterrüben, Zuckerrüben, Ölkuchen, Schlempen, Schnitzel, Treber; Farbpflanzen, Palmkerne, Kopra, Pflanzen und Pflanzenteile zum Heilgebrauch; die meisten Erden und Steine, Edelsteine, Bernstein, Erze aller Art, Gold, Silber, Rohaluminium, Rohblei, Rohnickel, Rohzink, Rohkupfer, Rohzinn, Asphalt, Erdwachs, Pech, Teer, eine Anzahl Metalle, Säuren, Chemikalien, künstliche Farbstoffe sogut wie alle künstlichen Düngemittel; Kautschuk, Guttapercha, Korkholz, Terpentin und Harze aller Art, Schellack, Kampher, Graphit, Asbest, Seeschiffe usw. usw. Die allermeisten dieser Zollfreiheiten sind kaum je von irgendeinem Schutzzöllner angefochten worden, und ebensowenig verwehrt das Schutzzollprinzip die Niedrighaltung oder Ermäßigung bestimmter Zölle, je nach der internationalen Konkurrenzgestaltung und nach Lage und Aussichten der heimischen Produktion, und je nach den großen wirtschaftlichen Zielsetzungen, die in immer neuen und höheren Formen aus der wirtschaftlichen und politischen Allgemeinentwicklung emporwachsen. Als *Prinzip* behauptet das Schutzzollsystem nur das Recht zu regulierenden Staatseingriffen in die internationalen Konkurrenzverhältnisse und die mögliche, von Fall zu Fall entscheidende Überlegenheit der staatlichen Regelung gegenüber dem

¹⁾ Siehe Marx Das Kapital, 3. Band, 1. Teil /Hamburg 1894/, pag. 83.

freien Laufenlassen, während der Freihandel (das handelspolitische Manchestertum, genau wie das sozialpolitische Manchestertum) die jederzeitige vollkommene Ausschaltung des Staats und der Gesetzgebung für die strittigen Gebiete zum starren Prinzip erhebt. An dieser Starrheit ist allerdings nichts zu ändern, während beim Schutzzoll (wie auch beim sozialpolitischen Staatseingreifen) die unendlich wandelbare Durchführung und Näherausgestaltung in der Praxis alsdann durch Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmt und begrenzt wird: Erwägungen, die natürlich für die verschiedenen Produktions- und wirtschaftlichen Interessengruppen (ähnlich wie auch bei der staatlichen Sozialpolitik) nicht einheitlich sind, und die deshalb ohne *Interessenkämpfe* sich selten durchsetzen.

Es liegt deshalb durchaus im Gesichtsbereich und Gedankengang des Schutzzollsystems gegen wirtschaftlich ähnlich gestellte oder zur Produktionsergänzung enger heranzuziehende Länder die Zölle herabzusetzen. Und ebensowenig ist es ein innerer Widerspruch, wenn wir hervorragende Schutzzöllner in erster Linie an der Spitze solcher Reformbestrebungen finden (von Kampf berechnungen: daß man durch engere Angliederung die schwächere fremde Produktion leichter überrennen werde, hier natürlich ganz abgesehen). War doch Friedrich List, Deutschlands größter Theoretiker und Agitator des Industrieschutzes nach außen hin, zugleich der größte Förderer des deutschen Zollvereins, der nach innen zu, zwischen allen zollverbündeten deutschen Gliederstaaten, die, wirtschaftlich wie politisch vollkommen zwecklosen und schädlichen Zölle in Wegfall brachte.



OWEIT aber die Zollverbandspolitik in einer wirtschaftlichen Angliederung neuer Gebiete, neuer Staaten oder unter Umständen auch nur neuer Staatenteile, besteht, setzt sie vollends meist nur ältere staatenverbindende Schutzzollgebilde fort. Ich habe mich reichlich oft gegen den kindlichen ideologischen Versuch gewendet in der wirklichen, praktischen Handelspolitik nichts als den Kampf zwischen zwei *Prinzipien*, zwischen Schutzzoll und Freihandel, sehen zu wollen: was ebenso naiv ist, als wollte man die praktische Sozialpolitik einfach aus den beiden Gegensätzen Manchestertum und Staatseingreifen herleiten und erklären. Indes springt der tiefgreifende Unterschied zwischen allen heute in Betracht kommenden Zollverbandsplänen und den kosmopolitischen Freihandelsforderungen sofort in die Augen.

Jeder Zollverband setzt engere Beziehungen nach innen, im Vergleich zu den loserem und erswerteren Beziehungen nach außen, voraus; sonst hört er auf eine politisch-wirtschaftliche Sonderorganisation zu sein, wie sie unter einem Zollverband stets gedacht wurde und vernünftigerweise gar nicht anders gedacht werden kann. Durch diesen Grundzug steht offenbar jeder Zollverband eher im Gegensatz zu den Grundanschauungen des prinzipiellen Freihandels. Wenn zwischen Österreich und Deutschland die Zollschranken fielen, so kann daraus ein handelspolitisches Sondergebilde entstehen: falls gegen England, oder gegen Rußland, oder gegen Amerika oder gegen alle diese und noch mehr Länder, mit einem Wort: gegen alle Außenseiter irgendwelche (höhere oder niedrigere) Zölle sich aufrichten. Aber falls sowohl Deutschland wie Österreich nicht

nur gegenseitig unter sich sondern nach allen Seiten, auch gegen alle Außenseiter, gleichviel ob England, Rußland oder Amerika, Freihandel gewähren, so bleibt von einer deutsch-österreichischen handelspolitischen Sondergruppe, von einem Zollverband oder gar einer Zollunion, nichts mehr übrig; oder man hätte das Recht ebensogut von einem deutsch-englischen und einem deutsch- oder österreichisch-russischen Außenhandelsverband zu sprechen. Zweck und Wesen einer Zollunion zwischen Staaten, die aus irgendwelchen Gründen sich tatsächlich genügend näherstehen oder sich annähern und verbünden wollen, wären damit vollständig ausgelöscht.

Das Freihandelsprinzip erstrebt für die Außenhandelsverhältnisse kosmopolitische Gleichheit, ohne einzelstaatliche oder gruppenstaatliche Unterscheidung; es wiederholt für sein internationales Sonderanwendungsgebiet die alte allgemeine manchesterliche Grundformel: freie und gleiche Konkurrenz. Die Zollvereinspolitik dagegen bedeutet die Heraushebung von staatlichen Sondergruppen aus den allgemeinen staatlich-völkerrechtlichen Handelsverknüpfungen. Ihre notwendige Folge ist daher das niedrigere Zollniveau (oder der volle Freihandel) nach innen zwischen den Verbündeten, das höhere Zollniveau nach außen (oder, bei Innenfreihandel, Zölle überhaupt nur nach außen). Wer prinzipiell den Freihandel, den Freihandel nach allen Seiten predigt, kann keinen besondern Zollverein wollen. Und wer den Freihandel zwar innerhalb einer Gruppe, aber den Zoll und die Zolldifferenzierung, also die nichtgleiche Konkurrenz nach außen will, sollte sich nicht als prinzipieller Freihändler aufspielen.

Gerade weil es in der gegenwärtigen, zur Realpolitik unwiderstehlich drängenden Zeit doppelt bedauerlich wäre, wenn die sachlicher als früher aufkeimenden handelspolitischen Parteierörterungen wieder in leeren Schlagworten und in utopistischer Unklarheit enden würden, täte man besser von vornherein von aller irreführenden Prinzipienreiterei abzusehen: noch dazu, wenn das stolz vorgeführte Zukunftsprinzip nichts als ein alter lendenlahmer bürgerlicher Vergangenhheitsgaul ist.

FINDLICH noch ein Drittes. Die heute empfohlenen und erwogenen Zollvereinspläne, die neben Deutschland in erster Linie Österreich-Ungarn, ferner Holland, Belgien, die Schweiz, schließlich Skandinavien und die Balkanländer (in sehr wechselnder Mischung) in Betracht zogen, haben, dem sehr verschiedenen tatsächlichen handelspolitischen Entwicklungsgang der Einzelländer sich mehr als früher adaptierend, ganz überwiegend selbst den Freihandel innerhalb der zu erstrebenden Verbandsgruppe fallen lassen.²⁾ Als nächstes Ziel gilt mehr und mehr, daß sich die möglichen und wahrscheinlichsten Verbandsteilnehmer Zollsondervergünstigungen, niedrigere Sonderzölle einräumen, während die allgemeinen Normalzölle gegen die Außenseiter höher bleiben. Meist denkt man wohl der Einfachheit wegen an Zölle gegen die Außenseiter etwa im Ausmaß der heutigen Zolltarife, und andererseits an (prozentual oder sonst nach bestimmten Regeln) festzulegende Ermäßigungen innerhalb der handelspolitischen *Entente*. Ein handelspolitisch vollkommen gemeinsames Wirtschaftsgebiet glaubt man in absehbarer Zeit höchstens für Deutschland und Österreich-Ungarn erreichen zu

²⁾ Siehe die Rundschau Wirtschaft, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte, pag. 308.

Klassen für die innere und äußere Entwicklung des Gesellschaftsorganismus in einer sich stetig erweiternden sozialen Gesetzgebung zum Ausdruck kam, die immer neue Schichten des Proletariats in ihren Bereich zog und die Verpflichtung der Gesamtheit für alle wirtschaftlich Notleidenden einzutreten zur allgemeinen Maxime sozialer Sittlichkeit erhob. Zugleich wurden, ganz im Sinn der marxistischen Auffassung einer Eigenbewegung des Produktionssystems nach bestimmten Richtungen, aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus immer zahlreichere Zweige wirtschaftlicher Tätigkeit von der Gesellschaft, das heißt von Staat und Kommunen, übernommen oder mindestens unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt.

Mit alledem ist nun zwar das Endziel der Arbeiterbewegung: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, gewiß kaum in den Anfängen erreicht; aber die Stellung der sozialistischen Arbeiterschaft zu der bürgerlichen Gesellschaft und dem Staat als dem Ausdruck der Gesamtheit hat sich damit notwendig prinzipiell gewandelt. Galt dieser Staat früher als der Feind, gegen den sich der Befreiungskampf des Proletariats richtete, der sich mit allen Machtmitteln, vor allem, wie man in der Arbeiterschaft annahm, auch durch das stehende Heer gegen die proletarischen Umsturzgelüste verteidigte, so wurde er nun in seinen Wandlungen und Machtverschiebungen zum Gesamtausdruck des Volksganzen. Würde dieser Staat, würden seine Organisationen, seine Gesetzgebung, seine Industrie, seine Handelsbeziehungen, seine technischen Einrichtungen zertrümmert, so fielen zugleich mit allen der Arbeiterschaft ungünstigen Institutionen die Teile des Staatsbaus zusammen, an denen sie selber in mühevolem Schaffen gezimmert, und ein völlig neuer Aufbau müßte begonnen werden. Mit Recht aber hütet sich die Arbeiterschaft ihre eigenen Organisationen, die Früchte jahrzehntelanger schöpferischer Tätigkeit niederzureißen. Der Staat gilt ihr heute als das, was er tatsächlich ist: die Form, in der sich die schaffenden Kräfte des Ganzen im ausgleichenden Kampf aller vorhandenen, sich widerstreitenden oder auch stützenden Klasseninteressen auswirken. Für sie gilt es in diesem Mit- und Gegeneinander der Kräfte die ihrer wahren Bedeutung im Ganzen entsprechende Geltung zu gewinnen.

Diese Aufgabe ist nicht überall und ausschließlich in nationalem Rahmen zu lösen. Sie fordert im Gegenteil auf weiten Gebieten auch internationale Zusammenschlüsse, um rasche und starke Erfolge zu erzielen. Denn da die gleichen wirtschaftlichen Ursachen auch annähernd gleiche organisatorische Gebilde und gleiche soziale Strebungen ins Leben rufen, so wachsen zahlreiche Internationalen der Arbeiterklassen immer von neuem aus dem Boden. An erster Stelle die Gewerkschaftsinternationale. Diese hat bestimmte umrissene praktische Ziele, an denen alle ihre Glieder in gleichem Maß beteiligt sind. Sie will der Aufhebung der gewerkschaftlichen Erfolge in einem Land durch die Konkurrenz der Arbeiter anderer Nationalitäten steuern, schwache nationale Organisationen durch die materielle Hilfe leistungsfähigerer anderer vor inneren Krisen retten, vor allem den international ausgebauten Kampforganen des Unternehmertums internationale Arbeiterorganisationen gegenüberstellen. Die Gewerkschaften wollen also bestimmte Ziele unter bestimmten Voraussetzungen durch internationalen Zusammenschluß fördern. Aber die Gesamtheit ihrer Aufgaben suchen sie doch im nationalen Staat zur Lösung zu bringen. Dieser Arbeiterinter-

nationalismus nimmt unter den verschiedenen Gemeinschaftsbeziehungen, die für die sozialistischen Arbeiterklassen moderner Industrieländer bestehen, freilich einen sehr hohen Platz ein, weil für diese eben der wirtschaftliche Klassenkampf von außerordentlicher Bedeutung ist. Aber er ist dennoch nur eine unter anderen Gemeinsamkeiten.

An diesem Punkt liegt, so einfach die Dinge sind, wohl überhaupt die Quelle mancher Mißverständnisse in der Diskussion der Internationalitätsfrage. Es wird die selbstverständliche Tatsache nicht genügend in Rechnung gezogen, daß wir mit unseren Interessen und Empfindungen zu gleicher Zeit an zahlreiche Gemeinsamkeiten geknüpft sind und ein Sichverbundenfühlen oder gemeinschaftliches Handeln mit der einen absolut noch nicht die innere Solidarität mit anderen zu lösen braucht oder nur lösen könnte. Ich kann eben zugleich und mit gleicher innerer Anteilnahme Sozialdemokrat und Deutscher sein, da ich mich verschiedenen Komplexen zugehörig fühlen kann. Ich kann mit dem Schicksal einer Partei so verwachsen sein, daß daneben das Interesse für meine Volksgenossen zu versinken scheint; aber dieses Interesse mag trotzdem von neuem für mich zum Mittelpunkt des Denkens und Fühlens werden, sobald das Heimatland bedroht ist oder gegen feindliche Angriffe geschützt werden muß. So kann man als Sozialdemokrat mit leidenschaftlichem Empfinden innerhalb des Landes gegen die Träger antisozialistischer Anschauungen, und gleichwohl in voller Gemeinschaft mit diesen gegen äußere Feinde kämpfen, die den Bestand oder die Entwicklung des Ganzen vernichten wollen.

Woher nun diese gewaltige Kraft des nationalen Empfindens, das jetzt im Weltkrieg mit einem Schlag alles Trennende innerhalb der Nation beseitigt, alle Gemeinsamkeit außerhalb der Nation für eine Zeitspanne in die zweite Reihe verwiesen hat? Das Wesen der Nation eindeutig zu fassen ist bis jetzt noch keinem Theoretiker gelungen. Es bestehen Kontroversen darüber, was die Nation als Begriff von der Volks-, Sprachen-, Stammes-, Heimatsgemeinschaft scheidet, welche Bindungen es also sind, die einzelne und Klassen an die Nation als Ganzes schmieden. Das eine freilich sieht und empfindet jeder, der die Geschichte des letzten Jahrhunderts betrachtet: Die Nation ist nicht nur ein Phantasiegebilde, sie lebt und ist, sie ist die Form, unter der sich das Schicksal der Völker in dieser gegenwärtigen Geschichtsperiode vollzieht. Aber »sowenig wie der Mensch sich begreifen läßt durch das Nebeneinander der Zellen«, heißt es in einem interessanten neuen Buch, von dem neulich in der geschichtswissenschaftlichen Rundschau der Sozialistischen Monatshefte ausführlicher die Rede war: in Ruedorffers Grundzügen der Weltpolitik in der Gegenwart, »läßt sich das Volk begreifen durch das Nebeneinander der Individuen. Erst das Ineinander der Individuen, erst ihrer aller Teilhaberschaft an einem Ganzen, das mehr und etwas anderes ist als die Summe der Teile, macht das Volk zum Volk. Und nicht einmal das Ineinander der gegenwärtigen Individuen genügt: erst jener eigentümliche Zusammenhang, der sich in der Folge der Generationen herausgebildet hat und weiter entfaltet und also Vergangenes ebenso umfaßt wie Zukünftiges. . . Die Nationen sind Wege zur Menschheit, Ansätze zu ihr und die Idee der Menschheit steht vor ihnen als Aufgabe.« Mag man mit solcher Betrachtung sympathisieren oder sie als ideologisch ablehnen: auch das materialistisch orientierte Denken muß mit der

Existenz der Nationen als der vorläufigen Form des Daseins der Kultur-menschheit rechnen, es muß die sich stets wiederholende Einheitlichkeit bestimmter nationaler Willensstrebungen, wie sie sich in den Macht- und Ausdehnungstendenzen ebenso wie in dem kulturellen Besonderheitswillen der Völker zeigen, als Tatsache anerkennen. Für eine tieferdringende Betrachtung besteht hier kaum ein Gegensatz zwischen ideellen und materiellen nationalen Zielen. In der Erweiterung der nationalen Machtsphäre liegt zugleich die wirtschaftliche Kräftigung: Reichtumsvermehrung ganzer Klassen und erhöhte materielle Entwicklung im Innern; die Stärkung des Spezifischen in der Kultur des Volks drängt umgekehrt fast überall zur verschärften Betonung des Machtwillens nach außen. Die Existenz eines solchen gemeinsamen Willens ist nun genau so unbeweisbar wie die eines gemeinsamen innern Lebens der Volksgenossen, wie es bei aller Besonderheit der Individuen besteht. Die Mehrzahl der einzelnen ist sich des nationalen Willens nicht bewußt; sie negiert vielleicht sogar sein Vorhandensein, und dennoch wird sie von seiner Welle getragen und arbeitet in anscheinend ganz anders motivierten Handlungen mit an seiner Durchsetzung. Dies alles leugnen wollen hieße das Wirken allgemeiner Richtungskräfte in der Menschheitsentwicklung leugnen, es hieße in dem blindesten Zufall den Gestalter geschichtlichen Werdens vermuten.

Wie aber steht die sozialistische Arbeiterschaft nun zu diesem nationalen Gesamtwillen? Und zwar in ihren wirtschaftlichen wie in ihren sozialen und kulturellen Interessen? Besteht hier nicht ein Konflikt zweier Interessenkreise, der Gemeinschaftsgebundenheit mit der Nation auf der einen, mit den sozialistischen Arbeiterklassen gegen die Kapitalistenklassen aller Länder auf der andern Seite? Und endlich: Wo liegt in diesem Konflikt das höhere, e n t s c h e i d e n d e Interesse?

Die Abhängigkeit der Arbeiterklasse in ihrer materiellen Lebenslage von der Höhe der wirtschaftlichen, technischen und politischen Entwicklung der Gesamtnation, der Ausbreitung ihrer Industrie auf dem Weltmarkt, der ungestörten Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen usw. ist auch in der Sozialdemokratie kaum von irgendeiner Seite bestritten worden. Der Zusammenhang günstiger Wirtschaftskonjunkturen mit steigendem Lebensstandard des Proletariats, industrieller Krisen mit vermehrter Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen, verschlechterten Arbeitsbedingungen ist zu oft durch die Erfahrung erwiesen, als daß er in Zweifel gezogen werden könnte. Auch wo sozialistische Theoretiker, wie O. Bauer, den Vorteil weltwirtschaftlicher Expansion einer nationalen Industrie für die Arbeiterklasse des Landes leugnen, negieren sie nicht jenen Zusammenhang selbst, sie behaupten nur mit Argumenten (die theoretisch wie praktisch unschwer zu widerlegen sein dürften), daß diese Vorteile für die Arbeiterschaft durch bestimmte Gegenwirkungen in der Folge wieder aufgehoben werden. Daß die Arbeiterklasse einen hohen Anteil an der Nation als einer Kulturgemeinschaft besitzt, ist leicht einzusehen. Und zwar um so mehr, je stärker die sozialistischen Tendenzen im Wirtschaftsleben bereits hervortreten, je vorgeschrittener deshalb ihre kulturelle und soziale Entwicklung ist. Mögen die Faktoren, die geistig die Bewohner eines Landes zum Volk mit bestimmten Wesenszügen stempeln, noch so mannigfaltig, mögen sie selbst ewig unfeststellbar sein; mag man die Eigenart oder Eigentümlichkeit des Volkstums auf die

Gleichheit der Abstammung, der Sprache, des historischen Erlebens, der Sitte und Erziehung, der Naturumgebung oder welcher Ursachen immer zurückführen: ihr bestimmender Einfluß für das Zusammengehörigkeitsgefühl der Volksgenossen besteht in gleicher Weise für alle wirtschaftlichen Klassen.

Aber weder das eine noch das andere, weder wirtschaftliche Interessen noch das Volksverwandtschaftsgefühl allein sind das Ausschlaggebende für die Frage nationaler oder internationaler Eingliederung der Arbeiterklasse. Hier könnten immer noch verschiedene Meinungen über das Interessenübergewicht nach dieser oder jener Seite Geltung gewinnen. Erkennt man dagegen in der Nation die (vorläufig wenigstens) unzerbrechbare, alles umspannende, lebendige Form des Volksorganismus, begreift man sie als ein organisch gewordenes, von innen heraus wachsendes oder zerfallendes Ganzes, so löst sich das Problem auch für die Arbeiterschaft ganz von selbst. Auch sie als mit die bedeutendste Einheit innerhalb der Gesamtheit kann nur von und mit dem Leben des Ganzen leben; sie wächst und verfällt zugleich mit ihm.

So ist es zu verstehen, weshalb der Internationalismus der Sozialdemokratie sich immer nur in allgemeinen Solidaritätskundgebungen erschöpfte, weshalb die sozialistische Arbeiterschaft trotz ihres theoretischen Glaubens an ihre vorwiegend internationale Verbundenheit praktisch ihre Ziele nur innerhalb der eigenen Nation durchzusetzen strebte. In ihr, wie in allen anderen Klassen jedes Einzelvolks, wirkte unbewußt der gemeinsame nationale Wille als die lebendige Kraft, die sich nur in dem lebendigen Organismus der Nation betätigen kann. Unbewußt: Denn freilich wuchs die klare Erkenntnis dieser nationalen Verknüpfung erst langsam und allmählich mit der innern Entwicklung des Sozialismus. Jetzt, da der nationale Bestand des Landes durch Angriffe von außen aufs schwerste bedroht war, flammte gefühlsmäßig in der Arbeiterschaft das Bewußtsein ihres tiefen Mitverbundenseins mit diesem Land auf, und der Konflikt zwischen der spontanen Empfindung und dem altüberlieferten Glauben an eine bloß internationale Solidarität der Arbeiterklassen war der Anlaß der geistigen Erschütterung, unter der so viele Sozialdemokraten ihrem eigenen Zeugnis nach heute stehen.

Bei den Gewerkschaftern, die den Internationalismus ihrer Organisationen klarer und sachlicher verstanden, ist freilich von einer Verwirrung oder Erschütterung der Grundsätze auch jetzt nichts zu bemerken. Es ist begreiflich, daß sie sich in den kriegführenden Ländern augenblicklich nicht so sehr als gleichstrebende Klassengenossen sondern in erster Linie als Angehörige verschiedener Nationen empfinden. Sie *verraten* damit ihrer Auffassung nach aber nicht das Gemeinschaftsstreben mit den Klassengenossen anderer Nationen sondern stellen es nur als das gegenwärtig Sekundäre hinter das Primäre der Volksgemeinsamkeit zurück. Da ihr Internationalismus eben neben der nationalen eine wirklich vorhandene, sachlich begründete Gemeinsamkeit darstellt, so wird und muß er in dem Moment wieder hervortreten, wo die Völkerkonflikte geschlichtet sind und das Spiel der wirtschaftlichen Kräfte innerhalb der nationalen Gemeinschaften wie vordem mit voller Kraft einsetzt. Er wird dann genau so wiedererscheinen wie alle anderen sachlichen internationalen Bestrebungen, wie wissenschaftliche, technische,

kulturelle Gemeinsamkeitsbeziehungen die Völker von neuem verbinden werden. In ruhiger Erkenntnis dieser Zusammenhänge sahen die Gewerkschaften in der vorläufigen Auflösung ihrer internationalen Verbindungen deshalb ganz und gar keinen Zusammenbruch ihrer Theorien; sie verfielen nicht in Klagen über *Verrat* oder *Prinzipienlosigkeit* sondern arbeiteten weiter an der Erhaltung ihrer Organisationen während der Kriegskrise. Sie werden ohne allzu große Schwierigkeiten nach Friedensschluß die unterbrochene Tätigkeit in ihrer Internationale fortführen können.

Anders steht es um die politische Internationale der Sozialdemokratie. Über sie ist tatsächlich eine schwere Krise hereingebrochen. Während sie in großartigen Resolutionen mit tönenden Worten noch einige Wochen vor Kriegsausbruch ihren Willen zu internationaler Verbrüderung der Arbeiterklassen aller Länder, zur Ablehnung der Kriegsbeteiligung, der Forderungen des nationalen Imperialismus, der Heeresbewilligungen usw. bekundete, waren alle diese Beschlüsse plötzlich wie weggewischt, und an Stelle des Freundschafts- und Verbundenheitsgefühls der Resolutionen trat der Kampf der einzelnen Glieder der Internationale gegen einander. Nun gibt es wohl Genossen, die über diesen Umfall lamentieren und der mangelnden Schulung in den sozialistischen Grundsätzen die Schuld geben. Sollten aber wirklich die Führer des internationalen Sozialismus ihr eigenes ABC nicht genügend auswendig gelernt haben? Wer solche Behauptung aufstellt, macht sich nur selbst lächerlich. Wer wirklich in die Dinge eindringen will, wird die Erklärung jenes Phänomens nicht in der Grundsatzlosigkeit der ausländischen und inländischen Genossen suchen, vielmehr in der Tatsache, daß der geistige Inhalt der sozialistischen Internationale sich nicht aus der sozialen Entwicklung regeneriert hat sondern ein rhetorisches Überbleibsel aus einer frühern Zeitperiode war und so im Widerspruch zu der lebendigen Wirklichkeit auf Kongressen ein nur papierenes Dasein fristete. Ihre Kundgebungen waren der Sprache jener Ideenwelt entnommen, in der die sozialistische Arbeiterschaft sich noch nicht bewußt war, daß sie ein Glied des Staates sei, daß das Interesse eigener Existenz und Fortentwicklung sie an das Geschick des nationalen Ganzen binde. Die Internationale zerbrach, weil sie in ihrer bisherigen Form keine wirklichen Aufgaben zu lösen imstande war. Denn mit jener Veränderung der Stellung der Arbeiterklasse innerhalb des Staates verändert sich notwendig zugleich die Stellung der Arbeiterparteien zu allen bestehenden Staatsinstitutionen. Keine von ihnen kann der Sozialdemokratie an sich mehr als feindlich gelten, alle werden zu Einrichtungen und Ausdrucksformen eines Ganzen, an dem sie selber Anteil hat und einen immer wesentlichern Anteil zu gewinnen strebt.

Das Heer kann nicht mehr das Mittel sein den innern Feind zu bekämpfen; es wird zur Verteidigungswaffe des Landes, das die Arbeiter als die größte Klasse an erster Stelle zu verteidigen haben. Die Frage der Selbstverproviantierung der Nation mit allen Erzeugnissen des Nahrungsbedarfs ist nicht mehr von dem Standpunkt allein zu werten, wie diese Produkte für die Mehrheit der Bevölkerung am billigsten zu beschaffen sind. Die Partei hat vielmehr auch hier zu fragen, was die Gesamtentwicklung der Nation am besten gewährleistet und damit auch das Leben der Arbeiterschaft für die Zukunft und unter allen nationalen Konjunkturen am sichersten aufrechterhält. Genau so steht es um das Problem der Rohstoffversorgung der In-

dustrie. Wenn die Zufuhr notwendiger Rohmaterialien nur durch den Ausbau einer kolonialen Politik gesichert werden kann, so hat die Sozialdemokratie in allererster Linie die Pflicht der Förderung dieses Ausbaus. Nicht die Arbeiterschaft allein, deren Lebenslage materiell aufs engste mit der Lage der Industrie zusammenhängt: das gesamte Land verfiel bei Störungen in seiner Industrie den heftigsten Schädigungen und riss so wieder indirekt das Proletariat in seinen Niedergang fort. Die Möglichkeit solcher schweren wirtschaftlichen Krisen bei fehlender Selbstversorgung der Nation mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und industriellen Rohstoffen hat uns der englische Blockierungsplan in diesem Krieg wohl genügend demonstriert. Er zeigte der Sozialdemokratie damit durch ein wahrhaft klassisches Beispiel die Irrigkeit einer sozialistischen Politik, die auf halbem Weg stehen bleibt, das heißt die sich nicht mehr wie der Sozialismus von einst der bürgerlichen Gesellschaft im Staatsganzen prinzipiell antagonistisch gegenüberstellt, weil sie auf Grund der Zerstörung des Bestehenden eine völlig neue Gesellschaft aufbauen will, aber auch nicht aus den ganz veränderten Beziehungen der Arbeiterschaft zum Staat die letzten Schlüsse zieht und sich nun auch in jedem Punkt ihrer hohen Mitverantwortung für Sein und Werden der Gesamtnation bewußt bleibt.

Für die Arbeitervertreter aller Kulturländer hat also die Frage bei jedem politischen Problem nicht mehr zu lauten: Wie fördere ich dabei das un-mittelbare materielle Interesse der industriellen Arbeiterschaft? Vielmehr: Wie fördere ich am besten den Fortschritt des nationalen Ganzen, in dem das Proletariat als wirtschaftlich produktive weitaus größte Klasse schafft und an der Verwirklichung seiner sozialistischen Zukunftsideale arbeitet?

Diese Erkenntnis ist freilich den Vertretern der politischen Arbeiterbewegung durchaus noch nicht durchgängig genügend ins Bewußtsein gedrungen. Auf dem Gesamtebiet der Politik, das heißt in wirklich allen Fragen der Gesetzgebung, stellt sich in sämtlichen Ländern wohl erst ein kleiner Teil der Partei klar und scharf auf diesen Standpunkt. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen Politiker (allein mit Ausnahme der Schar der *Ultradikalen*) tritt bei kardinalen Entscheidungen, wie jetzt bei der Bewilligung der Kriegskredite, zwar, der natürlichen Empfindung folgend, auf die richtige Seite; an so und so vielen Punkten im politischen Leben scheut sie aber noch immer vor den bedingungslosen Konsequenzen ihrer eigenen veränderten sozialistischen Auffassung zurück. Diese Veränderung macht nun einmal eine so starke Umbildung unserer politischen Denkweise bei einer großen Reihe lebenswichtiger Probleme nötig, daß erklärlicherweise der Gewohnheitsinstinkt jahrzehntelang in der Partei gebrauchter Denk- und Empfindungsphraseologie dem widerstreitet. Es kommt dazu, daß auch in der Tat erst sehr allmählich aus den realen Gestaltungen des modernen Wirtschaftslebens, den neu sich entwickelnden proletarischen und industriellen Bedürfnissen und den sozialistischen Strebungen der Sozialdemokratie heraus ein neues System sozialistischer Politik emporwachsen kann, daß also viele sehr bedeutungsvolle Fragen in den Parteien der einzelnen Länder erst langsam in fortgesetzten ernstest Diskussionen geklärt werden müssen. Aus alledem resultiert die schwankende, im Grunde prinzipiell überhaupt nicht mehr orientierte Politik der Mitte, wie sie in der deutschen

WOLFGANG HEINE · EINIGKEIT IM KAMPF



NTER dem Eindruck des großartigen Ergebnisses der neuen Krieganleihe und in dem einheitlichen Willen bei der Verteidigung des bedrohten Reichs nicht nachzulassen ist der Reichstag auseinandergegangen. Dieser Entschluß beherrschte alle seine Handlungen. Gerade wir Sozialdemokraten, so entschieden wir unsere Forderung politischer und sozialer Reformen aussprachen, ebenso deutlich stellten wir fest, daß wir ganz unabhängig hiervon den Schutz des Vaterlands in der Gefahr als eine Pflicht ansehen. Wir wollen nicht gegen Versprechungen verkaufen, was wir aus bestem Gewissen ohnedies geben müssen. Denn wir verteidigen den deutschen Boden und die deutsche Kultur, und wir bewilligen die dafür erforderlichen Summen nicht diesem oder jenem Staatsmann und noch weniger den anderen Parteien, sondern dem deutschen Volk selbst, dessen Wohlstand und politische Kraft, ja dessen ganze Zukunft auf dem Spiel stehen, wenn Deutschlands Feinde die Oberhand gewinnen.

Dieser einige Wille das Vaterland nicht im Stich zu lassen beherrscht nach wie vor die ganze Sozialdemokratie, mit verschwindenden Ausnahmen. Er wurde in den Erklärungen Haases bei der 1. Lesung und Scheidemanns bei der 2. Lesung des Etats festgestellt, die beide nicht bloß persönliche Meinungsäußerungen darstellen sondern vorher von der Reichstagsfraktion ausdrücklich gebilligt waren. Auch die Abgeordneten, die aus Gründen wirksamerer parlamentarischer Kontrolle für eine Bewilligung der Kriegskredite vorläufig nur in Höhe von 5 Milliarden eintraten, und diejenigen, die Bedenken hatten bei der nachfolgenden Gesamtabstimmung den ganzen Etat anzunehmen, haben in der Fraktion zum großen Teil ausdrücklich betont, daß ihr Vorschlag durchaus keine Stellungnahme gegen die Verteidigung des Reichs bedeuten sollte; auch sie bezeichneten es als selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat den Sieg Deutschlands wünschte, und daß alles Nötige geschehen müßte, um ihn herbeizuführen. Namentlich die Einwände, die gegen die Annahme des gesamten Budgets bei der 3. Lesung geltend gemacht wurden, hatten im wesentlichen einen formellen Charakter und wurden durch die Beschlüsse der Parteitage von Nürnberg und Magdeburg motiviert. Das möge sich vor allem die Dreiverbandspresse gesagt sein lassen, die aus der Absentierung einer Anzahl von Abgeordneten bei der Abstimmung Schlüsse im Sinn der Feinde Deutschlands ziehen zu können glaubt. Sie sei auch besonders an Ledebours Betonung seines Patriotismus erinnert. Und wie das feindliche Ausland nach diesen Kundgebungen der deutschen Sozialdemokratie alle Hoffnungen fahren lassen soll die deutsche Sozialdemokratie von ihrem Vaterland zu trennen, so gilt das selbe von den Scharfmachern im Reich. An der Vaterlandsliebe der Sozialdemokratie und ihrer Bereitschaft zur opferwilligen Tat kann kein ehrlicher Deutscher zweifeln. Der Kampf, den wir nach dem Krieg innerhalb des Reiches um politische und soziale Fortschritte führen müssen, wird dadurch nur um so wirksamer werden.

Trotzdem muß zu der Absonderung einer Anzahl von Abgeordneten bei der Abstimmung über den Gesamtetat noch etwas gesagt werden. Da diese Genossen mit der Mehrheit einig waren, daß die Abwehr feindlicher Angriffe

eine Pflicht auch der Sozialdemokratie ist, muß man ihnen die Frage vorlegen: Glaubt ihr nicht, daß das Reich in Gefahr ist? Oder haltet ihr die Annahme des Kriegsbudgets nicht für ein Mittel der Abwehr? Auf dem ersten Standpunkt steht offenbar Ledebour. Er hat in einer Berliner Versammlung dem Sinn nach gesagt, daß die Bewilligung der Kriegskredite durch die Fraktion nicht eine Prinzipienfrage wäre sondern von der Auffassung der Tatsachen abhänge; wer Deutschland für gefährdet gehalten hätte, der hätte seine Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht nur geben dürfen sondern müssen. Auch vor einigen Tagen hat Ledebour sich wieder hierzu bekannt. Ja, dann fragt man sich doch, wo er seine Augen hat. Vertrauen auf die Waffen des deutschen Volks und seine Feldherren habe auch ich. Aber Ostpreußen, der neue Raubeinfall der Russen nach Memel, die Angriffe der Franzosen in der Champagne und der Engländer bei Neuve Chapelle, endlich der Fall von Przemyśl reden doch eine recht deutliche Sprache. Jedenfalls ist es im höchsten Grad gefährlich den Anschein zu erwecken, als ob Deutschland nicht mehr nötig hätte alle Kräfte aufs äußerste anzuspannen. Unser Volk trägt schwer am Krieg, wird aber Kraft und Ausdauer nicht verlieren, solange es weiß, daß die energischste Abwehr nötig ist. Spiegelt man ihm aber vor, daß eigentlich kein Bedürfnis zur Anstrengung mehr vorläge, so kann man es niemand übel nehmen, wenn seine Standhaftigkeit nachläßt. Vergessen wir nicht, daß bei unseren Feinden noch keine Lust zum Abbruch des gräulichen Mordens zu bemerken ist, daß sie unentwegt an ihrem Kriegsziel, der Unterwerfung Deutschlands, festhalten, und daß das Schwerste uns noch bevorsteht.

Eine gewisse Rolle unter den Gründen gegen die Bewilligung des geforderten Kredits und die Annahme des Etats spielte in der Reichstagsfraktion die Äußerung des Herrenhauspräsidenten von Wedel vom 15. März, wir Deutschen könnten, wenn wir weiter nichts wollten als den Angriff abzuschlagen, binnen kurzer Frist einen Frieden erlangen. Diese Behauptung ist aber leider ganz falsch. Wer die ausländische Presse einigermaßen verfolgt, weiß, daß das Gegenteil wahr ist. Deshalb ist es eine unverantwortliche Irreführung, wenn der Vorwärts am 25. März die Worte dieses Nestors noch einmal fett gedruckt wiederholt und ihnen ein besonderes Gewicht beilegt. Mindestens hätte hinzugefügt werden müssen, daß der alte Herr sich vollkommen irrt. Deutschland bedarf noch immer der kraftvollsten Anstrengungen, um sich seiner Feinde zu erwehren. Die Bewilligung der Kriegskredite soll die Mittel hierzu bereitstellen. Wer das Ziel, den Schutz des Vaterlands, will, der muß auch die Mittel dazu wollen. Jetzt ist nicht die Zeit für parlamentarische Demonstrationen gegen oder für eine Regierungsform oder Wehrverfassung; Gegenstand des Entschlusses ist die Verteidigung Deutschlands, nichts weiter.

Deutschland muß aber nicht nur alle kriegerischen sondern auch alle moralischen Kräfte aufs äußerste anspannen. Dazu gehört vor allem, daß es in sich einig ist, und daß diese Einigkeit im Ausland bekannt wird. Von diesem Standpunkt aus gesehen läßt das Verhalten der Abgeordneten, die vor der Gesamtabstimmung über den Etat den Saal verließen, doch einen bedauerlichen Irrtum über die Wirkung ihrer Handlung auf die Landesverteidigung erkennen. Der Eindruck der Einigkeit des deutschen Volkes wird dadurch abgeschwächt. Die bedenklichste Seite hat dieser Vorgang

freilich erst durch seine Ausnutzung im Vorwärts erhalten. Die Bekanntmachung der Namen der Dissidenten macht das, was ein Gewissensvorbehalt sein durfte, zu einer Demonstration, die nach dem Fraktionsbeschluß unzulässig war, die, wie ich annehme, auch dem Willen ihrer Teilnehmer nicht entsprach, und die unter allen Umständen für Deutschland höchst schädlich ist. Dies zeigt sich schon in dem Echo der ausländischen Presse. Der Vorwärts hat völlig bedenkenlos das Interesse des deutschen Volks in diesem schweren, sein Dasein bedrohenden Kampf, der vor allem Einigkeit der Verteidigung erheischt, preisgegeben. Zugleich hat er die Einigkeit der Partei dadurch erschüttert und das Möglichste getan, um ihre Stellung zu verderben. Der Vorwärts leistet damit sowohl den ausländischen Kriegshetzern gegen Deutschland wie inländischen Scharfmachern gegen die Sozialdemokratie Vorschub. Das haben selbstverständlich die Abgeordneten, die sich nicht an der Abstimmung über das Budget beteiligten, nicht gewollt. Waren ja doch manche darunter, die für die Bewilligung der Zehnmilliardenforderung gestimmt hatten, die es aber mit ihrem parteigenössischen Gewissen nicht vereinbaren konnten den Etat als solchen anzunehmen, weil sie sich durch die früheren Parteitagsbeschlüsse für gebunden hielten.

Ich möchte nicht ein Wort sagen, das den Anschein erweckte, als hielte ich eine Rechtfertigung unserer Budgetbewilligung in diesem Fall überhaupt für nötig. Und wenn die Gegner der Zustimmung zehnmal recht hätten in der Auslegung der Parteitagsbeschlüsse, in einer solchen Stunde steht das lebende Recht der Gegenwart höher als das papierene Recht der Vergangenheit. Bei den Beschlüssen hat kein Mensch an die Lage gedacht, in der sich Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie jetzt befinden. Es hätte keinen heldenhaften Eindruck gemacht, wenn die größte Fraktion des Reichstags in solchem Fall nicht gefragt hätte: *Wollen wir dem Vaterland helfen? sondern: Ist es uns erlaubt?* 10 Milliarden der Regierung ohne Spezialisierung und Kontrolle hinzugeben, weil es nötig ist, und dann bei der GesamtAbstimmung sie wieder abzulehnen, weil das einmal ein Parteitag unter ganz anderen Umständen beschlossen hat, das hätte die Fraktion wirklich dem Gelächter preisgegeben. Solches Kleben am Buchstaben wäre alles eher als *revolutionär* gewesen. Im Ausland aber, wo kein Mensch eine solche Sklaverei dem Papier gegenüber verstanden hätte, würde allgemein der Eindruck erweckt worden sein, daß die Fraktion dem Vaterland nicht mehr helfen wollte. Darum muß man den Abgeordneten, die sich bei der Abstimmung absonderten, trotz aller Anerkennung ihres guten Glaubens doch sagen, daß sie recht verfehlt gehandelt haben.

Freilich ist das nur die Konsequenz einer ältern, verfehlten Politik, die prinzipiell und für alle Zeiten festlegen will, was nur unter Berücksichtigung aller Umstände der Zeit und des Einzelfalls entschieden werden kann. Diese Prinzipienreiterei hat Schiffbruch gelitten; das erste Mal, wo eine das Leben der Nation berührende Entscheidung zu treffen war, versagte das Prinzip. Ob künftig die Sozialdemokratie im Reichstag, in den Landtagen und den Kommunen Etats zu bewilligen haben wird, ist freilich durch die jetzige Abstimmung auch nicht entschieden; auch das wird sich nur von Fall zu Fall regeln lassen. Darüber aber sollten doch wohl jetzt jedem die Augen geöffnet sein: Die grundsätzliche Festlegung in solcher Frage für alle Zukunft ist unvereinbar mit einer tatkräftigen, Erfolge erstrebenden Politik, die be-

reit ist auch die Verantwortung für ihr Handeln zu tragen; sie bringt die Partei in die unangenehme Lage sich über ihre eigenen Beschlüsse hinwegsetzen zu müssen und bildet einen Quell der Zwietracht gerade in Zeiten, wo die Einigkeit am nötigsten ist.

Die Annahme des Etats durch die Reichstagsfraktion war eine T a t. Wenn der Abgeordnete Graf von Westarp ihre Bedeutung zu verkleinern suchte, so war seine Absicht leicht zu durchschauen. Denen um Westarp erregte natürlich unsere Zustimmung keine reine Freude. Ihre Politik kann ja auch der Sozialdemokratie einen als nötig erkannten Entschluß peinlich machen; aber das muß uns eben gleichgültig sein. Ebenso klar war die Absicht, als Graf Westarp von der Sozialdemokratie eine ausdrückliche Mißbilligung der Abgeordneten Ledebour und Liebknecht forderte. Scheidemann hat ihm die richtige Antwort erteilt; in innere Angelegenheiten läßt sich keine Fraktion von ihren Gegnern hineinreden. Ledebours übel angebrachte, wie eine Provokation wirkende Ausfälle waren durch die Feststellung des Fraktionsvorstands erledigt, daß der Redner hierzu keinen Auftrag von der Fraktion gehabt hatte. Sie hatten übrigens ihren unangenehmsten Beigeschmack durch das Mißverständnis erhalten, das einen von Liebknecht gemachten Zwischenruf dem Redner Ledebour zuschob. Liebknecht aber noch einmal ausdrücklich abzuschütteln hätte die Fraktion gar keine Veranlassung. Daß wir den Vorwurf der Barbarei gegen unsere deutschen Soldaten entschieden zurückweisen, hatte schon Scheidemann in seiner Etatsrede ausgesprochen. Für Liebknecht und das, was er tut und redet, sei es in sei es außer dem Hause, trägt die Fraktion keine Verantwortung, wenn sie auch durch das Organisationsstatut der Partei verhindert ist sich mit ihm deutlich auseinanderzusetzen.

Liebknecht sieht im Eindringen des Feindes in deutsches Gebiet, in der Verwüstung und Ausplünderung deutscher Landstriche ein »Risiko des Eroberungskriegs«, den Deutschland seiner Ansicht nach führt, und findet, daß dies unsere Haltung nicht beeinflussen dürfe. Daß ein solches »Risiko« vom Volk getragen wird, daß es folgerichtig in der Niederlage deutscher Truppen und dem Tod massenhafter wackerer Kämpfer gipfeln würde, macht ihn an seiner Auffassung nicht irre. So hat er sich in Versammlungen und von ihm entworfenen Resolutionen in Berlin ausgesprochen, so äußert er sich auch in seiner Sondererklärung vom 2. Dezember. Zum Dank dafür wird er in der deutschfeindlichen Presse gepriesen. Die Daily News vom 20. März bringen sein Bild und feiern ihn als den »zweiten König von Potsdam«. Sie geben eine Übersetzung des Teils seiner Erklärung vom 2. Dezember, der die schwersten Anschuldigungen gegen Deutschland enthält, und bezeichnen Liebknecht als »das Symbol des Deutschland, mit dem wir uns versöhnen werden«. Englische »Versöhnlichkeit« ist: unter dem Vorgeben eines Kampfes gegen den *Militarismus*, Deutschland, das man ein Jahrzehnt eingekreist hatte, unterwerfen zu wollen und den Krieg durch Aushungern unseres Volkes und Zerstörung seiner wirtschaftlichen Existenz zu führen. Dazu scheint Liebknecht den Engländern der geeignete Bundesgenosse.

Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, daß der »zweite König von Potsdam« unter deutschen Sozialisten, die sich ihrer Verantwortung für ihr Volk bewußt sind, für seine Auffassung irgendeine Gemeinschaft findet. Das deutsche sozialdemokratische Volk ist zwar weit entfernt von einem blinden

Und die Art und Weise, wie das frische Gebäck des Morgens von Bäckerlehrlingen oder Kindern vielfach in die Häuser geschafft und ausgeteilt wurde und die Beschaffenheit der Frühstücksbeutel haben die Hygieniker öfters beschäftigt. Jedenfalls aber wäre es vom sozialen und hygienischen Standpunkt aus sehr zu begrüßen, wenn nicht nur die Nacharbeit für die Bäcker, sondern auch das Austragen der Frühstücksbrötchen in den frühesten Morgenstunden für immer beseitigt bliebe.

Diejenige Kriegsfürsorge ist überhaupt die zweckmäßigste und wirkungsvollste, die eine konsequente Fortsetzung und Ausdehnung der bereits vor dem Krieg entwickelten Fürsorge (Sozialpolitik und Armenpflege) darstellt, also auch keinen provisorischen Charakter trägt. Wäre nicht bereits im Frieden eine große soziale Arbeit geleistet worden und hätten sich nicht bereits zuvor die großen sozialen Organisationen gebildet, die Kriegsfürsorge in ihrem jetzigen Umfang und mit ihren Erfolgen wäre nicht möglich gewesen. Wie im Frieden für den Krieg gerüstet wird, so soll aber auch der Krieg den Frieden vorbereiten. Das, was während des Kriegs auf sozialpolitischem Boden gewonnen worden ist, darf nicht wieder verloren gehen. Und das Verbot der Nacharbeit in den Bäckereien wird einen großen sozialpolitischen Fortschritt bedeuten, sofern es für alle Zeiten bestehen bleibt.

Die großen Schäden der Nacharbeit der Bäcker sind zur Genüge bekannt. Überhaupt schadet ja jede Nacharbeit der Gesundheit, weil der Schlaf am Tag, besonders in der geräuschvollen Stadt, nicht die gleiche Erquickung bringt wie die Nachtruhe. Soweit sich das ermöglichen läßt, muß deshalb auch auf eine Beseitigung der Nacharbeit ganz allgemein hingewirkt werden. Verteilt sich die Arbeit auf bestimmte Stunden am Tag und in der Nacht, wie es bei den Bäckern doch noch in der Regel oder wenigstens vielfach der Fall ist, dann ist der Arbeiter eigentlich stets an die Arbeit gebunden, ohne eine längere ununterbrochene freie Zeit, die der Ruhe und dem Genuß gewidmet werden kann. Die Lebensfreude wird dadurch ebenso beeinträchtigt wie die Gesundheit. Diese Art des Arbeitens ist aber auch ein großes Hindernis für die allgemeine Durchführung der von den Hygienikern wie von den Bäckergehilfen und Sozialpolitikern erhobenen Forderung Kost und Logis vom Arbeitsverhältnis, das heißt also, von der Arbeitsstätte, vom Haushalt des Arbeitgebers, zu trennen. Es ist ferner eine den Sexologen bekannte Erscheinung, daß die Bäcker durch die Nacharbeit stark sexuell erregt werden, und hierauf wird die große Verbreitung von Geschlechtskrankheiten unter den Bäckergehilfen zurückgeführt. Mit der Beseitigung der Nacharbeit in den Bäckereien würde also eine Reihe von Erscheinungen verschwinden können, die in sozialer und hygienischer Hinsicht sehr bedenklich sind. Auch der Kinderschutz würde gewinnen, weil das Austragen von frischgebackenen Frühstücksbrötchen am frühesten Morgen, das vielerorts immer noch von schulpflichtigen Kindern besorgt worden ist, in Wegfall käme. Wo das Austragen der Frühstücksbrötchen nicht von Kindern vorgenommen wurde, bedeutete es jedenfalls eine wesentliche Verlängerung der Arbeitszeit meist junger Burschen oder Mädchen, die schon in den ersten Morgenstunden mit ihrem Brötchenkorb oder -wagen aufbrechen mußten.

Für die Produzenten wie für die Konsumenten hat die Beseitigung der

Nachtarbeit in den Bäckereien eine gleich große Bedeutung. Als Kriegsmaßnahme wurde das Verbot der Nachtarbeit auch damit begründet, daß sich die Kontrolle über die Verwendung des vorgeschriebenen Mehls bei der Brotbereitung am Tag leichter durchführen lasse. In gleicher Weise erleichtert aber auch die Tagesarbeit die hygienische und sozialpolitische Überwachung der Bäckereibetriebe. Die Entwicklung einer andern Frühstückssitte gehört aber auch zu den Voraussetzungen für andere soziale Reformen von hoher Bedeutung.

Die Zeit liegt längst hinter uns, in der man die Verkürzung der Arbeitszeit forderte, um dadurch die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Heute weiß man, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit wie mit der Erhöhung des Lohns eine höhere Leistungsfähigkeit des Arbeiters verknüpft ist und auch sein muß, da andernfalls die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt nicht aufrechterhalten werden kann. Eine höhere Lebensweise für die Gesamtheit läßt sich überhaupt nur durch eine Steigerung der Produktivität erzielen, mit der stets, auch wenn sie durch technische Verbesserungen erreicht wird, eine Steigerung der menschlichen Arbeitsleistung parallel geht. Der Maschinen bedienende Arbeiter muß in der Regel viel intensiver arbeiten als der Handwerker. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die nicht nur eine gesundheitliche sondern vor allem eine soziale Maßnahme sein soll, muß aber auch zum Ziel haben dem Arbeiter möglichst viel freie Zeit zu verschaffen, die er ohne Unterbrechungen der Ruhe, der Erholung und dem Lebensgenuß widmen kann. Eine Arbeitszeit, die zwar effektiv nur 8 Stunden dauert, sich aber auf 12 Stunden des Tages verteilt, bedeutet nicht den Achtstundentag sondern einen Arbeitstag von 12 Stunden. Damit die kurze Arbeitszeit für den Arbeiter auch einen sozialen Wert erhalte, wurde auch in Deutschland damit begonnen die große Mittagspause zu beseitigen, das heißt die sogenannte englische Arbeitszeit einzuführen. Aber schon nach einigen Jahren wurde diese ungeteilte Arbeitszeit von den Ärzten entschieden bekämpft. Denn während die hochentlohnnten englischen Arbeiter die ½stündige Mittagspause dazu benutzen konnten im nächstliegenden Lunchroom für einen relativ billigen Preis ein gutes Beefsteak zu sich zu nehmen, mußten sich in Deutschland die fern von der Arbeitsstätte wohnenden Arbeiter mit dem von zu Hause mitgebrachten kalten Kaffee und Brot oder Wurst und Brot begnügen. Auch diejenigen Arbeiter oder Angestellten, die materiell in der Lage gewesen wären sich ein warmes Mittagessen zu kaufen, taten es in der Regel nicht, sei es aus Gründen der Sparsamkeit sei es einer alten Gewohnheit folgend, sondern nahmen erst des Abends zu Hause ein warmes Essen zu sich. Als Folgen dieser Lebensweise wollen die Ärzte festgestellt haben, daß unter den Arbeitern und Angestellten mit englischer Arbeitszeit Erkrankungen des Magens in bedrohlichem Umfang aufgetreten seien. Nachdem viele größere Betriebe Einrichtungen getroffen haben, durch die die Arbeiter in der ½stündigen Mittagspause zu billigen Preisen ein gutes und nahrhaftes Mittagessen erhalten können, ist der ärztliche Einwand gegen die ungeteilte Arbeitszeit vielfach hinfällig geworden.

Die ungeteilte kurze Arbeitszeit wird aber noch nicht in der wünschenswerten Weise mit der Ausschaltung der Mittagspause erzielt; auch die Frühstücks- und Vesperpausen verlängern den Arbeitstag. Noch vielfach be-

tragen diese Pausen je $\frac{1}{2}$ Stunde, wodurch die Arbeiter eine volle Stunde länger an die Arbeitsstätte gefesselt werden. Bei der 8stündigen Arbeitszeit kann die Vesperpause ohne weiteres wegfallen, sofern dafür gesorgt ist, daß die Arbeiter in der $\frac{1}{2}$ stündigen Mittagspause ein nahrhaftes warmes Essen zu sich nehmen können. Aber des Vormittags kann der Arbeiter unmöglich ohne Unterbrechung 4 oder 5 Stunden angestrengt arbeiten, wenn er in der Frühe nichts anderes genossen hat als das erste Frühstück, wie es in Deutschland im allgemeinen üblich ist: Kaffee und Brötchen. Die Frühstückspause besteht deshalb auch noch in fast allen Betrieben. In einer Anzahl Fabriken dürfen die Arbeiter die Arbeit nicht ruhen lassen, während sie ihr zweites Frühstück verzehren, was aus hygienischen Gründen entschieden zu verwerfen ist. Bleibt aber der Betrieb $\frac{1}{2}$ oder auch nur $\frac{1}{4}$ Stunde stehen, dann geht zweifellos viel Arbeit verloren, mehr als in $\frac{1}{2}$ oder $\frac{1}{4}$ Stunde Zeit zum Ausdruck kommt. Der Arbeitsrhythmus wird unterbrochen, und auch jeder Unternehmer, der nicht Kräpelin's psychophysische Forschungen gelesen hat, weiß aus Erfahrung, daß so wie jede Maschine auch der Nervenapparat des Arbeiters erst wieder *in Schwung kommen* muß, bevor nach einer Pause die Arbeitsintensität die normale Höhe erreicht. Die Unternehmer möchten alle gern die Pausen beseitigen, aber sie wissen auch, daß ein hungriger Arbeiter keine großen Leistungen vollbringen kann. Und auch die Arbeiter bestehen auf der Frühstückspause, weil sie unmöglich bis mittags arbeiten können, ohne dem ersten Frühstück in der heutigen Gestaltung ein zweites folgen zu lassen. Die Verkürzung des Arbeitstags wird dadurch verhindert.

Die Gesetzgebung muß bei der Regelung der Arbeitszeit mit der Sitte der Essenszeit ebenfalls rechnen. Die preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten erhielten deshalb im Jahr 1909 den Auftrag eine Erhebung über das erste Frühstück der Arbeiter vorzunehmen, deren Ergebnisse in den Jahresberichten für 1909 mitgeteilt werden. Hieraus ist zu entnehmen, daß überall da, wo die Arbeitszeit noch sehr lang ist, die Arbeit bereits in den frühesten Morgenstunden beginnt, die Frühstückspause unbedingt notwendig ist. Hier kommen die Arbeiter noch zu einem nicht geringen Teil nüchtern zur Arbeit, und es finden sogar noch 2 Frühstückspausen statt, wie es früher allgemein üblich und notwendig war. So wurde aus den Regierungsbezirken Königsberg und Allenstein berichtet, daß die Ziegeleiarbeiter, die bereits um 5 Uhr in der Frühe ihre Arbeit beginnen müssen, nüchtern nach der Arbeitsstätte eilen und die erste Arbeitspause benutzen, um Hunger und Durst zu befriedigen. In den Ziegeleien tritt die erste Pause zwischen 7 und 8 Uhr ein und dauert $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde. Später gegen 10 Uhr wird zur Einnahme des sogenannten Kleinmittags nochmals eine $\frac{1}{2}$ stündige Pause gemacht. Daß diese rückständige Arbeitsmethode irrationell ist, hat die Erfahrung mit der Verkürzung der Arbeitszeit und dem dadurch ermöglichten Wegfall der Pausen gelehrt. Aber sie ist noch in vielen Gewerben zu finden, in den Ziegeleien fast allgemein. Und auch da, wo die Arbeitszeit kürzer wurde, lebt noch vielfach die alte Sitte fort das erste Frühstück erst im Betrieb, nach 1- oder 2stündiger Arbeit einzunehmen. Im Regierungsbezirk Marienwerder sollen auf Grund dieser alten Gewohnheit noch 15 bis 35 % der Arbeiter nüchtern zur Arbeit kommen. Im Regierungsbezirk Oppeln sollen die wenigsten Arbeiter vor Beginn der Arbeit mor-

gens frühstücken. Der Aufsichtsbeamte für den Regierungsbezirk Düsseldorf sagt in seinem Bericht, die Einnahme oder Nichteinnahme des Frühstückes vor der Arbeit hänge außer von alter Gewohnheit und den Familien- oder Unterkunftsverhältnissen des einzelnen hauptsächlich von dem frühern oder spätern Beginn der Schicht und von den Entfernungen ab, die die Arbeiter bis zu ihrer Arbeitsstätte zurücklegen müssen. In einigen Betrieben, in denen gesundheitsschädliche Stoffe verarbeitet werden, zum Beispiel in chemischen Fabriken, müssen die Leute vor Beginn der Arbeit gefrühstückt haben, weil sie in den Arbeitsräumen Nahrungsmittel nicht zu sich nehmen dürfen, und bei einer Arbeitszeit von beispielsweise 7½ bis 12 Uhr keine Pause gewährt wird. In den Großbetrieben der Eisenindustrie, wo die Schicht in der Regel um 6 Uhr beginnt, frühstückt der größere Teil der Arbeiter aus alter Gewohnheit vor Beginn der Schicht nicht. Im Regierungsbezirk Aachen wurde die Frage, ob die Arbeiter morgens vor Beginn der Arbeit gefrühstückt haben, im allgemeinen verneint. Mit wenigen Ausnahmen findet dort in den Fabrikbetrieben gegen 8 Uhr eine allgemeine Kaffeepause statt.

Die Frühstückspausen hängen also in erster Linie mit der langen Arbeitszeit, dem frühen Beginn der Arbeit zusammen. Ihre Beseitigung kommt ja auch nur bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit in Frage. Sitte und Gewohnheit spielen bei dem ersten Frühstück jedoch eine große Rolle und sind der Verkürzung des Arbeitstags hinderlich. Im Regierungsbezirk Danzig währt die Frühstückspause »mindestens eine halbe Stunde«. Und »Änderungen hieran stoßen stets auf den Widerstand der Arbeiter, während sie mit einer Verkürzung oder dem Wegfall der Nachmittagspause zugunsten . . . des frühern Arbeitsschlusses in der Regel einverstanden sind«. Daß diese Frühstückspause wegfallen kann, wenn die Arbeitszeit danach gestaltet wird, und daß dadurch die Arbeiter freie Zeit gewinnen, zeigt das angeführte Beispiel in den chemischen Fabriken des Regierungsbezirks Düsseldorf. Auch aus dem Regierungsbezirk Breslau meldete der Berichtserstatter: »Die Fabrikanten haben vielfach erkannt, daß es richtiger sei mit der Arbeit später anzufangen und dadurch die Betriebsunterbrechung zu vermeiden, die sonst bald nach dem Beginn zu Frühstückszwecken einsetzen muß.«

Soll auf die Frühstückspause verzichtet werden, so muß allerdings das zu Hause eingenommene Frühstück reichlicher sein, als es in der Regel in Deutschland der Fall ist. Im Regierungsbezirk Erfurt haben die Arbeiter im allgemeinen vor Beginn der Arbeitszeit gefrühstückt. Aber dieses Frühstück sei sehr kärglich, sagt der mit der Erhebung betraute Beamte; es bestehe in der Regel aus Kaffee mit oder ohne etwas Zubrot und werde deshalb durch ein kräftiges zweites Frühstück in der Vormittagspause ergänzt. In den Regierungsbezirken Lüneburg und Stade besteht die vor der Arbeit zu Hause aufgenommene Nahrung in der Regel nur aus einer Schale Kaffee und wenig Brot. »Das eigentliche Frühstück wird zur Arbeit mitgenommen und gewöhnlich zwischen 8 und 9 Uhr vormittags in der Frühstückspause verzehrt.« Genauere Angaben liegen über die Frühstücksgewohnheiten der Arbeiter der chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Griesheim am Main vor, die im Jahr 1909 aus eigenem Interesse für die Angelegenheit eine Umfrage veranstaltet hat. Von 1602 Arbeitern der ver-

JOHANNES HEIDEN · FÜRSORGE FÜR DIE KRIEGSINVALIDEN UND DIE HINTERBLIEBENEN GEFALLENER



IE dieser Krieg in allen anderen Beziehungen die Maße früherer Kriege weit übersteigt, so wird auch die Zahl der Gefallenen und Invaliden, absolut genommen, eine Höhe erreichen, der gegenüber die großen Opfer früherer Kriege gering erscheinen. Groß wird die Zahl der ganz oder teilweise Arbeitsunfähigen sein, die ihren Unterhalt nicht mehr erwerben können, und für die die Allgemeinheit einzutreten hat, für deren Schutz jene sich ja geopfert haben. Zahlreicher als früher werden aber auch die Witwen und Waisen sein, denen der Krieg den Ernährer genommen hat. Sind doch an diesem Krieg nicht nur die Jünglinge, sondern in großem Maß die Männer beteiligt, die daheim Weib und Kind zurückgelassen haben. Witwen und Waisen, deren Gatten und Väter der Sicherheit des Vaterlands zum Opfer gefallen sind, vor der äußern Not zu schützen ist selbstverständliche Pflicht des ganzen Volks. Sie ist auch längst anerkannt und durch Gesetz festgelegt worden. Das war freilich auch nach dem letzten Krieg der Fall. Und doch, welcher Anstrengungen hat es bedurft, um in den letzten Jahren den Kriegsteilnehmern von 1870-1871, die keinen gesetzlichen Anspruch auf Versorgung wegen Dienstbeschädigung hatten, die sich aber infolge ihres Alters nicht mehr ernähren konnten, die geringe Veteranenbeihilfe von zuerst 10 und später 12,50 Mark monatlich zu verschaffen! Es dürfte heute niemand im Deutschen Reich geben, der nicht die Opfer des gewaltigen Krieges unserer Tage vor dem traurigen Los bewahrt wissen will, das den Invaliden und Witwen und Waisen von 1870-1871 nur zu häufig beschieden war. Die materielle Versorgung ist doch nur ein kleiner Dank für das, was sie gegeben haben.

Groß ist die Aufgabe, die das deutsche Volk in der Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen zu lösen haben wird. Mehrere Hunderttausende der leistungsfähigsten Männer werden der deutschen Volkswirtschaft fehlen, und sehr viele werden nur zu einem Teil arbeitsfähig sein. Die dringendste Aufgabe ist es die Verwundeten ganz oder so weit wie nur irgend möglich wieder arbeitsfähig zu machen. Das gebietet in erster Linie nicht nur die Rücksicht auf die Finanzen des Reichs, die durch jeden Arbeitsunfähigen belastet werden, sondern noch mehr das Interesse der Verletzten. Selbst wenn die Versorgung so hoch sein würde, wie der Arbeitsverdienst des Gesunden nur immer sein könnte (was sie nicht sein wird), so ist doch die Erhaltung oder Wiederherstellung der vollen oder partiellen Arbeitsfähigkeit von so großer Bedeutung für die Lebensfreude, daß sie den Wert auch der höchsten Rente weit übersteigt. Glücklicherweise besteht die Aussicht, daß viele auch der Schwerverletzten wieder arbeitsfähig werden. Die ärztliche Kunst steht den Aufgaben, die ihr die Behandlung der Kriegsverletzten stellt, heute anders gerüstet gegenüber als vor 44 Jahren. Chirurgie und Orthopädie haben, angespornt durch die Aufgaben, die die Behandlung der Unfallverletzten ihnen zugewiesen haben, seit dem letzten Krieg einen großen Aufschwung genommen. War 1870 noch der Chirurg fast der Alleinherrscher in der Behandlung der Kriegsverletzten, so steht ihm jetzt der Orthopäde gleichberechtigt zur Seite. Viele Glieder, die früher dem Messer

des Chirurgen zum Opfer fielen, werden jetzt durch die Maßnahmen des Orthopäden nicht nur erhalten sondern wieder gebrauchsfähig gemacht. Die Heeresleitung hat, wie versichert wird, Vorsorge getroffen, daß in allen geeigneten Fällen orthopädische Behandlung eintritt. Bei allen Verletzten und Erkrankten soll, wie der Regierungsvertreter in der Budgetkommission des Reichstags erklärt hat, der Abschluß des Heilverfahrens und die Entlassung aus dem Militärverhältnis erst geschehen, wenn die beste mögliche Wiederherstellung erreicht ist. In geeigneten Fällen, so bei Herz-, Lungen- und Nervenkranken, ist auch eine Wiederholung des Heilverfahrens in Aussicht genommen. An eine möglichst schnelle Beendigung des Heilverfahrens aus fiskalischen Gründen ohne Rücksicht auf den Grad der Arbeitsfähigkeit, die zu erreichen ist, ist nicht gedacht. Alle Heilmaßnahmen sollen vielmehr die spätere Betätigung im Erwerbsleben berücksichtigen. Wenn dieser Grundsatz immer befolgt wird, so wird es voraussichtlich gelingen viele Verletzte in höherem Grad erwerbsfähig zu erhalten als das früher möglich gewesen wäre. Trotzdem wird die Zahl der ganz oder teilweise Erwerbsunfähigen nicht gering sein.

Nach Abschluß der Heilverfahren für die Verletzten, die sicher für nicht wenige der Wiederholung bedürfen, wird die Kriegsfürsorge es mit 3 großen Gruppen von Fürsorgebedürftigen zu tun haben: das sind die Witwen und Waisen, die ganz Erwerbsunfähigen und die teilweise Erwerbsunfähigen.

Die letzte Gruppe wird sehr zahlreich sein, und ihre Versorgung bietet die am schwersten zu lösenden Probleme. Gewiß, viele von den teilweise Arbeitsbeschränkten werden sich aus eigener Kraft wieder einen Platz im Erwerbsleben erringen, an dem sie so viel verdienen, daß sie mit der Rente, die ihnen zu zahlen sein wird, existieren können. Hierzu werden insbesondere die durch nicht erhebliche Verletzungen und Verluste der Hände und Finger Beschädigten und alle anderen leichter Verletzten mit einer Erwerbseinbuße bis zu ungefähr 20 % gehören. Die Erfahrungen mit den Unfallverletzten lehren, daß Verletzte, deren Arbeitsfähigkeit nicht um mehr als 20 % herabgesetzt ist, sich gewöhnlich nach gar nicht langer Zeit mit ihrem Defekt den Erfordernissen des Berufs angepaßt und den Rest ihrer Arbeitsfähigkeit zu verwenden gelernt haben. Sie bedürfen neben einer Rente, die dem Grad der Erwerbsbeschränkung entspricht, keiner besondern Fürsorge.

Dies wird sicher auch für einen großen Teil der verwundeten Kriegsteilnehmer zutreffen. Viel schwieriger ist die Fürsorge für die Verletzten, die so erheblich beschädigt sind, daß sie entweder in ihrem bisherigen Beruf gar nicht mehr arbeiten können oder nur noch zur Verrichtung ganz untergeordneter und leichter Arbeiten fähig sind. In der Unfallversicherung sind Unglückliche dieser Art leider keine seltene Erscheinung. Sie sind die am meisten zu beklagenden Opfer. Nach dem Stand der Gesetzgebung wird ihnen nicht die Rente für volle Erwerbsunfähigkeit gewährt, sondern nur eine Teilrente. Es ist aber den meisten der Verletzten, die zu 40 und mehr % arbeitsunfähig sind, nicht möglich den Rest ihrer Arbeitsfähigkeit für den Erwerb zu verwerten. Ein Teil der Verletzten dieser Art wird in den Großbetrieben mit leichteren Arbeiten beschäftigt, aber die meisten werden doch aus ihrer Bahn geschleudert und sinken wirtschaftlich und sozial. An Versuchen die Arbeitskraft dieser beschränkt Arbeitsfähigen der Volkswirtschaft nutzbar zu machen hat es nicht gefehlt. Irgendwelchen nennenswerten Er-

folg haben diese Versuche, bisher nicht gehabt. Es fehlt an jeder Übersicht über die Erwerbsmöglichkeiten für diese Arbeitskräfte, und es fehlt natürlich auch an jeder Organisation der Arbeitsvermittlung für sie. Anläufe beides zu schaffen sind verschiedentlich gemacht worden, aber ohne Ergebnis.

Die Zahl der in diesem Sinn beschränkt Arbeitsfähigen wird durch den Krieg erheblich vermehrt werden. Die Heeresverwaltung will auch den erheblich in der Arbeitsfähigkeit beschränkten Kriegsteilnehmern die Möglichkeit der Betätigung verschaffen, ein Bestreben, das nicht nur Anerkennung sondern jede Förderung verdient, weil in der Möglichkeit sich betätigen zu können ein Moment gegeben ist, das auch die Schwerverletzten vor manchem seelischen Kummer bewahrt. Sicher kann Arbeit das traurige Los des Schwerverwundeten, der nach seiner Heilung die Möglichkeit hat den geringen Rest seiner Arbeitsfähigkeit zu verwerten, erträglicher gestalten. Dem Zweck die Verwundeten nach Möglichkeit nicht nur wieder arbeitsfähig zu machen sondern ihnen auch Arbeitsgelegenheit zu verschaffen stehen viele Mittel zur Verfügung. In erster Linie muß natürlich der Arzt verletzte Glieder und beschädigte Organe so weit wie nur irgend möglich wieder gebrauchsfähig machen und die Verletzten lehren die Funktionen unbrauchbar gewordener Glieder anderen Gliedern zu übertragen, was ja bis zu einem bestimmten Grad möglich ist. Es muß auch großes Gewicht darauf gelegt werden den Verwundeten seinem bisherigen Beruf zu erhalten. Für sein Fortkommen ist das Verbleiben im Beruf sehr bedeutungsvoll; es gestattet ihm nicht nur die Verwendung von Kenntnissen und Geschicklichkeiten, die durch jahrelange Übung gewonnen sind, sondern hält auch das niederdrückende Bewußtsein fern nicht mehr vollwertig zu sein. Zu einem Berufswechsel sollte erst geschritten werden, wenn sicher ist, daß die Fortsetzung des früheren Berufs unmöglich ist. Es wird auch nicht immer leicht sein die Verwundeten einem andern Beruf zuzuführen. Ob die Erteilung von Sprachunterricht, Unterricht in gewöhnlicher und Kurzschrift, in Buchführung und anderen Kontorarbeiten, die in manchen Lazaretten erfolgt, den Berufswechsel wesentlich erleichtert, erscheint mir zweifelhaft. Hiermit wird doch nur eine Voraussetzung für die Betätigung in Schreibstuben geschaffen, die allein gewiß nicht besonders gute Aussichten verbürgt. Es hat zwar schon immer als ein bequemer Ausweg gegolten Verletzte, die für die Ausübung eines Handwerks nicht mehr tauglich sind, in Schreibstuben unterzubringen, aber es ist wohl mehr aus Mangel an wirklichen Hilfsmitteln geschehen als zur wirklichen Hilfe. Dem Arbeitsmarkt viele Schreibkräfte durch den Berufswechsel der Verwundeten zuzuführen würde auch schon deshalb verkehrt sein, weil an diesen Arbeitskräften nach dem Krieg gewiß kein Mangel herrschen wird. Viele Witwen werden ihre Tätigkeit in den Schreibstuben wieder aufnehmen müssen, und Frauen, die bisher nicht im Erwerbsleben gestanden haben, werden in Zukunft ihren Unterhalt ganz oder teilweise durch Lohnarbeit aufbringen müssen. Mit Recht empfiehlt der ärztliche Leiter des Lazarets im Friedrichsgymnasium zu Freiburg, Dr. Burkhardt, in der Frankfurter Zeitung vom 7. Februar dieses Jahres den bequemen Ausweg der Ausbildung Verwundeter zu Schreibern nicht zu gehen sondern nach Möglichkeit die Verletzten dem Beruf und der Heimat zu erhalten, und auch in Fällen, in denen der Berufswechsel die einzige Möglichkeit zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit ist, die Verletzten nicht allein für die Arbeit in den Schreibstuben aus-

zubilden. Die Verweisung der Kriegsinvaliden auf einen oder wenige Berufe schließt auch die Gefahr des Lohndrucks in sich, dem nicht nur im Interesse der Gewerkschaften sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen entgegengearbeitet werden muß.

Es wird nicht immer leicht sein für die nur beschränkt arbeitsfähigen Kriegsinvaliden Arbeitsgelegenheit zu finden. Ist es doch, wie gesagt, bisher nicht gelungen auch nur für einen erheblichen Teil der Unfallverletzten Arbeitsplätze aufzutreiben; wieviel mehr Schwierigkeiten werden sich bei der Unterbringung der großen Zahl der verletzten Kriegsteilnehmer ergeben. In den Kreisen der Vereinigung für Krüppelfürsorge besteht die Absicht mit den Vertretungen der Arbeitgeber in Verbindung zu treten und Geneigtheit zur Einstellung der Kriegsinvaliden zu schaffen. Auch in den Kreisen des Verbands deutscher Arbeitsnachweise trägt man sich mit dem Plan Rundfragen und Feststellungen über die Möglichkeit der Verwendung beschränkt Arbeitsfähiger in der Industrie zu veranstalten und auf die Einstellung der Kriegsinvaliden hinzuwirken. Man hofft, wie der Geschäftsführer des Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverbands Dr. Schlotter in einer Aussprache über den Vortrag des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Kaufmann über die Kriegsfürsorge betonte, daß die deutschen Arbeitgeber aus Patriotismus und Humanität den Kriegsinvaliden Beschäftigung geben werden. Diese beiden Momente werden vielleicht in der ersten Zeit nach dem Krieg für den einen oder den andern Verletzten wirksam werden können, sie dürfen aber nicht in die Grundlagen für eine planmäßige Kriegsfürsorge aufgenommen werden. Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die erheblich Verletzten wird bei den jetzt bestehenden Einrichtungen des Arbeitsmarkts sehr schwer, wohl die schwierigste Aufgabe der Fürsorge für die Kriegsinvaliden sein. Auf der einen Seite gilt es den Verletzten eine Rente zu verschaffen, die dem Grad ihrer Erwerbsbeschränkung wohlwollend entspricht, auf der andern Seite muß aber auch Vorsorge getroffen werden, daß die Rente ihnen nicht gestattet als Lohndrucker aufzutreten. Hier gewinnt die Frage der Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge für alle Berufszugehörigen und ihre Unabdingbarkeit Bedeutung. Eine erhebliche Rolle werden bei der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsinvaliden die staatlichen und städtischen Behörden zu erfüllen haben. Ihre Betriebe, die nicht in dem Maß wie Privatbetriebe auf Gewinn angewiesen sind, werden viele Verletzte einstellen müssen. Ob sich daneben noch die Errichtung besonderer Landkolonien für die Verletzten mit Unterstützung aus Reichsmitteln empfiehlt, wie sie Dr. Riegler für Unfallverletzte vorgeschlagen hat, ist, wenn auch diesem Plan gewiß manche Bedenken entgegenstehen, der Prüfung wert. Auf keinen Fall geht es an die Kriegsinvaliden, die nur noch zu einem geringen Teil arbeitsfähig sind, mit einer Rente abzuspensen, die dem Grad der Erwerbsbeschränkung eben entspricht, zum Unterhalt aber keinesfalls ausreicht, und sie im übrigen ihrem Schicksal zu überlassen. Es gilt den furchtbaren Zustand zu verhüten, der durch die Gesetzgebung für die Unfallverletzten geschaffen ist, daß die materielle Versorgung einer aus 3 Köpfen bestehenden Familie besser ist, wenn der Vater durch den Betriebsunfall zu Tode kommt, als wenn er das Leben rettet, aber zu 60 bis 70 % arbeitsunfähig ist.

An verschiedenen Stellen haben erfreulicherweise schon die Bestrebungen

auf Organisation der Fürsorge für die Kriegsinvaliden eingesetzt. Allenthalben wird hierbei neben der Unterstützung mit Rente, die ja das Reich gewähren muß, die Einstellung der noch etwas erwerbsfähigen Invaliden in das Wirtschaftsleben als Hauptaufgabe betrachtet. Für die Rheinprovinz, Westpreußen und Brandenburg haben die Provinziallandtage sich für die Übernahme der Kriegsfürsorge, soweit sie über Heilverfahren und Rentengewährung hinausgeht, auf die Provinz entschieden. In Hessen-Nassau ist unter Mitwirkung der Vertreter der Provinzialbehörden, der Militärverwaltung, Landesversicherungsanstalt usw. ein Ausschuß gebildet, der für die Zwecke der Versorgung der Kriegsinvaliden eine Geschäftsstelle errichten und an die in der Provinz bestehenden Arbeitsämter besondere Ausschüsse für Kriegsbeschädigte angliedern will.

Der Betrag der Renten muß sowohl im Interesse der ganz wie der teilweise Arbeitsunfähigen erhöht werden. Dies gilt auch für die Renten der Hinterbliebenen der Gefallenen. Die Versorgung ist durch das geltende Recht nach der militärischen Rangstellung des Verletzten oder Getöteten abgestuft. Die militärische Rangstellung steht nun bekanntlich durchaus nicht immer mit der wirtschaftlichen Lage im Einklang. Eine Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage des Versorgungsberechtigten ist den Gesetzen unbekannt. Die Vollrente beträgt für einen Gemeinen jährlich 540, für einen Unteroffizier 600, für einen Sergeanten 720 und für einen Feldwebel 900 Mark. Dazu kommt noch für alle die Kriegszulage mit 180 Mark jährlich. Bei schwerer Beschädigung, die wichtige Organe und Glieder beseitigt oder außer Funktion gesetzt hat, kann noch die Verstümmelungszulage in Höhe von 324 Mark gewährt werden. An Witwengeld erhält die Witwe eines Feldwebels 600, die eines Unteroffiziers 500 und die eines Gemeinen 400 Mark. Für die Kinder von Gemeinen und allen Unteroffizieren wird an Waisengeld 168 Mark, wenn die Mutter noch lebt, und 240 Mark gezahlt, wenn auch die Mutter tot ist.

Der Hansabund und der Bund der Landwirte haben dem Kriegsministerium den Vorschlag gemacht bei der Versorgung der Kriegswitwen und -waisen auch die wirtschaftliche Stellung der Familie mit zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag ist in der Tat sehr erwägenswert. Noch besser erscheint mir die von Hoch gegebene Anregung für die Renten der Verwundeten und die der Hinterbliebenen einen Grundbetrag festzusetzen (Hoch hoch sein wird) und zu diesem Grundbetrag entsprechend dem Verdienst des Verwundeten Zuschläge zu gewähren, die eine angemessene Lebenshaltung gewährleisten. Die Bemessung der Renten nach dieser Anregung würde gegenüber den Bestimmungen des Mannschaftsversorgungsgesetzes, die eine ganz und gar unzulängliche Versorgung bieten, eine wesentliche Verbesserung bedeuten. Nur würden auch dieser Regelung noch zwei Nachteile anhaften. Sie würde für einen Teil der Verletzten und der Hinterbliebenen die Freizügigkeit aufheben. Es ist klar, daß die in der vorgeschlagenen Weise für einen Gutsarbeiter des Ostens oder für seine Hinterbliebenen bemessenen Renten niemals zur Lebenshaltung im Westen reichen werden. Ein Aufenthaltswechsel wäre also den auf diese Bezüge Angewiesenen nicht möglich. Das ist ein Nachteil, der vielleicht noch in den Kauf genommen werden könnte, weil eine allbefriedigende Regelung kaum denkbar

ist. Die Bemessung der Renten nach dem letzten Verdienst übersieht aber auch, daß viele der Kriegsteilnehmer sich in einem Alter befinden, in dem sie kaum Verdienst erzielt haben oder jedenfalls noch nicht den höchsten, der in ihrem Beruf möglich ist. Wird nun die Rente nach dem Verdienst bemessen, der vor dem Krieg erzielt ist, so wird kein Ersatz für den Verlust geboten, der durch die Vernichtung der Arbeitsfähigkeit vor ihrer vollen Entfaltung verursacht ist. Aus der Unfallversicherung kennen wir das schwere Unrecht, das Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern durch die Bemessung ihrer Unfallrenten nach dem individuellen Lohn oder nach dem Ortslohn für gewöhnliche Tagarbeiter zugefügt wird. Wer kennt nicht die Fälle von Lehrlingen qualifizierter Handwerke, die infolge eines Unfalls ihre Berufslehre nicht vollenden sondern zur Schar der ungelernten Arbeiter übertreten müssen? Sie verdienen ihr Leben lang nicht einen Lohn, wie er ihnen im Handwerk zuteil geworden wäre, und bekommen mit der Rente, die im besten Fall nach dem Ortslohn berechnet ist, bei weitem keine Entschädigung, die die Differenz ausgleicht. Das gleiche würde für viele Kriegsteilnehmer eintreten, wenn bei der Versorgung nicht auch der Arbeitsverdienst berücksichtigt wird, der nach menschlicher Voraussicht ohne die durch den Krieg hervorgerufene Beschränkung oder Aufhebung der Arbeitsfähigkeit von dem Verwundeten oder Getöteten hätte erzielt werden können. Weiter muß Vorsorge getroffen werden, daß die anfangs festgesetzten Geldbeträge der Renten sich zum Ausgleich der wahrscheinlich auch in Zukunft noch anhaltenden Verteuerung der Lebenshaltung erhöhen. Eine nicht geringe Anzahl von Kriegsteilnehmern wie von Witwen wird auf Jahrzehnte von der Rente leben müssen. Sinkt, wie anzunehmen ist, die Kaufkraft des Geldes, so muß sich bei gleichbleibendem Geldbetrag der Rente die Lebenshaltung ständig verschlechtern. Diesem Ergebnis muß schon jetzt vorgebeugt werden; später, wenn die Erinnerung an die Zeit des Krieges, an die große Zeit der Not verblaßt ist, wird die Geneigtheit zu weiteren Opfern nicht mehr so groß sein.

Der Reichstag hat sich in seiner kurzen Märztagung mit der Abänderung der Mannschaftsversorgungs- und Militärhinterbliebenengesetze befaßt. In der Budgetkommission herrschte, wie der offizielle Bericht meldete, vollkommene Einmütigkeit darüber, »daß diese Gesetze unbedingt verbesserungsbedürftig seien«. Der Vertreter des Kriegsministeriums meinte, »daß es eine vornehme und heilige Pflicht des Reichs wäre für die Kriegsinvaliden und die Hinterbliebenen der Gefallenen so weitgehend zu sorgen, als es irgend möglich sei«. In einer Resolution, die der Reichstag auf Vorschlag seiner Kommission einstimmig angenommen hat, wird der Reichskanzler ersucht: »1. nach Beendigung des Krieges einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Pensionierung und Versorgung der Kriegsinvaliden angemessen regelt; 2. noch in dieser, spätestens in der nächsten Tagung des Reichstags diesem einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den über die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai 1907 hinaus den zu versorgenden Witwen, Waisen, Aszendenten Zusatzrenten gewährt werden, die nach dem letzten Arbeitseinkommen des zur Fahne Eingezogenen und infolge des Krieges Verstorbenen abgestuft werden, mit der Maßgabe, daß diese Renten, unter Anrechnung der Renten des Gesetzes vom 17. Mai 1907, bis zu einer mäßigen Höhe ansteigen, und daß eine Berücksichtigung des Einkommens aus fundierten Ertrags-

HERMANN WEINSCHILD · EIN SOZIALPOLITISCHES DOKUMENT NATIONALER ZUSAMMENARBEIT



ANGE schon erstrebten die deutschen Militärsattler einheitliche Bestimmungen über die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne in ihrer Branche für das ganze Reich. Doch war es zu einem Reichstarif, den sie wünschten, immer nicht gekommen, da eine Einigung, ein Ausgleich der widerstreitenden Interessen nicht erzielt werden konnte. Da brachte der Krieg, die durch ihn allen auferlegte Notwendigkeit der Zusammenarbeit das, wozu man im Frieden nicht gelangen konnte. Unter Mitwirkung der Militärbehörden haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Werk geschaffen, das, wenn auch aus den Bedürfnissen des Kriegs geboren, diesen überdauern wird und einen erheblichen sozialpolitischen Fortschritt in jener Industrie darstellt.

Den Anstoß zur Schaffung dieses Tarifs gab ein Beschluß des Kriegslederausrüstungsverbands in allen Betrieben der Lederausrüstungsbranche im Deutschen Reich vom 15. Januar 1915 ab die Löhne höchstens nach den Sätzen des Berliner Tarifs mit einem Kriegszuschlag von 33% zu berechnen. Der Vorstand des Verbands der Sattler und Portefeullier ersuchte daraufhin das Kriegsministerium Verhandlungen mit der Verwaltung des Verbands einzuleiten, um die Zurücknahme dieses Beschlusses zu erwirken. Dieser Schritt führte zu überraschend schnellem Erfolg. In einer kurzen Denkschrift hatten der Vorstand und die Tarifkommission unseres Verbands auf die Lohnherabsetzungen, besonders aber auf die Berechtigung höherer Lohnsätze in den neuerrichteten Betrieben und für die berufsremden Arbeiter hingewiesen und die Notwendigkeit eigener Mitwirkung bei der Lohnfestsetzung hervorgehoben. Der Leiter der Bekleidungsabteilung des Kriegsministeriums erklärte sich erfreulicherweise innerhalb weniger Tage bereit gemeinsam mit den Vertretern beider Parteien über die strittigen Punkte zu verhandeln. In unverbindlichen Vorbesprechungen einigte man sich dahin Verhandlungen zur Schaffung eines Reichstarifs einzuleiten.

Die Verhandlungen begannen am 26. Januar dieses Jahres in den Räumen des Berliner Kaufmannsgerichts. Sie wurden abwechselnd von dem Fabrikanten Backhaus (Berlin) und unserm Verbandsvorsitzenden Blum geleitet. An den Beratungen nahmen teil: 7 höhere Offiziere vom Kriegsministerium und von der Bekleidungsabteilung, 2 höhere Offiziere der Feldzeugmeisterei, 1 Vertreter der Königlichen Artilleriewerkstatt Spandau. Herr Oberstleutnant von Feldmann begrüßte die anwesenden Vertreter und sprach die Hoffnung aus, daß die Beratungen in allen Teilen einen befriedigenden Erfolg haben möchten, der auch nach außen die Einigkeit aller Stände dokumentierte, und daß alle bestrebt sein würden alles zu tun, was im Interesse des Vaterlands und seiner Verteidigung liegt. Die Grundlage der Verhandlungen bildete der von den Arbeitern vorgelegte Tarifvertragsentwurf.

Zunächst behandelte man die Festsetzung der Arbeitszeit. Der Entwurf wollte eine Arbeitswoche von höchstens 52 Stunden normieren. Die Arbeit-

geber wandten dagegen ein, daß in vielen Orten noch eine 55stündige, ja an einem Platz sogar noch eine 58½stündige Arbeitszeit herrsche. Schließlich erzielte man eine Einigung, nach der die Arbeitszeit in sämtlichen Betrieben höchstens 53 Stunden betragen darf.

Über die Löhne wurden folgende Bestimmungen getroffen: Akkordarbeiter sollen für die ersten beiden Überstunden einen Zuschlag von je 15 Pfennig, für die 3. Überstunde und für Sonntagsarbeit von je 25 Pfennig erhalten; bei Zeitlohnarbeitern wurde ein Zuschlag von 25 bis 33⅓ % festgesetzt. Als einheitlicher Grundlohn für das ganze Deutsche Reich sollen die Mindeststundenlöhne für Zeitlohnarbeiter gelten; dazu sind je nach den Lebensmittelpreisen des Ortes oder Wirtschaftsgebiets entsprechende Zuschläge zu gewähren, und zwar nach 4 Klassen gesondert, mit 5, 10, 15 und 20 %. In einem besondern Verzeichnis werden die Orte, die für jede Klasse in Betracht kommen, aufgeführt. Danach betragen der Grundlohn oder die Mindeststundenlöhne: für gelernte Sattler über 20 Jahre 50 Pfennig, unter 20 Jahren 42 Pfennig; für Hilfsarbeiter über 20 Jahre 40, über 17 Jahre 32 Pfennig; für Hilfsarbeiterinnen 22, für Lederstepperinnen 30, für sonstige Näherinnen 25 Pfennig. Die Löhne für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unterliegen der freien Vereinbarung, mit der Einschränkung, daß an jedem Ort, an dem Jugendliche in größerer Anzahl beschäftigt werden, die Löhne durch die örtliche Schlichtungskommission festzusetzen sind. Die Stücklöhne sollen durchschnittlich um 15 % erhöht werden, mit der Maßgabe, daß auf schlechter bezahlte Artikel ein höherer, auf besser bezahlte ein niedrigerer Zuschlag entfällt. Die Stücklöhne müssen für das ganze Deutsche Reich gleich hoch sein; sie werden in einem besondern Verzeichnis als Anhang zu dem Tarif aufgeführt. Dieses Verzeichnis ist an leicht zugänglicher Stelle sichtbar aufzuhängen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet für alle von ihnen ausgegebenen Arbeiten, gleichviel ob es sich um Werkstatt- oder Heimarbeiten handelt, mindestens die im Verzeichnis aufgeführten Löhne zu zahlen.

Es ist besonders interessant, daß die Arbeitgeber in der Lohndebatte selbst eine Erhöhung der Löhne wegen der Verteuerung der Lebenshaltung für notwendig erklärten. Sie führten die bisher vielfach gezahlten niedrigeren Löhne in der Lederausrüstungsindustrie auf die Konkurrenz durch das früher herrschende Submissionssystem zurück. Jetzt zahle die Militärbehörde überall für den gleichen Artikel den gleichen Preis, und zwar oft einen höhern als früher; deshalb erscheine auch eine Erhöhung der Löhne gerechtfertigt. Der Vertreter der Königlichen Artilleriewerkstatt wies darauf hin, daß den Innungsmeistern für Kriegsarbeiten ein Aufschlag von 75 % gewährt werde; davon seien 30 % an die Arbeiter abzuführen, während 45 % zur Deckung der Herstellungs- und Transportkosten wie für den Unternehmergewinn verblieben.

Eine lebhafte Debatte entspann sich bei den Verhandlungen über das Zwischenmeistersystem. Die Arbeitgeber suchten es mit der Begründung zu verteidigen, es habe sich bei der Herstellung von Kriegsarbeiten ganz besonders bewährt. Die Vertreter der Arbeiter erklärten es hier wie überall für einen Krebschaden; im Interesse der Volksgesundheit sei es aufs äußerste zu bekämpfen. Die Zwischenmeister hätten die Stücklöhne vielfach um mehr als 50 % gegenüber dem geltenden Lohntarif herunterge-

drückt, und es seien dadurch noch schlimmere Zustände entstanden als in der Konfektionsindustrie. Für die Arbeiter spiele das Zwischenmeistersystem die selbe Rolle, wie jetzt für die Fabrikanten bei den Kriegsartikeln die Konkurrenz der Zwischenhändler. Arbeiter und Arbeitgeber hätten das gleiche Interesse die Industrie von dem Parasitentum der Zwischenmeister zu befreien. Ebenso liege es im Interesse der Heeresverwaltung, daß die von ihr bestellten Waren unter gesundheitsgemäßen Arbeitsbedingungen hergestellt und so die Soldaten vor der Gefahr der Ansteckung durch Krankheitskeime geschützt werden, die sich in den unkontrollierten Arbeitsstätten der Heimarbeiter so häufig auf die Arbeitsprodukte übertragen. Der Vertreter der Arbeitgeber versprach alles zu versuchen, um die Zwischenmeisterarbeit auszuschalten, nur dürfe die Existenz der Innungsmeister und der selbständigen Handwerker nicht gefährdet werden. Mit dieser Ausschaltung wäre zugleich der unverantwortlichen Vergeudung der Arbeitsmaterialien gesteuert, die jetzt oft durch selbständige, bei der mangelnden Fachkenntnis der Zwischenmeister unbrauchbare Lieferung von Heeresausrüstungsstücken erzeugt werde.

Im Verlauf der Diskussion über die Heimarbeit wiesen die Arbeitervertreter noch besonders die Unterstellung zurück, als kämpften sie gegen die Heimarbeit, um die Arbeiter der Industrie leichter den gewerkschaftlichen Organisationen zuführen zu können. Den Gewerkschaften gehörten die intelligenteren Heimarbeiter des Fachs so gut wie die Fabrikarbeiter ohnehin bereits an, da auch die Heimarbeit schon seit Jahren tariflich geregelt sei. Für die Heimarbeiter und Landmeister forderten die Arbeitervertreter als Zuschlag zu den Stücklöhnen besondere Vergütungen für die Miete des Arbeitsraums und für sonstige Auslagen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die interessante Tatsache erwähnt, daß den Kleinmeistern während der Kriegszeit oft Arbeit bei verhältnismäßig hohen Löhnen angeboten worden sei (unter anderm habe die Artilleriewerkstatt München sich bereit erklärt Landmeister bei einem Tagelohn von 10 Mark einzustellen); sie hätten es aber für profitabler gehalten Hilfskräfte auszunutzen.

Das Endergebnis der Debatte waren folgende Beschlüsse:

- a) Für deutsche Militärarbeit dürfen Arbeitnehmer unter 45 Jahren als Heimarbeiter nicht beschäftigt werden. Von dieser Bestimmung sind ausgenommen körperlich gebrechliche Personen, denen das Arbeiten in der Fabrik Beschwerden verursacht oder die durch vorübergehende Krankheit in der Familie an das Haus gebunden sind. Desgleichen Sattlermeister, die eine 3jährige Selbständigkeit nachweisen können, in der Hauptsache Privatarbeit herstellen und nicht mehr als 2 Hilfskräfte beschäftigen. Die Hilfskräfte müssen nach tariflichen Zeit- und Stücklöhnen bezahlt werden.
- b) Heimarbeiter erhalten die für die Werkstattarbeiter geltenden Stücklöhne.
- c) Werkstattarbeiter und -arbeiterinnen dürfen weder Arbeit für zu Hause annehmen, noch darf ihnen Arbeit für zu Hause vom Unternehmer oder seinem Stellvertreter angeboten werden.
- d) Den Arbeitgebern ist es verboten Werkstattarbeiter anderer Betriebe als Heimarbeiter oder nach Feierabend oder Sonntags in der Werkstatt zu beschäftigen.
- e) Zwischenmeister dürfen in Friedenszeiten für deutsche Militärarbeit nicht beschäftigt werden. Sofern in Kriegszeiten sich ein Bedürfnis für die Beschäftigung von Zwischenmeistern geltend macht, kann durch die im § 6 c vorgesehene Zentraltarifkommission auf Antrag die Beschäftigung von Zwischenmeistern gestattet werden. Der Hauptunternehmer verpflichtet sich die Zwischenmeister anzuzahlen den in diesen Betrieben Beschäftigten die tariflichen Zeit- und Stücklöhne zu zahlen.

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Ludwig Quesel

Witte † Der Tod des russischen Staatsmanns, über dessen nähere Umstände noch ein geheimnisvolles Dunkel schwebt, erinnert an jene merkwürdige Episode der neuern europäischen Finanzgeschichte, die durch den Weltkrieg uns erst ihre volle Bedeutung enthüllt hat. Es war in der Zeit der *Boulangé*, da Wittes Stern am politischen Horizont zu leuchten begann. Als Boulanger 1886 das Kriegsministerium im Kabinett Freycinet übernahm, um »die Rache an Deutschland zu vollstrecken«, und in Petersburg starke panslawistische Kräfte auf einen gleichzeitigen Angriff Frankreichs und Rußlands gegen Deutschland hinarbeiteten, entschloß sich Bismarck die Milhürden russischer Werte aus deutschem Besitz zu vertreiben, um die drohende Gefahr abzuwehren. Die Vertreibung russischer Werte im Betrag von 5 Milliarden Mark war eine Maßregel, die den heimischen Kapitalisten natürlich schwere Opfer auferlegte. Um den Krieg Deutschlands nach 2 Fronten zu verzögern, hielt Bismarck jedoch kein eigenes Opfer zu groß. In der Tat hat sein energisches Vorgehen, das den russischen Staatskredit zeitweilig ins Wanken brachte, damals sehr zur Stärkung der Petersburger Friedenspartei und zur Schwächung des Revancheverlangens in Frankreich beigetragen. Das Gewitter zog vorüber. Ganz war die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Frankreich und Rußland damals erst behoben, als 1893 Witte die Leitung der russischen Finanzen übernahm. Die großen Ziele, die Witte sich gesteckt hatte, konnten nur in einer langen Friedensperiode verwirklicht werden. Eine spätere Geschichtsschreibung wird wahrscheinlich feststellen können, daß Witte immer ein Gegengewicht der Kriegspartei bildete. Es soll Witte zu hoher Befriedigung gereicht haben, daß er, der nicht stark genug war den Krieg mit Japan zu verhindern, als Bevollmächtigter Rußlands in Portsmouth am 5. September 1905 den Friedensvertrag abschließen konnte. Viele seiner Anhänger hofften ihn bald mit einer ähnlichen Aufgabe betraut zu sehen. Sein plötzlicher Tod hat durch diese Hoffnungen einen Strich gemacht.

In der russischen Finanzgeschichte gebührt Witte wohl der erste Platz. Mit seinem Namen sind die Erbauung der sibirischen Bahn, die Einführung des Zonentarifs, das Branntweinmonopol und die Goldwährung untrennbar verknüpft. Als Schüler des großen deutschen Volkswirts List trieb er eine streng protektionistische Politik, die zweifellos zur Hebung der russischen Industrie viel beigetragen hat. Wieviel von seinen Schöpfungen dem Sturm des Weltkriegs wird standhalten können, wird uns die Zukunft lehren.

× **Preußischer Landtag: Kriegsetatsberatung** Am 9. Februar trat der preußische Landtag zu seiner 2. Kriegstagung zusammen, deren wesentliche Aufgabe darin bestand den Staatshaushalt festzustellen und durch geeignete Maßnahmen die Wunden zu heilen, die der Krieg dem Land geschlagen hat. Im allgemeinen läßt sich von den Verhandlungen sagen, daß sie im Zeichen des Burgfriedens standen. Wenn auch die Redner ihren Parteistandpunkt in ausreichender Schärfe zutage treten ließen, so verzichtete man doch allseits darauf in dieser schweren Zeit die parteipolitischen Gegensätze durch erhitzte Debatten zum Austrag zu bringen. Eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel bildete freilich die Rede, die der Abgeordnete Dr. Liebknecht über die Wahlreform bei der 2. Lesung des Etats des Innern hielt. Sachlich bieten seine Ausführungen keinen neuen Gedanken. Bemerkenswert an seiner Rede ist nur, daß sie in vielfachen Wendungen die »kalte Wahrheit« predigt, es werde in Preußen nach dem Krieg »alles beim alten bleiben«. Wenn Liebknecht damit sagen will, daß nach dem Krieg die grundsätzliche Haltung der konservativen Partei zu den Versuchen Preußen zu demokratisieren keine Veränderung erfahren wird, so wird er mit dieser Auffassung allerdings recht behalten. Damit ist jedoch gar nichts bewiesen, da die historische Erfahrung uns lehrt, daß so ziemlich in allen Ländern demokratische Reformen nicht etwa dadurch ermöglicht wurden, daß die konservativen Parteien ihre grundsätzliche Auffassung änderten sondern deshalb, weil sie durch den Krieg zu einer Staatsnotwendigkeit geworden waren. Als in Preußen nach dem Tilsiter Frieden 1807 die Leibeigenschaft

aufgehoben wurde, geschah dies nicht, weil die politischen Grundsätze des Adels durch den Krieg eine Änderung erfahren hatten sondern aus dem Grund, weil der Krieg, dieser große Revolutionär, die Beseitigung der Leibeigenschaft zu einer Staatsnotwendigkeit gemacht hatte. Den selben Vorgang sehen wir in Rußland 1856 nach dem Frieden von Paris. Die Befreiungsgesetzgebung Alexanders II., die 23 Millionen Menschen aus den Fesseln einer an Sklaverei grenzenden Unfreiheit löste, war die Folge des Krimkriegs, der dem Autokraten die Rolle des Befreiers aufzwang. Über die revolutionäre Rolle des Krieges von 1866, der den *Junker* Bismarck veranlaßte dem im Frieden zu Prag geschaffenen Norddeutschen Bund das Wahlrecht der Revolution von 1848 zu verleihen, braucht man kein Wort zu verlieren. Mehring hat diesen Abschnitt der preußischen Geschichte bekanntlich schlechthin als die »Revolution von oben« bezeichnet. Bemerkt mag jedoch werden, daß, wie 1866 eindringlich zeigt, auch ein siegreicher Krieg demokratische Staatsnotwendigkeiten schafft, denen sich auch die konservativste Regierung nicht zu entziehen vermag. Daß die Intransigenten von links und rechts nach dem Krieg eine Enttäuschung erleben werden, steht für jeden, der historisch zu denken vermag, zweifellos fest. Der Krieg hat eine politische und soziale Demokratisierung zu einem staatlichen Erfordernis gemacht. Es ist auch nicht zu befürchten, daß die »kalte Wahrheit« Liebknichts die preußische Arbeiterschaft in ihrer politischen Tatkraft lähmen wird.

In erfreulichem Gegensatz zu dem reaktionären Revolutionarismus Liebknichts stand die Rede des Genossen Haenisch, der in klarer Erkenntnis der historischen Situation sich zum rückhaltlosen Zusammenstehen der ganzen Volksgemeinschaft in Not und Tod bekannte. Durch Haenisch wurde die Arbeit, die Liebknecht unbewußt einer preußischen Reaktion geleistet hatte, bis zu einem gewissen Grad wieder zerstört. Bedauerlich bleibt allerdings, daß die Landtagsfraktion durch Ablehnung des preußischen Etats sich in einen gewissen Gegensatz zu der Politik der Reichstagsfraktion brachte. Zu gewohnheitsmäßigen Demonstrationen gegen den Klassenstaat scheint die gegenwärtige schwere Zeit, wo das deutsche Volk um seine Existenz kämpft, wirklich wenig geeignet zu sein.

Reichstag: Kriegsetatsberatung Die Bewilligung des Etats durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

am 20. März war in einfacher Konsequenz ihrer Haltung vom 4. August ein Akt politischer Notwendigkeit. Freilich war voraussehen, daß eine kleine Minderheit Versuche machen würde unter Berufung auf Parteitagsbeschlüsse die Bewilligung der im Etat enthaltenen Kriegskredite zu hintertreiben. Alle diese Versuche sind jedoch erfreulicherweise an dem festen Willen der Mehrheit gescheitert. Allerdings hat der Vorwärts durch Veröffentlichung der Namen derjenigen Abgeordneten, die der Abstimmung fernblieben, es fertig gebracht dieser Stimmhaltung den Charakter einer Demonstration zu verleihen. Gegen dieses Verhalten des Vorwärts ist bereits Protest erhoben worden, und die Fraktion wird sich bei ihrem Wiederausammentritt damit beschäftigen.

Die kurze Märztagung des Reichstags war fast ausschließlich der Erledigung des Etats gewidmet. Die Beratungen hielten sich natürlich diesmal nur in sehr engen Grenzen. Es wurden nur wenige innerpolitische Fragen gestreift, und das erste Bestreben der maßgebenden Faktoren in allen Parteien verhinderte jede Parteipolemik, zu der bei dem intensiven Einheitswillen der gesamten Nation jetzt auch bei niemand Verlangen herrscht, der sich der Schwere der Situation und der Verantwortlichkeit eines jeden bewußt ist. Ein bedauerlicher Zwischenfall am letzten Tag fand seine rasche Erledigung durch die Feststellung, daß man für die Entgleisung einzelner eine Partei nicht verantwortlich machen könne, deren Gesinnung vielmehr nach ihrer Haltung zu beurteilen sei.

Als bemerkenswert muß noch die Stellungnahme der Regierung in der Gewerkschaftsfrage registriert werden. Es zeigt sich, daß die Einstellung des Polizeikampfs gegen die Gewerkschaften von der Regierung als Akt der Staatsnotwendigkeit empfunden wird, daß eine andere und richtigere Auffassung von der Bedeutung der Gewerkschaften für den nationalen Gesamtorganismus jetzt durchgedrungen ist. Es wird auch von unserer Partei mit abhängen, in welchem Umfang man daraus später die gesetzgeberischen Konsequenzen wird ziehen können.

× **Ukrainische Frage** × Zu den mannigfachen nationalen Problemen des Ostens, denen der Weltkrieg erhöhte Bedeutung gegeben hat,

einwandfrei Stellung zu nehmen ist nicht immer leicht. Wenn auch vom sozialistischen Standpunkt aus jedem Volk das Recht auf nationale und staatliche Freiheit und Unabhängigkeit wird zugesprochen werden müssen, so ist es dort, wo ein Volk einmal seine staatliche Selbständigkeit für längere Zeit verloren hatte, häufig recht schwierig zu sagen, ob es noch die Kräfte hervorzubringen vermag, die nun einmal zur Bildung eines selbständigen Staates notwendig sind. Polen und Finnern sind nicht die einzigen Völker des Ostens, deren Staatswesen von den zum Meer drängenden Moskowitern überrannt und zertrümmert wurde. Das selbe Schicksal haben auch die Ukrainer erlitten, deren Geschichte Dmytro Donzow uns in einer von der Ukrainischen Zentralorganisation herausgegebenen Schrift Die ukrainische Staatsidee und der Krieg gegen Rußland /Berlin, Kroll/ knapp und fesselnd schildert. Nach Donzow fällt die Entstehung des ukrainischen Staates »mit der Morgenröte der europäischen Geschichte zusammen«. Donzow zeigt dann weiter, wie das ukrainische Staatswesen in wechselnden Formen seine Selbständigkeit bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts gegenüber Türken, Polen und Russen erfolgreich behauptete. Die letzten anderthalb Jahrhunderte russischer Knechtschaft haben nach Donzow die ukrainische Staatsidee nicht vernichten können. In seinen hochinteressanten Schlußausführungen vertritt der Autor die These, daß sowohl die materiellen wie die ideellen Vorbedingungen der Wiederherstellung des ukrainischen Staates vorhanden seien.

Wie Donzow, so tritt auch L. Cehelskyj in seiner Schrift Der Krieg, die Ukraine und die Balkanstaaten /Wien, Bund zur Befreiung der Ukraine/ für ein unabhängiges Staatswesen der Ukrainer ein. Die historischen Ausführungen Cehelskyjs decken sich im wesentlichen mit denen Donzows. Mit großer Schärfe wendet sich der Autor gegen die »Erlösungspropaganda« des russischen Imperialismus, die in den zu erobernden Ländern immer eine Klasse der Bevölkerung gegen die andere ausspielt. Cehelskyj befürwortet eifrig die Wiederherstellung der Ukraine, Polens und Finnlands als selbständige Staaten, die nach seiner Ansicht für Nord- und Mitteleuropa sowie für die Balkanvölker eine von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichende Schutzmauer gegen die russische Gefahr bilden könnten.

Mit der ukrainischen Frage beschäftigt

sich auch Karl Nötzel in seiner kleinen Schrift Der entlarvte Panlawismus und die große Aussöhnung der Slawen und Germanen /München, Hans Sachs-Verlag/. Der Autor weist darauf hin, daß von den 35 Millionen Ukrainern 5 Millionen zu Österreich gehören. Während nun der Panlawismus in Rußland jede nationalekulturelle Regung der Ukrainer brutal unterdrückt, genießen die österreichischen Ukrainer eine weitgehende Autonomie, die in der ukrainischen Landesuniversität zu Lemberg deutlich in Erscheinung tritt. In dieser Autonomie der österreichischen Ukrainer sah der Panlawismus eine große Gefahr. Ihre Vernichtung bildete nach Nötzel »das Hauptmoment in allen russischen Angriffen auf Österreich«. Im weiteren tritt der Verfasser warm für eine Kulturgemeinschaft zwischen Slawen und Germanen ein, »die der ganzen Menschheit eine ewig fortschreitende Befreiung von den Fesseln des Geistes und den Fesseln der Seele: vom Aberglauben und vom Menschenhaß« verheißt. Den ersten wichtigen Schritt zu dieser germanisch-slawischen Kulturgemeinschaft sieht Nötzel in dem Zusammenschluß der deutschen Volksstämme mit den slawischen Völkern Österreichs gegen die Panlawisten, »die maskierten Kosaken der russischen Expansion«.

Alle diese Äußerungen seien hier nur kurz mitgeteilt. Eine besondere Erörterung und Kritik dieser Anschauungen würde an dieser Stelle zu weit führen. Einige von den Hypothesen scheint der Krieg jedenfalls nicht bestätigen zu wollen. Die Zukunft Europas, und im speziellen des Ostens, liegt noch dunkel vor uns. Wenn auch nicht anzunehmen ist, daß schon jetzt eine Lösung der komplizierten Nationalitätenprobleme dieses Ostens erfolgen könnte, diese vielmehr mit größeren Entwicklungen zusammenhängen, die von dem Krieg erst ihren Ausgang nehmen werden, so ist eine Kenntnis der Strömungen in der politischen Intelligenz dieser Nationen für uns auf alle Fälle von Interesse.

×

Kurze Chronik Die italienische Kammer ist am 22. März bis zum 12. Mai vertagt worden. Turati verlangte eine Verkürzung der Ferien und sprach den Wunsch aus, daß Italiens Neutralität eine Neutralität des Friedens und der Gerechtigkeit sein möge. Ministerpräsident Salandra erwiderte, die Regierung brauche längere Parlamentsferien, um alle ihre Aufmerksamkeit auf die internationale Lage

×

richten zu können. × Zum Nachfolger des französischen Botschafters in Rom, Barrère, ist der Abgeordnete Benoist, ein Freund Delcassés, auszuwählen worden. × Es sind Bestrebungen im Gang eine islamische Union zwischen der Türkei, Afghanistan und Persien herzustellen. Die gemeinsame Gefahr, die dem Mohammedanismus von England droht, soll die Verschiedenheit der Riten in den Hintergrund treten lassen. × In England beginnt man zu erkennen, daß die grundlegende Neuordnung der Dinge in Ostasien das schwerste Problem der nächsten Zukunft bilden wird. Die Forderungen Japans an China werden vom Manchester Guardian für unverträglich mit den Zielen des japanisch-englischen Bündnisses erklärt. In der japanischen Botschaft in London sind ernstliche Vorstellungen gemacht worden. Hoffentlich wird die spätere deutsche Politik die richtigen Konsequenzen aus dieser Sachlage zu ziehen wissen.

Wirtschaft / Max Schippel

Kriegsanleihe Die unerschütterliche Siegeszuversicht und Opferbereitschaft des deutschen Volkes fand bei der zweiten Kriegsanleihe, die vom 27. Februar bis zum 19. März zur Zeichnung aufgelegt war, nochmals einen machtvollen Ausdruck. Hatte die erste Anleihe vom September des Vorjahrs 4460 Millionen Mark dem Reich zugeführt, so riet diesmal während der Schlußtage die Börse nach den eingelaufenen Nachrichten aus den verschiedenen Reichsteilen schätzungsweise auf die Riesenziffer von 6000 Millionen Mark. Der neue Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich glaubte noch am 20. März dem Reichstag mit der »Erwartung, daß das Gesamtergebnis 7 Milliarden übersteigen wird«, eine freudige Überraschung bereiten zu können. Am nächsten Tag stand es fest, daß auf mehr als 9 Milliarden Mark zu rechnen war. Dabei war diesmal zwar die günstige nominelle Verzinsung mit 5 % beibehalten, aber der Zeichnungskurs etwas höher gewählt (98,50 oder bei Eintragung in das Reichsschuldbuch mit Sperre bis 15. April 1916 98,30 Mark, im September 97,50, oder 97,30 Mark); ein Schritt, den das Reich um so leichter wagen konnte, als inzwischen für die ältere Anleihe im freien Börsenverkehr die Paribewertung schon zeitweise überschritten worden war. Die Einzahlungstermine für die Anleihe waren diesmal von vornherein weiter ausgedehnt worden als bei der ersten Emis-

sion: vom 31. März ab können Vollzahlungen erfolgen, Beträge bis 1000 Mark sind bis 14. April, dem ersten Pflichttermin, ungeteilt zu berichtigen, sonst lautet die Einzahlungsvorschrift auf 30 % des zugeteilten Betrags spätestens am 14. April, 20 % am 20. Mai, 20 % am 22. Juni und je 15 % am 20. Juli und 20. August. Die Tilgung der Schatzanweisungen erfolgt durch Auslosung in 4 Serien zwischen dem 2. Januar 1921 und dem 1. Juli 1922; die Ausgabe der Schatzanweisungen ist diesmal nicht nach oben begrenzt. Die eigentliche Anleihe ist, wie bei der ersten Emission, bis zum 1. Oktober 1924 unkündbar und unkonvertierbar. Wahrscheinlich wird die eingehendere Statistik über die Höhe und den Ursprung der einzelnen Zeichnungen von neuem ergeben, daß es sich im vollsten Sinn des Wortes um eine Volksanleihe, um eine Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung gehandelt hat. Das gegnerische Ausland aber mag daran und an der Gesamtsumme erkennen, daß Deutschlands Wirtschaftskraft und wirtschaftliche Entschlossenheit durchaus seiner militärischen Kraftentfaltung ebenbürtig ist.

× **Auslandsvergleiche** × In seiner großen Etatsrede vom 10. März zog der neue Reichsschatzsekretär zwischen Deutschland und dem gegnerischen Ausland folgende lehrreiche Vergleiche, die hier wegen ihrer schlagenden Prägnanz wiedergegeben seien: »Unser Staatskredit hat sich wesentlich besser gehalten als derjenige Frankreichs, und auch besser als derjenige Englands. Die 3prozentige französische Rente ist seit Kriegsausbruch um 12 % und zeitweise über 15 % zurückgegangen, unsere deutsche Reichsanleihe nur um 5½ %. Auch die englischen Konsols haben einen Rückgang erfahren um 7 %. Aber hier kommt in Betracht, daß die englische Regierung Minimalkurse dekretiert hat, die im freien Verkehr zeitweise um 3 % bis 4 % unterschritten worden sein sollen. Wenn Sie aber noch etwas zurückgehen und berücksichtigen, daß wir die ganze Periode von der Marokkokrise über den Tripoliskrieg und die Balkankriege bis zum jetzigen Weltkrieg schließlich als ein gemeinsames Ganzes ansehen müssen, wenn Sie also das Jahr 1910 für diese Betrachtung zum Ausgangspunkt nehmen, so kommen Sie zu folgenden Zahlen: Der Durchschnittskurs der französischen Rente im Jahr 1910 war 98, derjenige der deutschen 3prozentigen Reichsanleihe 84; die französische

3prozentigen standen also um volle 14 % höher als die deutsche Reichsanleihe. Und heute ist seit einiger Zeit die französische 3prozentige Rente unter den Kurs der deutschen Reichsanleihe heruntergegangen. Der ganz kolossale Vorsprung der französischen Rente von 14 % ist also im Lauf von 4 Jahren verloren gegangen zu unseren Gunsten . . . Unsere Reichsbank hebt sich aus dem Kreise der amtlichen großen Zentralnotenbanken geradezu glänzend heraus durch die Tatsache, daß es gelungen ist ihren Goldbestand in einem ungeahnten Maß zu stärken. Sie hat ihren Goldbestand, der bei Kriegsausbruch rund 1 Milliarde 250 Millionen Mark betrug, auf etwa 2 Milliarden 300 Millionen Mark erhöht, also um rund 1 Milliarde. Die ganze Bevölkerung hat dabei mitgewirkt und hat dazu beigetragen die staatlichen Goldreserven des freien Verkehrs in die Bank überzuleiten, also an diejenige Stelle, wo in Kriegszeiten das Gold am wirksamsten ist; und dieser Zustrom dauert fort. Woche für Woche kann die Reichsbank eine Anzahl von Millionen neues Gold aufzeigen . . . Die günstige finanzielle Situation, wie sie sich in den Ausweisen der Reichsbank spiegelt, erfährt ihre Bestätigung durch allerlei Wahrnehmungen aus dem allgemeinen Geldverkehr. Der Markt zeigt eine große Geldflüssigkeit; bei den Großbanken haben die Einlagen, die in den Wochen der Unruhe bei Kriegsausbruch durch Zurückziehung aus dem Publikum stark angegriffen wurden, in den letztverflossenen Monaten wohl durchweg eine erhebliche Steigerung erfahren und, soweit mir bekannt ist, bei einzelnen Instituten geradezu Rekordziffern erreicht. Das gleiche sehen wir bei den Sparkassen. Die Einlagen bei den deutschen Sparkassen waren am Ende des Jahres 1914 um nicht weniger als 900 Millionen Mark höher als 1 Jahr zuvor. Dieser Zunahme um 900 Millionen Mark bei den deutschen Sparkassen steht bei den französischen Sparkassen ein Abgang um 120 Millionen Franken gegenüber. Der Monat Januar allein (da kommen ja nun Mieten, Zinsen und ähnliches mit in Betracht) hat bei den deutschen Sparkassen nach einer vorläufigen Berechnung eine Zunahme in der kolossalen Summe von 390 Millionen Mark erbracht, während in Frankreich der Rückgang sich fortsetzt. Und bei der Beurteilung der Zunahme für das Jahr 1914 dürfen Sie überdies nicht vergessen, daß unsere Sparkassen und die Einleger unserer Sparkassen sich in

großem Umfang an der Zeichnung der ersten Kriegsanleihe beteiligt haben, daß allein mehr als 800 Millionen Mark bei unseren Sparkassen auf die Kriegsanleihe gezeichnet worden sind. Die Ursache dieser auf den ersten Blick erstaunlichen Entwicklung ist, daß unsere Volkswirtschaft sich in geradezu wunderbarer Weise dem Krieg angepaßt hat, daß ferner die großen Zahlungen des Reichs für den Krieg so gut wie ausschließlich dem inländischen Verkehr wieder zufließen.«

×
England Trotz seiner Beherrschung der Meere und trotz seiner enormen Kriegsbezüge wie Kriegslieferungen hat England seinen Außenhandel gewaltig zusammenschrumpfen sehen. Die Einfuhr hatte nach der englischen Statistik 1912 einen Wert von 745 Millionen Pfund Sterling, 1913 von 769 und 1914 von nur 697 Millionen Pfund. Zieht man in Betracht, daß die Kriegszeit 1914 weniger als ein halbes Jahr ausmacht, so kann man, auf 1 Jahr berechnet, einen Rückgang von mehr als 240 Millionen Pfund Sterling, also 4,8 Milliarden Mark, annehmen. Die Ausfuhr belief sich 1912 auf 599 Millionen Pfund, 1913 auf 635, 1914 auf 526 Millionen Pfund, mithin im Kriegsjahr auf 36 Millionen Pfund, etwa 720 Millionen Mark weniger, für die kritischen und kriegerischen Monate Juli bis Dezember sogar auf 108 Millionen Pfund (über 2 Milliarden Mark) weniger als im Vorjahr. Diese niedergehende Bewegung hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt, bis der Februar, offenbar nicht ohne Zusammenhang mit der auf den 18. Februar länger vorher angekündigten Tauchbootkriegseröffnung, die seltsame Erscheinung einer einmaligen plötzlichen Einfuhrsteigerung brachte. Seit Ausbruch des Krieges ergeben sich die folgenden Rückgänge im Vergleich mit den entsprechenden Vorjahrsmonaten (in 1000 Pfund Sterling):

Monat	Unterschied gegen das Vorjahr	
	Einfuhr	Ausfuhr
August	- 13 614	- 19 899
September	- 16 304	- 15 751
Oktober	- 20 171	18 021
November	- 12 480	- 20 150
Dezember	- 3 560	- 17 000
Januar	- 604	- 19 059
Februar	+ 3 215	- 15 085

×
Kurze Chronik Am 12. März ist Graf Witte, der einstige Leiter der russischen Politik und wirtschaftlich als Förderer des In-

dustrieschutzes und des Eisenbahnbaus, als Schöpfer der Goldwährung eine der markantesten Gestalten des modernen Rußlands, plötzlich verschieden (siehe auch die Rubrik Politik, in diesem Band, pag. 303). × Am 25. März konnte Adolph Wagner, noch immer mit warmblütiger, kampfesfreudiger Anteilnahme an allen großen Geschehnissen und Problemen der deutschen Entwicklung ausgerüstet, auf 80 Jahre eines vielseitig arbeitsreichen Lebens zurückblicken. Eine ganze Generation, nicht nur der volkswirtschaftlichen Universitätslehrer und Forscher sondern auch des preußisch-Deutschen Beamtentums ist durch ihn, einen der ersten und unermüdetsten Staatssozialisten, moderneren, großzügigeren Auffassungen von der Mission des Staates und der Gesetzgebung zugeführt worden. Auch unmittelbar hat die deutsche Politik durch ihn wertvollste Anregungen erfahren: bei der Anbahnung und Durchführung der Eisenbahnverstaatlichung, bei der Schaffung der Arbeiterzwangsversicherung, bei den Steuerreformen Preußens und anderer Einzelstaaten, in der Handelspolitik. Gerade während der großen Umschwungszeit der deutschen innern Politik rückte er neben Schäffle und Schmoller in die vorderste Reihe der wissenschaftlichen Reformvorkämpfer. Nimmt man hinzu, daß er selbst unter widrigen Umständen stets als ganzer Mann für seine Überzeugung einstand, so dürfen wir auch hier, in einer sozialdemokratischen Zeitschrift, trotz alter Parteifehden, die besonders in der christlichsozialen Aufschwungszeit an Schärfe nichts vermischen ließen, seiner Verdienste gedenken und ihm noch viele abendsonnenhelle Lebensjahre in geistiger und körperlicher Rüstigkeit wünschen.

× Literatur

Die letzten Wochen haben zwei sehr wertvolle Beiträge zur Zollverbandsfrage gebracht. Professor Karl Diehl (Freiburg) (Zur Frage eines Zollbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn / Jena, G. Fischer/) schildert nach einem geschichtlichen Überblick über die bisherigen Unionsanregungen die Außenhandelsbeziehungen, die erreichten Entwicklungsstufen der agrarischen und industriellen Produktion, die Verhältnisse auf den Gebieten der Währung, der Finanzpolitik, des Arbeitsrechts sowohl für Deutschland wie für Österreich-Ungarn, um zu dem Schluß zu gelangen, daß eine Zolleinigung abzulehnen, wohl aber eine größere handelspolitische An-

näherung in Fortbildung der Handelsverträge, ferner ein größeres handelspolitisches Zusammenarbeiten nach außen zu erstreben sei. × Die kürzere Schrift von Eugen von Philippovich (Ein Wirtschafts- und Zollverband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, in der Sammlung Zwischen Krieg und Frieden / Leipzig, Hirzel/) ist geradezu ein Muster knapper und klarer geschichtlicher, volkswirtschaftlicher und handelsstatistischer Darlegung, unter stärkerer Berücksichtigung Österreichs und unter besonderer Hervorhebung der alten Bruckschen Bestrebungen. Auch Philippovich faßt sein Urteil dahin zusammen, daß für Österreich »eine vollständige, unvorbereitete Aufhebung des bisherigen Zollsystems und Einführung völlig freien [deutsches-österreichischen] Verkehrs in Industrieprodukten eine Krise bedeuten müßte«, daß deshalb während eines Übergangsstadiums die österreichische Industrie »Zwischenzölle behalten muß«. × Mehr auf politische Annäherung und auf ein »mitteleuropäisches Völkerrecht« lenkt Franz von Liszt den Blick (Ein mitteleuropäischer Staatenverband, in der gleichen Sammlung). Aber auch er empfiehlt Verträge zur Förderung der Einheitlichkeit des wirtschaftlichen Lebens in dem von ihm weitbemessenen Verbandsgebiet. »Eine geschlossene Zolleinheit wäre nicht unbedingt erforderlich«, von größtem Wert dagegen die Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems sowie die der Währung, ein gemeinsames Eisenbahnrecht, die einheitliche Regelung der Urheber- und Erfinderrechte und anderes mehr. × Einen starken Eindruck hinterlassen die gesammelten und umgearbeiteten Münsterer Kriegsvorträge Professor Johann Plenges (Der Krieg und die Volkswirtschaft / Münster, Borgmeyer/), bisher wohl neben Jastrows Im Kriegszustand die beste Orientierungsschrift, aber zugleich mit tieferen Ausblicken in allgemeinere volkswirtschaftliche Probleme.

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Kriegsernäh- Die Bundesratsverordnungen vom 25. Januar 1915 haben den Gemeinden eine Reihe wichtiger neuer Aufgaben gebracht. Nach § 34 der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl haben die Kommunalverbände den Verbrauch in ihrem Bezirk zu regeln. Die Regelung umfaßt folgendes: Vorschriften über die Bereitung von Einheitsbrot, Verbot oder Beschränkung

des Kuchenbackens, Festsetzung eines geringern Ausmahverhältnisses für Mühlen mit unzulänglichen Einrichtungen, Beschränkung der Abgabe und Entnahme von Brot und Mehl auf bestimmte Mengen, Abgabestellen und -zeiten, Verbot des Exports von Brot und Mehl. Damit ist den Gemeinden und Kommunalverbänden wieder der größere und schwierigere Teil der Aufgaben übertragen, ohne daß ihnen für den nicht unbedeutenden finanziellen Aufwand irgendwelche Entschädigung vom Reich gewährt wird. In Preußen konnten die Gemeinden die Vollmachten des § 36 unbeschränkt zur Anwendung bringen, da hier die Landeszentralbehörde von dem ihr in § 37 zugewiesenen Recht selbst die Regelung zu bestimmen keinen Gebrauch gemacht hat. In den kleineren Bundesstaaten dagegen, zum Beispiel in Württemberg, wurden durch Verordnung für das gesamte Staatsgebiet einheitliche Bestimmungen geschaffen. Damit war den Gemeinden und Kommunalverbänden zwar das Recht auf Regelung durch die kommunale Gesetzgebung entzogen, die Pflicht zur Durchführung der Bestimmungen blieb jedoch unverändert bestehen. Der Regelung des Verkehrs mit Brot und Mehl ging eine Bestandsaufnahme voraus. In beiden Fällen erwies sich der Nutzen einer geschulten, in der Praxis selbständiger Verwaltungsarbeit erfahrenen Selbstverwaltung. Ohne deren Körperschaften und eine Verbindung zwischen ihnen und der Bürgerschaft, wie sie aus dem Wesen der Selbstverwaltung fließt, wäre es nicht möglich gewesen die Kräfte der Bürgerschaft für die öffentlichen Aufgaben mobil zu machen, und das Riesenunternehmen hätte scheitern müssen. Nicht geringere Leistungen von den Kommunen fordert die Verordnung des Bundesrats über die Sicherstellung von Fleischvorräten (ebenfalls vom 25. Januar 1915). Sie verpflichtet die Städte und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern durch Beschaffung und Aufbewahrung eines Vorrats an Dauerwaren die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sicherzustellen. Das, was weitlebende Gemeinden schon seit Oktober 1914 unter der Hand taten: Schweine und Rindvieh aufkaufen und in Dauerware verwandeln, wurde im Januar allgemein zur Pflicht gemacht. Das Reich verfügte also wieder über den Geldbeutel der Gemeinden (wofür in diesem Fall freilich gute Gründe geltend gemacht werden können), ohne jedoch durch geeignete ergänzende Maßregeln

dafür zu sorgen, daß die Gemeinden ohne finanzielle Schädigungen ihre Aufgabe zu erfüllen vermögen. Zwar gab man ihnen das Enteignungsrecht, aber Höchstpreise wurden zunächst nicht festgesetzt. Der Marktpreis war der Enteignungspreis. Die Folge war ein unglaubliches Steigen der Schweinepreise, das den Zweck der ganzen Maßregel illusorisch machte und die Gemeinden sehr bald zwang die Ankäufe einzustellen oder einzuschränken. Erst später (am 25. Februar) brachte eine neue Verordnung einen gewissen Schutz, insofern sie für Schweine unter 100 Kilo Höchstpreise festsetzte; gerade die für Dauerwaren besonders geeigneten Fettschweine von höherem Gewicht blieben aber auch da noch frei. Interessant sind die Wege, die von den Gemeindeverwaltungen eingeschlagen wurden, um die Dauerwaren zu beschaffen. Zum Teil erfolgte der Ankauf direkt durch die Organe der Stadtverwaltungen, zum Teil wurde die Vermittlung des Groß- oder Kleinhandels in Anspruch genommen. Einige Städte traten direkt mit den Produzenten in Verbindung und versuchten diese zur Herstellung und Aufbewahrung von Räucher- und Pökelwaren zu veranlassen. Auch hier hat es sich wieder gezeigt, wie verhängnisvoll es war, daß die Städte die von ihnen in Notzeiten für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung geschaffenen Organisationen (Teuerungsjahre 1911 und 1912) wieder verfallen ließen, sobald der Notstand vorbei war, statt sie aufrechtzuerhalten und so weit auszubauen, daß sie als regulierender Faktor auf dem Lebensmittelmarkt hätten wirken können.

× **Straßburg:** Die Notwendigkeit die Bevölkerung während des Krieges mit Nahrungsmitteln zu versorgen veranlaßte die Verwaltung der Stadt Straßburg zu zwei recht interessanten Gründungen. Es wurde eine städtische Milchzentrale geschaffen, die als dauerndes Unternehmen gedacht ist, und ferner eine Gesellschaft für Volksernährung. Der tägliche Bedarf der Stadt an Milch belief sich vor dem Krieg auf 70- bis 75 000 Liter. Während der Mobilmachung ging die Milchlieferung auf rund 10 000 Liter oder ein Siebentel zurück und stieg dann wieder langsam beinahe auf den alten Stand. Nur ein geringer Teil dieser Milch wird in Straßburg selbst produziert: 8400 Liter in 231 Betrieben, also durchschnittlich 36,6 Liter in dem einzelnen Betrieb. Von diesem Quantum gelangen nur etwa 500 Li-

ter in den Zwischenhandel. Rund 20 000 Liter aus 300 Betrieben, also durchschnittlich 65 Liter für den Betrieb, werden auf Handkarren oder bespannten Wagen eingeführt. Auch von dieser Milch gelangt ein großer Teil sofort an die Verbraucher. In den Händen des Zwischenhandels liegt die Versorgung der eigentlich innenstädtischen Bevölkerung; sie erfolgt auf dem Weg des Bahntransports. Auf diese Art werden ungefähr 25 000 Liter aus bis zu 60 Kilometer entfernten Orten importiert. Im Zwischenhandel gibt es 2 Betriebstypen: die Molkerei, die Milch sammelt, verarbeitet und weiterverteilt (deren existieren etwa 20) und der Wiederverkauf (ebenefalls etwa 20). Auch die Molkereien sind kleinere Betriebe, keine von ihnen entspricht nach Technik und Betriebsmitteln modernen Anforderungen. Zwischen den Molkereien und dem Zwischenhandel besteht ein lebhafter Konkurrenzkampf gegenüber den Milchproduzenten. Seit einigen Jahren trat dazu noch als dritter Konkurrent der Milchsammler, der sich zwischen Bauern und Molkerei einschob. Die ganze Milchproduktion ist zerfahren und wenig leistungsfähig. Die elementarsten Forderungen an eine verständige und sorgfältige Behandlung der Milch bleiben unbeachtet, auch die Reinlichkeit läßt sehr viel zu wünschen übrig. Milchfälschungen sind an der Tagesordnung, die primitive Kontrolle durch Schutzleute vermag nur wenig dagegen. Es fehlt vor allem an einer kaufmännisch und technisch gut geleiteten Zentrale. Die 3 größten Anstalten erreichen höchstens eine Tagesproduktion von 6000 bis 7000 Liter. Bei diesen ungesunden Zuständen überrascht die Höhe des Konsums mit 142,5 Liter pro Kopf und Jahr.

Schon seit längerer Zeit ist man bemüht die Milchversorgung Straßburgs auf eine gesündere Basis zu stellen. Eine Bezirkspolizeiverordnung zur Regelung des Milchverkehrs wäre wohl im wesentlichen unausgeführt geblieben, da die erforderlichen Voraussetzungen fehlten. Der Krieg machte die latente Krisis akut. Der Milchhandel wurde durch die Maßregeln der Militärverwaltung auf kurze Zeit ganz lahmgelegt. In den ersten Tagen der Mobilmachung trat eine völlige Stockung in der Milchzufuhr ein, die auch später durch den Handel nicht völlig wieder behoben wurde; dieser überließ vielmehr alles der Stadt. Eine städtische Milchkommission mußte wohl oder übel die Regelung der Milchzufuhr übernehmen und vermittelte den Bezug

für einen großen Teil der Molkereien. Sie schloß auch einige Milchverträge auf dem Lande ab und verkaufte an die Zwischenhändler. Schließlich wurde mit dem Allgemeinen Konsumverein in Basel ein Abkommen über die Lieferung von 6000 bis 15 000 Liter täglich (etwa ein Fünftel des Bedarfs) abgeschlossen, das die Stadt in den Stand setzt auf dem Milchmarkt als wirtschaftliche Kraft aufzutreten. Nunmehr schien die Gelegenheit günstig die Organisation der Milchversorgung in die Hand zu nehmen. Dabei zog es die Stadt vor nicht gegen die Milchhändler konkurrierend vorzugehen sondern ein Zusammenarbeiten mit ihnen herbeizuführen. Man bediente sich wieder der Form des gemischtwirtschaftlichen Betriebs durch Schaffung einer Aktiengesellschaft, der Städtischen Milchzentrale, die mit einem Kapital von 1 Million Mark gegründet wurde. Die Stadt behält dauernd den Hauptteil der Aktien. Auch der verbleibende Rest wird nicht zu freier Zeichnung aufgelegt sondern nach Wahl der Stadt an die Milchgeschäfte abgegeben, die bereit sind mit der Milchzentrale auf festzusetzender Grundlage zusammenzuarbeiten.

Zu einer Sanierung des Milchgeschäfts muß der Anschluß der bestehenden größeren Geschäfte erreicht werden, besonders derer, die gute Verbindungen mit den ländlichen Milchproduzenten besitzen. Da die Milchpreise von dem Aufsichtsrat festgesetzt werden, die Rentabilität also ganz von dem Willen der Stadt abhängt, mußte eine gewisse Zinsgarantie für die Aktien gegeben sein, um die Milchhändler zu ihrer Übernahme zu bewegen. Die Stadt garantiert daher den Aktieninhabern eine Verzinsung von 4½ %. Nach der Sanierung des Handels wird die Gesellschaft an die der Milchverhältnisse auf dem Land heranzugehen haben. Der Krieg hat auch hier sehr dringende Aufgaben gestellt, vor allem die Beschaffung von Futtermitteln für die Produzenten und die Sorge für den Nachwuchs und die Einstellung von Milchkuhen. In der Lösung dieser Aufgaben wird die Gesellschaft ihre soziale Bedeutung erweisen müssen.

× **Straßburg:** Die Gesellschaft für Volks- ×
Gesellschaft ernährung, das zweite von
für Volks- Straßburg gegründete Un-
ernährung ternehmen, soll nur für die Zeit des
Krieges funktionieren. Als Festungsstadt
hatte Straßburg die besondere Pflicht
die Ernährung seiner Bevölkerung durch
Schaffung eines Bestands von haltbaren
Lebensmitteln für den Fall einer Belage-

rung, durch Gewährung von Hilfe an die Nahrungsmittelgewerbe, durch Kontrolle und Regulierung der Preise, durch Regulierung des Zu- und Abflusses der Lebensmittel sicherzustellen. In welcher Weise dies geschehen ist, darüber orientiert eine sehr interessante Denkschrift des Bürgermeisters an den Gemeinderat, die zugleich die Errichtung jener Gesellschaft begründet.

Die Höchstpreise ließen sich während der beiden ersten Monate des Krieges durchführen. Unüberwindliche Mängel stellten sich erst heraus, als die Lebensmittelpreise im übrigen Deutschland schnell in die Höhe gingen. Es war nun nicht mehr möglich das örtliche Preisniveau niedrig zu halten, ohne daß sofort ein starker Abfluß der Lebensmittel nach außen stattfand und die Zufuhr stockte. Es mußte also ein anderer Weg eingeschlagen werden der Bevölkerung die unentbehrlichen Lebensmittel zu erträglichen Preisen zu beschaffen. Den Vertrieb in eigene Regie zu nehmen war der Stadt deshalb nicht möglich, weil sie keine Lagerräume zur Verfügung hatte und das geeignete Personal fehlte. So entschloß man sich dazu in Verbindung mit einer ansässigen leistungsfähigen Firma das Ziel zu erreichen. Eine solche Großfirma hatte schon seit Beginn des Krieges im Verein mit der Stadt Vorräte gesammelt, aufgekauft und nach Straßburg geschafft. Das gesamte Unternehmen konnte der Stadt nicht angegliedert werden, weil es eine Reihe von Geschäftszweigen umfaßt, die über die Beschaffung der unentbehrlichen Nahrungsmittel hinausgehen. Dieser Teil des Geschäfts mußte aber auch umgekehrt ganz von der Firma losgelöst und auf die neu zu bildende Gesellschaft übertragen werden, der die Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegeben wurde. Dadurch konnte die Zahl der Gesellschafter auf 2, die Stadt und die Firma, beschränkt werden, die gleichen Einfluß auf die Leitung der Geschäfte haben. Um bei Meinungsverschiedenheiten eine endgültige Entscheidung zu sichern, wurde ein Aufsichtsrat aus 3 Mitgliedern eingesetzt, von denen der Bezirk Unterelsaß eines stellen soll. Die Gesellschaft beschäftigt sich mit der Beschaffung und dem Vertrieb von Hülsenfrüchten, Reis, Gerste, Speisefetten, Molkereiprodukten und Konserven, Salz, Sauerkraut, Heringen, Kartoffeln, billigen Sorten Kaffee. Die Verkaufspreise werden vom Aufsichtsrat festgesetzt. Die Waren werden nur an solche Verkäufer abgegeben, die sich verpflichten sie nur

an Verbraucher innerhalb der Stadt zu den von der Gesellschaft festgesetzten Preisen zu verkaufen.

Der schwierigste Punkt in dieser Konstruktion ist die Preisbestimmung. Sie erfolgt durch den Aufsichtsrat; dabei sollen die Verbraucher der Stadt Straßburg bevorzugt werden. Im Aufsichtsrat hat allerdings das öffentliche Interesse in den beiden Vertretern der Stadt und des Bezirks Unterelsaß das Übergewicht. Da aber die Firma zur Hälfte an dem Unternehmen beteiligt ist, sie auch Geschäftsräume und Personal für den Betrieb stellen wird, kann ihr Widerspruch nicht einfach durch Majoritätsbeschluß überwunden werden, wenn sich nicht schon nach ganz kurzer Zeit unerträgliche Gegensätze herausbilden sollen. Der Verzicht auf Gewinn konnte bei dieser Gesellschaft nicht durchgesetzt werden, ja nicht einmal eine Beschränkung auf die bei gemeinnützigen Gesellschaften übliche Gewinnhöhe war zu erwirken. So wird denn der Streit um die angemessene Höhe des Gewinns einsetzen müssen, wenn man sich nicht schon im voraus stillschweigend darüber geeinigt hat: der Öffentlichkeit wird man dann aber aus guten Gründen das Ergebnis dieser Einigung vorenthalten haben. Gerade in den anormalen Zeiten des Krieges sind aber die Anschauungen über eine angemessene Gewinnhöhe so ganz andere als im Frieden, daß die Skepsis gegenüber den gemischtwirtschaftlichen Betrieben jetzt besonders angebracht erscheint.

✕ **Kurze Chronik** Durch Verordnung vom 19. Januar ist ein Teil der im preußischen Wohnungsgesetzentwurf vorgesehenen Bestimmungen für den Ausbau der zerstörten Ortschaften in Ostpreußen in Kraft gesetzt worden. Es handelt sich um die Ausdehnung der lex Adickes betreffend die Umlegung von Grundstücken, die Abstufung der Bauvorschriften nach Ortsteilen, nach der gewerblichen Ausnutzung und nach Gebäudegattungen sowie die Abstufung der polizeilichen Straßenausbauvorschriften. ✕ Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschloß den Hinterbliebenen städtischer Arbeiter mit weniger als 10 Dienstjahren gleichfalls Rente zu gewähren und der Rentenberechnung in solchen Fällen eine 10jährige Dienstzeit zugrunde zu legen. Sie bewilligte ferner 1200 Mark, um kurze Kochkurse und Vorträge für Frauen und Mädchen aller Stände abhalten zu lassen. ✕ Die Stadt Allenstein stellt in allen Wohnungen bis zu 4 Zimmern

die Anschlußleitungen zu Gas oder Elektrizität kostenlos her, wenn sich der Abnehmer verpflichtet das Gas oder die elektrische Energie durch Automaten zu beziehen und den höhern Automatenpreis zu bezahlen. × Das statistische Amt der Stadt Hannover hat bei der Aufnahme der leerstehenden Wohnungen am 1. Dezember 1914 eine Aufnahme der Mietsausfälle vorgenommen. In der Zeit vom 1. August bis zum 1. Dezember kamen Mietsausfälle vor bei 2043, das ist 2,6 % aller Wohnungen; sie beliefen sich auf 139 696 Mark, das heißt auf 1,2 % des Jahresmietswerts aller Wohnungen ohne Gewerbelokale. Der Jahresmietsausfall wegen Leerstehens der Wohnungen beträgt 1,3 %. So ergibt sich ein Gesamtausfall von 2,5 %, der keine übermäßige Belastung des Hausbesitzes bedeutet.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Sellmann

Geltungsproblem

Wer Sinn und Bedeutung unserer logischen Funktionen sich zu klarem Bewußtsein bringen will, der wird vor allem deren ausgesprochen antinomischen Charakter, wie er sich vornehmlich in dem Satz der Identität und dem des Widerspruchs kundgibt, zum Gegenstand seiner Untersuchung machen müssen. Unsere logischen Funktionen sind einerseits keine einfachen Tatsachen, die uns von außen her ohne weiteres gegeben wären, wie die Farbe, die ich sehe, der Klang, den ich höre, der materielle Gegenstand, den ich betaste; denn allzudeutlich tragen sie den Stempel einer spontanen Tätigkeit unseres Geistes an der Stirn, allzu lebhaft fühlen wir es, daß an der zwingenden Notwendigkeit einer rein logischen Argumentation, die wir in Gedanken verfolgen, unser eigenes Selbst einen regen Anteil nimmt. Andererseits können wir unmöglich diese logischen Funktionen als einen spontanen Ausfluß unseres eigenen Willens betrachten, da die Gesetze unseres Denkens mit dem Satz der Identität und dem des Widerspruchs an der Spitze, mit eben der selben Unerschütterlichkeit an unser Bewußtsein herantreten, wie jedes unseren Sinnen sich aufrängende äußere Faktum, von dem wir wohl unter Umständen unsere sinnlichen oder geistigen Blicke wegwenden können, dessen Faktizität aber als solche wir nicht umzubringen vermögen, da wir nimmermehr imstande sind das einmal Dagewesene zu einem Nichtgewesenen zu machen.

Descartes irrte entschieden, wenn er meinte, daß nur das Hinwegdenken des Denkens, nicht aber das einer Tatsache, einen Widerspruch in sich schließen müsse: wir können wohl diese oder jene Tatsache gedanklich in andere Räume und andere Zeiten versetzen, keineswegs aber vermögen wir diese Tatsache durch unser Denken gänzlich aus der Welt zu schaffen. Jeder Versuch ein Seiendes durch das Denken hinwegzuschaffen, das heißt ein Seiendes als nichtseiend zu denken, muß an dem Widerspruchsvollen dieses Beginnens völlig scheitern. Noch schärfer und klarer tritt der zweideutige Charakter der Verstandesfunktionen im Akt der Unterscheidung zutage. Überall da, wo es sich um die Unterscheidung äußerer Eindrücke handelt, ist das unmittelbare Bewußtsein anzunehmen geneigt, daß ihm die Unterscheidung von außen her gegeben sei, ganz in der selben Weise wie die Eindrücke selber; wenn ich beispielsweise einen roten Fleck auf einem blauen Hintergrund wahrnehme, so glaube ich auch den Unterschied zwischen diesen beiden Eindrücken samt dem Farbenpaar wahrzunehmen, während ich doch andererseits sehr wohl fühle, daß mein Verstand es eigentlich ist, der das eine von dem andern sondert, und daß es nicht die Eindrücke sein können, die die Funktion des Unterscheidens vollziehen. Der Unterschied scheint also einerseits ein von dem Verstand vollzogener Prozeß der Unterscheidung, andererseits eine in den äußeren Wahrnehmungen selber liegende Tatsache der Verschiedenheit zu sein. Es lassen sich für die eine wie für die andere Betrachtungsweise gleich überzeugende und strikte Beweise anführen: 1. Der Unterschied bildet keinen selbstständigen Inhalt neben den unterschiedenen Eindrücken. Stellen wir uns für einen Moment vor, daß wir außer dem obenerwähnten Farbenpaar Rot-Blau noch ein anderes Farbenpaar Gelb-Grün in einiger Entfernung vor unseren Augen haben, und zwar in genau der selben Disposition, das heißt einen gelben Fleck auf dem grünen Hintergrund. Für die unbefangene Anschauung unterscheiden sich nun diese beiden Farbenpaare von einander auf die selbe elementare und unmittelbare Weise wie sich die einzelnen Farben innerhalb jedes einzelnen Farbenpaars von einander unterscheiden. Wäre nur der Unterschied zwischen Rot und Blau in dem einen und zwischen Gelb und Grün in dem andern Farbenpaar ein selbstständiger Inhalt neben all diesen verschiedenen Eindrücken, so

müßten sich diese beiden Unterschiede wiederum von einander unterscheiden. Dem ist aber nicht so. Der Unterschied als Unterschied betrachtet ist genau der selbe in dem einen wie in dem andern Fall. Daraus folgt zur Genüge, daß er jedenfalls nicht in den unterschiedenen Inhalten stecken kann. 2. Der Unterschied ist in den unterschiedenen Eindrücken selbst enthalten. Denn wir haben doch selber bei unserer Beweisführung feststellen müssen, daß die beiden Farbenpaare sich für unsere Betrachtung auf eine unvermittelte Weise von einander unterscheiden, konnten also erst auf Grund eines in den Wahrnehmungen enthaltenen Unterschieds von unserer Schlußfolgerung gelangen. Aus dieser Antinomie scheint es nur einen einzigen Ausweg zu geben. Es gilt nämlich zu bedenken, daß, wenn einerseits die logischen Normen aus unserm Denken zu stammen, andererseits wiederum alle Merkmale des tatsächlich Gegebenen aufzuweisen scheinen, sich darin der dualistische Charakter unserer Bewußtseinsaktivität überhaupt offenbart, die niemals in reiner Gestalt aufzutreten vermag sondern immer an die Gesetzmäßigkeit des äußern Seins gebunden bleibt. Die selbe Erwägung gilt für die in den äußeren Wahrnehmungen hervortretenden Unterschiede. Wiewohl die Wahrnehmungen von der bestimmenden Subjektivität des menschlichen Bewußtseins imprägniert werden, bleiben sie doch andererseits von dem chaotischen Durcheinander der in ihnen enthaltenen materiellen Bewegungen allzu sehr durchdrungen, als daß sie klar abgegrenzte Konturen zeigen könnten. Die Unterschiedlichkeit ist da, aber bloß in potentiellm Zustand; es fehlt das fixierende, scharfe Grenzen ziehende Moment. Dieses fixierende Moment bringt die logische Funktion des Unterscheidens in die Wahrnehmungen hinein. Da aber diese in concreto mit der Materie der Wahrnehmungen aufs engste verwachsen ist, so scheint sie den beiden Sphären, dem Spontanen und dem Gegebenen, in gleicher Weise anzugehören. Von hier aus eröffnet sich ein Blick auf das Verhältnis zwischen Erleben und Erkennen überhaupt. Denn die logische Funktion des Unterscheidens und Identifizierens bildet bloß einen Spezialfall eines allgemeinen Problems, des Problems des Erkennens. Daß Erleben und Erkennen nicht ein und das selbe sind: diese Einsicht macht sich bereits in der populären Auffassung eines zwischen Verstand und Gefühl bestehenden Dualismus

geltend. Das unmittelbare Erlebnis bleibt in sich geschlossen und zeigt keinen Ausweg über sich selber hinaus. Die Erkenntnis hingegen ist wesentlich Beziehung zwischen der einen und der andern Erscheinung. Rot ist Rot und Blau ist Blau, und bliebe ich in diesen meinen Empfindungen stecken, so hätte ich wohl ein Bewußtsein von Rotem und Blauem, aber nimmermehr wüßte ich, daß Rot nicht Blau und Blau nicht Rot ist, daß also diese beiden Empfindungen in der Beziehung der Negation zu einander stehen. Die Erkenntnis ist es, die das Erlebnis fixiert, es gleichsam rechtstutzt, ihm die richtige Form gibt, die es befähigt in Beziehung zu anderen Erlebnissen zu treten. Genauer besehen ist es der Akt des Fixierens, der einen scharf gegliederten Zusammenhang zwischen den an sich verschwommenen Erlebnissen stiftet. Immer aber muß man dabei dessen eingedenk bleiben, daß der Akt des Fixierens ursprünglich sich unmittelbar an das Erlebnis heftet. Man kennt die strenge Scheidungslinie, die Kant zwischen der Rezeptivität der Sinnlichkeit und der Apriorität der reinen Verstandesformen gezogen hat. Aber Kant hat immer die Empfindung beibehalten, daß es irgendwo im menschlichen Bewußtsein ein Terrain geben müsse, wo diese reinen Verstandesformen mit der Sinnlichkeit in enge Berührung gelangen. Dieses neutrale Terrain glaubte Kant in den reinen Anschauungsformen Raum und Zeit entdeckt zu haben, die, weil sie an der Sinnlichkeit und der Apriorität in gleicher Weise partizipieren, ihm sehr geeignet schienen diese vermittelnde Funktion auszuüben. Die Marburger Schule hat das alles anders gemacht. Mit der erkenntniskritischen Richtung dieser Schule befaßt sich ein Buch Arthur Lieberts, betitelt Das Problem der Geltung /Berlin, Reuther & Reichard/, das in fließender und durchsichtiger Darstellung die Hauptmomente dieser philosophischen Bewegung dem Bewußtsein des Lesers nahe zu bringen sucht, und das ihre sämtlichen Ergebnisse in allgemeine Betrachtungen zusammenfaßt, die an Klarheit und Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Aus diesen Betrachtungen geht hervor, daß Erkennen und Erleben, Denken und Dasein zwei vollständig disparaten Sphären angehören, die keinen einzigen Berührungspunkt mit einander gemein haben, daß der Prozeß des Erkennens wohl mit einer gedachten, aber keineswegs mit einer unmittelbar erlebten Wirklichkeit zu tun hat, die gewiß für

sich besteht, aber in den Aussagen des Erkennens nicht mitredet. Der Verfasser will uns zu verstehen geben, daß, sobald ein Erlebnis in den Prozeß des Erkennens eingeht, es eo ipso aufhört Erlebnis in unmittelbarem Sinn zu sein, um zu einem Moment einer Denkbewegung zu werden, und daß mithin das Denken überall nur sich selber, keineswegs aber das unvermittelte Dasein erfassen kann. Dieses unvermittelte Dasein wird sicherlich erlebt, aber im Grunde eigentlich gar nicht erkannt; denn eben in dem Moment des Erkenntwerdens ist es bereits ein anderes geworden. Bei alledem bewegt sich das Denken auf das unvermittelte Dasein in der Empfindung hin. Dieses macht das Ziel seiner Bewegung aus, denn seine Aufgabe ist es das Dasein immer voller und klarer zu bestimmen. Nun wird das Denken wohl niemals das Dasein zu Ende bestimmen können, aber eben deshalb dient dieses als ein Ansporn für die Denktätigkeit, die nie müde wird das Dasein immer neuen Determinationen zu unterwerfen. Das allseitig und erschöpfend bestimmte Dasein: dies ist jene Grenze, die das Denken nie erreicht, der es aber immer wieder zustrebt.

Auf diese Weise wird eine symbolische Begriffsrealität konstruiert, die zu der erlebbaren Wirklichkeit des unmittelbaren Daseins in einem recht sonderbaren und problematischen Verhältnis steht. Denn es bleibt unbegreiflich, warum die gedachte Realität bei all ihrer Reinheit und Selbstherrlichkeit sich doch immer wieder nach der gemeinen Wirklichkeit des unmittelbaren Daseins richten muß, warum sie es zuläßt, daß die gemeine Wirklichkeit ihr genaue Grenzen zieht, die sie keineswegs überschreiten darf, falls sie nicht jegliche Geltung einbüßen will; es bleibt völlig unbegreiflich, warum diese Begriffsrealität, die ihren Ursprung in sich selber trägt, den Kontakt mit der erlebten Wirklichkeit nie aus den Augen verlieren darf, soll sie nicht in ein Gefüge von inhaltsleeren Formeln verwandelt werden. Alle diese Fragen sind vom Standpunkt des reinen Erkennens, wie ihn die Marburger Schule formuliert, vollständig unlösbar. Es sei denn, daß man die Hypothese einer prästabilierten Harmonie zwischen Erkennen und Dasein heranzieht. Allein die von der Marburger Schule ausgehende erkenntnistheoretische Richtung würde diese metaphysische Hypothese auf das entschiedenste verwerfen.

In die gleiche Gedankenreihe wie die Liebertsche Arbeit gehören Artur

Buchenaus Probleme der Kritik der reinen Vernunft /Leipzig, Meiner/, ein Buch, das als eine Art Einführung in die Kantische Philosophie dienen soll, in dem aber nicht sowohl die Probleme, die das unvoreingenommene Studium dieser Philosophie vor dem Geist des Lesers aufrollt, beleuchtet, als vielmehr die fertigen Ergebnisse der vorhin besprochenen erkenntnistheoretischen Richtung in Kantischem Gewand dargeboten werden. Wiewohl das Buch an und für sich mir sehr lesenswert, ja lehrreich scheint, so würde ich doch ernstliche Bedenken hegen es als geeignete Einleitung in das Kantische System zu empfehlen, da, wie gesagt, hier nicht sowohl Kant ausgelegt als vielmehr vieles in ihn hineingelegt wird.

× **Kurze Chronik** An der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg habilitierte sich Professor Dr. F. Thorbecke. × Der philosophisch-historischen Klasse der Akademie der Wissenschaften hat Professor Erdmann eine Kritik der Problemlage in Kants transzendentaler Deduktion der Kategorien vorgelegt.

Hygiene / Martha Wygodzinski

Krieg und Hygiene Die Erfahrungen in der Kriegschirurgie, die im russisch-japanischen und im Balkankrieg gemacht worden sind, die ungeheuren Fortschritte, die die Bakteriologie und Epidemiologie in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, kommen in diesem Weltkrieg den Kriegern im Feld in reichstem Maß zugute. Neben der Anwendung der Wissenschaft ist der wichtigste Faktor die Organisation des Sanitätswesens. Denn um im Krieg die Erhaltung des Lebens und eine Wiederherstellung der Verwundeten unter weitestgehender Gebrauchsfähigkeit ihrer verletzten Körperteile zu sichern, dazu gehört vor allem auch eine möglichst schnelle Versorgung der Kranken. Dazu kommt die gesundheitliche Versorgung und Überwachung der Truppen, die sie vor dem Ausbruch innerer und epidemischer Erkrankungen schützen soll.

Zur Hebung der Widerstandskraft dient eine möglichst ausreichende und kräftige Ernährung. In dieser Beziehung stellen die fahrbaren Feldküchen einen großen Fortschritt dar. Da Konserven aller Art stets in ausreichender Menge mitgeführt werden, so kann für eine möglichst abwechslungsreiche und genügende Ernährung mit warmem Essen

auch bei Fehlen frischer Nahrung gesorgt werden. Einen noch höhern hygienischen Wert als die Feldküchen beanspruchten die fahrbaren Trinkwasserbereiter. Das Wasser, das die Soldaten überall nehmen müssen, wo sie es finden, bietet die größte Gefahr der Übertragung von Infektionskrankheiten, von Typhus und Cholera. In dem deutschen Armeesterilisateur wird das Wasser, nachdem es einen Bimsteinvorfilter passiert hat, unter 9,5 Atmosphären Überdruck gekocht, in einem Kastenkühler abgekühlt und dann zur Beseitigung des Kochgeschmacks wieder durchlüftet. Bei diesem Verfahren werden auch die widerstandsfähigsten Sporen sicher abgetötet.

Von großer hygienischer Bedeutung ist die Beseitigung der Exkremente der Massenheere und die Unschädlichmachung der menschlichen Leichen und der Tierkadaver. Beide Probleme harren noch ihrer Lösung. Die bisher gemachten Verbrennungsversuche sind fehlgeschlagen. Die vorgeschlagene Mitführung transportabler Verbrennungsöfen wäre praktisch zwecklos, weil diese Öfen erst nach mehrstündiger Tätigkeit zur Verbrennung benutzt werden und dann nur wenige Leichen veraschen können. Die menschlichen Leichen sollen möglichst in Erde bestattet, die Tierleichen nach Vorschrift der Kriegssanitätsordnung vom 27. Januar 1907 reichlich mit gebranntem Kalk bestreut werden. Die beste Unterstützung der Hygiene bietet hier die Natur in Gestalt der zahllosen Krähenschwärme, die sich nach den Schlachtfeldern ziehen und in ihrer Gefräßigkeit mit ungeheurer Schnelligkeit mit den Pferdekadavern aufräumen. In der **Wundbehandlung** hat sich heute als durchgängiges Prinzip die strengste Befolgung des ersten ärztlichen Grundsatzes »Nihil nocere« bahngebrochen. Die Wunden sind möglichst vollkommen in Ruhe zu lassen. Durch die von Lister eingeführte Antisepsis war es Mode geworden die Wunden mit desinfizierenden Flüssigkeiten auszuwaschen und auszuspülen; durch dieses Verfahren wurden die überall vorhandenen Krankheitskeime in das Gewebe direkt hineingepreßt und in der Wunde verbreitet. Außerdem war es früher üblich in den Wunden mit Sonden nach Fremdkörpern zu fahnden und blutende Wunden fest zu tamponieren. Heute geschieht nichts von alledem. Nur grob sichtbare Fremdkörper, Erde, Kleiderfetzen und oberflächlich liegende Geschoßteile werden mittels der Pinzette

entfernt; Fremdkörper durch Sondierung aufzusuchen ist verpönt. Leicht tamponiert werden nur ausgedehnte Wundhöhlen. Sonst wird nur die äußere Wunde mit dem Verband bedeckt. Durch Herabsetzung des Blutdrucks kommen Blutungen von selbst zum Stehen. Eine Verblutung tritt nur aus den größten arteriellen Gefäßen ein, und das geschieht dann auf dem Schlachtfeld schon vor dem Eintreffen des Arztes: deswegen kommen auch primäre Unterbindungen so gut wie nie in Betracht. Zur Anlegung des ersten Wundverbands gleich nach der Verwundung dienen die Verbandpäckchen, deren jeder Soldat 2 Stück in einer leicht zugänglichen Tasche bei sich führt. Das Verbandpäckchen, das aus sterilisiertem, nicht antiseptisch getränktem Verbandmull besteht, ist so eingerichtet, daß die Finger des Verbindenden mit der Stelle, die auf die Wunde aufgelegt wird, nicht in Berührung kommen können, so daß jede Infektion durch den Verband ausgeschlossen ist. Kommt der Verwundete in die Hände des Arztes, so soll dieser Fleischwunden mit einem gutsitzenden Verband bedecken und gebrochene Gliedmaßen sofort durch Schienung (jeder Stock kann diesem Zweck dienen) ruhig stellen. Die Verbandtechnik verdankt von Öttingen, einem Schüler Bergmanns, einen großen Fortschritt: die Einführung des Masticols, einer harzigen Flüssigkeit, mit der die Umgebung der Wunde gepinselt wird, wodurch der Verbandstoff festgeklebt, also eine Verschiebung verhindert und alle in der Umgebung der Wunde haftenden Keime fixiert und so unschädlich gemacht werden. Sehr gut hat sich auch die neuerdings von Stokum empfohlene Anwendung des Perubalsams, eines stark antiseptischen und gewebekonservierend wirkenden Mittels bewährt. Oberst empfiehlt in der Münchner Medizinischen Wochenschrift auf Wunden mit großen Weichteilzerreißen den Perubalsam so aufzugießen, daß er möglichst mit allen Buchten in Berührung kommt; die Wundeiterung soll dadurch besonders bei offenen Knochen- und Gelenkverletzungen verhindert werden können. Durch die vereinfachte Wundbehandlung ist es tatsächlich gelungen die in früheren Kriegen so gefürchtete Wundkrankheit, den Hospitalbrand, fast ganz auszuschalten. Der Hospitalbrand machte früher nicht nur die Amputation vieler verletzten Körperteile notwendig, er führte auch ungezählte Male durch allgemeine Sepsis den Tod herbei. Die ge-

naue Erkennung der Ursachen des Hospitalbrands durch die Bakteriologie hat seine fast gänzliche Ausschaltung ermöglicht.

Ganz anders verhält es sich mit zwei außerordentlich gefürchteten Wundinfektionskrankheiten, deren Erreger in die Wunden entweder gleich bei der Verletzung oder meist dann eindringen, wenn der Kranke gar nicht oder schlecht verbunden auf der Erde liegen bleibt. Es handelt sich um die Gasphegmonie und den Tetanus oder Wundstarrkrampf. Die Erreger beider Krankheiten sind obligat anaerobe Stäbchen und kommen hauptsächlich in der Erde vor. Daher treten beide Infektionen fast nur an Wunden auf, die mit Erde infiziert sind. Beide Krankheiten verlaufen leider auch jetzt noch in den meisten Fällen tödlich. Doch hat natürlich ihr verhältnismäßig häufiges Auftreten im gegenwärtigen Krieg zu vielen neuen, therapeutischen Versuchen geführt, die auch teilweise von Erfolg begleitet sind. Die Gasphegmonie tritt in der Form auf, daß das Gewebe in der Umgebung der Wunde unter Gasbildung abstirbt; die Gasbildung und Gangrän greift rapide um sich, der Tod tritt unter Fieber und schnellem Kräfteverfall ein. Der Krankheitserreger wurde 1892 von Eugen Fränkel entdeckt und nach ihm der Fränkelsche Gasbazillus genannt. Eine erfolgreiche Therapie verlangt vor allem frühzeitige Erkennung der Krankheit. Sie stützt sich auf die obligate Anaerobität des Erregers und erfordert daher reichlich Sauerstoffzufuhr zu den infizierten Teilen; die erkrankten Stellen sollen daher schleunigst in breiter Ausdehnung freigelegt werden. Tritt trotz direkter Sauerstoffzufuhr kein Stillstand ein, so darf mit der Amputation nicht gezögert werden. Durch rücksichtslose Amputation ist noch in weit vorgeschrittenen, scheinbar hoffnungslosen Fällen Heilung erzielt worden.

Der Verlauf des Tetanus war auch schon früher besser als der der im Frieden sehr selten vorkommenden Gasphegmonie bekannt. Trotzdem hat das leider jetzt gehäufte Auftreten des Wundstarrkrampfs zu vielen therapeutischen Versuchen und Erfahrungen geführt. Der Tetanus äußert sich in tonischen Krämpfen, die zuerst in der verwundeten Extremität auftreten, dann auf die Gesichtsmuskulatur und schließlich auf den gesamten Körper übergreifen. Der Wundstarrkrampf tritt meist in Form kleiner regionärer Epi-

demien auf, was leicht dadurch zu erklären ist, daß die Erde an bestimmten Orten mit Tetanusbazillen infiziert ist. Die so erstrebenswerte prophylaktische Tetanusbehandlung durch Seruminjektionen wird leider dadurch unmöglich gemacht, daß die Wunde selbst keinerlei Anzeichen für die Infektion mit Tetanusbazillen bietet. Auch glatt heilende Wunden können zu Tetanus führen. Die Behandlung soll möglichst frühzeitig einsetzen. Für den therapeutischen Erfolg ist von größter Bedeutung die Heftigkeit der Infektion, die ihren sichern Ausdruck in der Länge der Inkubationszeit findet. Je kürzer die Inkubationszeit, desto geringer ist die Aussicht auf irgendeinen Heilerfolg. Nach Kreuter (Erlangen) verlaufen Fälle mit einer Inkubationszeit bis zu 8 Tagen fast immer tödlich. Zwei Behandlungsmethoden scheinen nach den Mitteilungen aus Lazaretten, die heute die medizinische Presse fast überfluten (ein trauriger Beweis für das leider so häufige Auftreten und die verhältnismäßig große Unzugänglichkeit der Krankheit gegenüber der Therapie), allgemein anerkannt zu sein: das sind die intralumbale Serumbehandlung mit ätiologischer und die subkutane Magnesiumsulfatbehandlung mit symptomatischer, das heißt krampfstillender Wirkung. Von der früher allgemein geübten Amputation des verwundeten Körperteils kommt man immer mehr zurück; ihre Unwirksamkeit ist auch theoretisch leicht verständlich, da ja das von den Tetanuserregern erzeugte Toxin zur Zeit des Ausbruchs der Erkrankung schon mit den motorischen Nervenzellen, die seinen Angriffspunkt bilden, verankert ist, die versuchte Heilwirkung also hier ansetzen muß.

Für die rein chirurgische Behandlung sind von besonderer Wichtigkeit alle mit erheblichen Knochenverletzungen einhergehenden Verwundungen. Hier feiert gegenwärtig die weitestgehende konservierende Behandlung ihre größten Triumphe. In früheren Kriegen wurden wohl alle größeren Zerschmetterungen von Knochen ohne weiteres amputiert. Das größte Verdienst an der Durchführbarkeit der konservierenden Methode hat natürlich die Röntgenologie, die jetzt geradezu ihren Siegeszug feiert. Schon für die Feldlazarette stehen fahrbare Röntgeneinrichtungen zur Verfügung. In größeren Orten, wo vielfach kleine Privatlazarette bestehen, die nicht alle eine eigene Röntgeneinrichtung besitzen können, werden Röntgenapparate

bei Bedarf an die einzelnen Lazarette verliehen. Durch immer wiederholte Röntgenaufnahmen und größte Geduld, die die stete Wiederholung kleiner Eingriffe nicht scheut, sobald sich ihre Notwendigkeit ergibt, gelingt es zahllose Amputationen und Gelenkresektionen, bei oft freilich monatelangem Kranklager, schließlich noch glücklich, unter Erhaltung einer gewissen Gebrauchsfähigkeit, zu vermeiden. Zur Erhaltung der Gebrauchsfähigkeit muß neben die immobilisierenden Verbände so früh wie möglich die passive und aktive Übungstherapie der Gelenke treten. Noch eine verhältnismäßig neue Errungenschaft der chirurgischen Technik kann viele gefährdete Gliedmaßen erhalten. Das ist die Gefäßnaht. Durch Kontinuitätstrennung der großen Gefäße entstehen Blutsäcke, die einmal durch ihr Platzen das Leben gefährden, andererseits Gangrän der befallenen Extremität durch Aufheben der Blutversorgung herbeiführen können. Die Wiedervereinigung der durchtrennten Gefäßabschnitte durch Naht kann normale Blutversorgung wiederherstellen.

Fast ebenso große Aufgaben wie der Chirurgie erwachsen im Krieg der Seuchenbekämpfung. Hier fällt der Hauptanteil der Prophylaxe zu. Zu den Kriegsseuchen rechnen wir alle diejenigen übertragbaren Krankheiten, die (in Friedenszeiten in Deutschland sehr wenig oder gar nicht heimisch) in den feindlichen Nachbarländern endemisch sind und daher, bei der durch den Krieg herbeigeführten Vermischung der Bevölkerungen und dem Versagen der Absperrungsmaßregeln, jetzt bei uns einzubrechen drohen. Von Osten her bedrohen uns besonders Flecktyphus, Cholera und Pocken, von Westen der Unterleibstypus. Bei keiner dieser Infektionskrankheiten verfügen wir bis heute über eine einigermaßen sichere, spezifische Therapie. In prophylaktischer Beziehung steht die Medizin bei Typhus und Cholera auf einem viel festern Boden als beim Flecktyphus. Bei beiden Erkrankungen sind nicht nur die Erreger und ihre Lebensbedingungen, sondern auch die Art ihrer Übertragung genau bekannt.

Der Cholera vibrio findet sich ausschließlich in den Exkrementen der Erkrankten, und die Übertragung kann nur dadurch stattfinden, daß mit Exkrementen verunreinigte Nahrungsmittel, hauptsächlich Wasser, aufgenommen werden. Um eine Einschleppung der Cholera zu verhindern, sind deshalb an den russi-

sehen Grenzen Cholera bekämpfungsstationen eingerichtet, an denen alle etwa verdächtigen Kranken bakteriologisch untersucht und, wenn nötig, isoliert werden. Außerdem werden überall Wasseruntersuchungen vorgenommen. Die in ihrer jetzt gebräuchlichen Form von Koller eingeführte Choleraschutzimpfung bietet nur einen verhältnismäßig kurze Zeit vorhaltenden Impfschutz. Sie besteht in einer 2- oder 3maligen subkutanen Einspritzung einer allmählich gesteigerten Menge einer durch Erhitzen abgetöteten Cholera kultur.

Die Lebensbedingungen und der Übertragungsmodus der Typhusbazillen ähneln denen bei Cholera, doch findet sich der Typhuserreger außer in den Exkrementen auch im Urin und im Blut der Erkrankten. Auch ist die Zahl der gesunden Keimträger erheblich größer, da die Lebensdauer der Typhusbazillen länger ist. In der französischen und auch in der belgischen Bevölkerung finden sich viele Keimträger. Die Schutzimpfung scheint die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht ganz zu erfüllen. Es kann wohl schon als erwiesen betrachtet werden, daß sie den Eintritt der Krankheit nicht sicher verhindern kann. Auch scheint es noch zweifelhaft zu sein, ob die Erkrankung bei geimpften Personen einen leichteren Verlauf zeigt als bei nicht geimpften. Wenigstens gibt Professor Neufeld an, daß ein Erfolg der Impfung sich bei den deutschen Truppen in Südwestafrica statistisch nicht habe nachweisen lassen. Günstiger lauten die Berichte über den Erfolg der Schutzimpfungen in der amerikanischen und japanischen Armee. Ein endgültiges Urteil liegt noch nicht vor; doch ist festgestellt worden, daß das Blut der Geimpften regelmäßig die Gruber-Widalsche Reaktion gibt, das heißt, daß sich im Blut der Geimpften ebenso wie in dem der Erkrankten Stoffe finden, die imstande sind die Typhusbazillen zu agglutinieren. Auch hat die Typhusimpfung so gut wie immer leichte Krankheitserscheinungen, Fieber, Abgeschlagenheit usw., im Gefolge. Impfstoff und Impftechnik entsprechen ganz dem der Choleraimpfung. Die Einspritzung lobender, sensibilisierter, das heißt mit Immuneserum versetzter, Bazillen ist vorgeschlagen, aber ihrer großen Gefährlichkeit wegen in Deutschland noch nicht ausgeführt worden. Die Erzielung eines therapeutischen Erfolgs mit Heilserum ist bis jetzt noch nicht geglückt.

Die Einschleppung von Pocken ist bis

auf ganz vereinzelte Fälle bei unserer vorzüglich durchgeimpften Bevölkerung nicht zu befürchten.

Zum Studium der bisher noch nicht ganz klaren Ätiologie des Fleckfiebers hat dieser Krieg eine unerwünschte Gelegenheit geboten. Der Krankheitserreger ist noch nicht bekannt. Doch gilt es jetzt als erwiesen, daß der im Blut kreisende Erreger ausschließlich durch Kleiderläuse übertragen wird, die die Zwischenwirte darstellen. Die Prophylaxe hat sich also ganz der Vernichtung der Läuse zuzuwenden. Die in etwa einem Fünftel der Fälle tödliche Krankheit setzt im Gegensatz zum Unterleibstypus akut mit Schüttelfrost ein und hat eine viel kürzere, ungefähr 12- bis 14tägige Fieberperiode; das Fieber fällt kritisch ab; während der Fieberperiode besteht meist starke Benommenheit, und Erscheinungen von Herzschwäche sind häufig. Eine spezifische Therapie ist noch nicht bekannt. Das einmalige Überstehen der Krankheit führt zu Immunität. Die Erkrankung ist fast in allen russischen Gefangenenlagern zum Ausbruch gekommen, was bei der furchtbaren Behaftung der Russen mit Läusen zu erwarten war. Ein Eindringen in die Bevölkerung ist kaum zu befürchten. Da der Krankheitserreger noch unbekannt ist, so besteht die Prophylaxe ausschließlich in der Bekämpfung der Läuseplage, die bei uns unter normalen, hygienischen Verhältnissen zwar sehr leicht, im Krieg aber schwerer ist als man bei oberflächlicher Betrachtung annehmen würde. Für die im Feld stehenden Truppen gibt es bis jetzt ein sicheres Bekämpfungsmittel überhaupt noch nicht, und auch eine vollständige Entlausung der Gefangenen ist bis jetzt noch nicht gelungen, da das einzige wirkliche Radikalmittel, die Verbrennung sämtlicher Kleidungsstücke, praktisch nicht durchführbar ist.

Außer den Kriegsseuchen gibt es noch eine Anzahl innerer Erkrankungen, deren Entstehung durch das Leben im Felde begünstigt wird, vor allen Dingen die Ruhr oder minder heftige Magen- und Darmleiden. Doch haben diese Krankheiten nichts Spezifisches, unterscheiden sich vielmehr von ihrem Auftreten in Friedenszeiten nur durch ihre Häufigkeit.

Als charakteristische Begleiterscheinung des Kriegs könnten nur gewisse Nervenleiden bezeichnet werden. Doch ist es eine von allen Neurologen übereinstimmend bestätigte Tatsache, daß die Kriegspsychosen, deren reichliches Auf-

treten vielleicht erwartet wurde, in Wirklichkeit nur in Ausnahmefällen auftreten. Hervorragende Psychiater, wie Leppmann, haben sich sogar dahin geäußert, daß gerade leicht psychopathische Individuen in ganz unerwarteter Weise ihre kriegerischen Pflichten erfüllen können. Das Auftreten geistiger oder nervöser Erkrankungen mit spezifischen Symptomen findet sich bisher nicht beschrieben. Eine ziemlich häufige Erscheinung hingegen ist der Eintritt mehr oder minder vollständiger Taubheit, der wohl kaum als nervöses, vielmehr als physiologisches Symptom aufzufassen ist, bedingt durch den beim Abschießen großer Geschosse entstehenden ungeheuren Luftdruck, der zu Störungen der Luftverteilung in der Paukenhöhle führt. Das häufige Vorkommen leichter nervöser Krankheitserscheinungen, wie Schlaflosigkeit, Neuralgien (besonders zahlreich scheinen Trigeminusneuralgien in den unteren Ästen zu sein) usw. bedarf wohl kaum einer Erwähnung.

Die Bedeutung der modernen Hygiene für die Kriegführung ist mit so kurzen Bemerkungen natürlich auch nicht annähernd zu umschreiben. Sie wird in nächster Zeit in allen möglichen Untersuchungen immer wieder hervortreten. Die reichen Anregungen, die der Krieg der medizinischen Wissenschaft in den meisten ihrer Disziplinen gegeben hat, werden in den kommenden Jahren von der Forschung verarbeitet werden. So bringen die unsagbaren Schrecken des Krieges auch Keime neuer und edler Friedensarbeit, die dem ganzen menschlichen Geschlecht zugute kommen wird.

×
Kriegsernährung Vor ein ganz neues Problem ist in diesem Krieg die ärztliche Wissenschaft durch den englischen Aushungerungsplan gestellt worden. Um unter den Bedingungen, die durch das Abschneiden jeder Nahrungsmittelzufuhr für Deutschland geschaffen werden, eine ausreichende Volksernährung zu sichern, ist ein Zusammenarbeiten von Hygienikern, Volkswirten und Nahrungsmittelchemikern erforderlich. Sache der Hygiene ist es die Art und Menge der Nahrungsmittel festzustellen, die zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit unbedingt erforderlich sind. Auf diesem Gebiet, wo bisher alles nur Theorie war, wird jetzt die praktische Erfahrung ein interessantes Wort sprechen. Jahre hindurch wurde die Physiologie von dem Glauben an die Liebig-Voitschen Untersuchungsergebnisse beherrscht, die nach Versuchen

über das Stickstoffgleichgewicht als die im Durchschnitt für einen Erwachsenen erforderliche tägliche Eiweißmenge (an reinem Nahrungseiweiß) 104 Gramm angegeben hatten. Erst ganz allmählich hat sich die Wissenschaft zur Amendierung dieser unbedingt viel zu hoch gegriffenen Zahlen entschlossen. Dazu trugen am meisten die grundlegenden Untersuchungen des Amerikaners Chittenden bei, der sowohl an körperlich wie an geistig arbeitenden Menschen über ein halbes Jahr fortgesetzte systematische Versuche anstellte, die schlagend bewiesen haben, daß ein kräftig arbeitender, gesunder erwachsener Mensch mit 62 Gramm Eiweiß pro Tag auskommen kann. Die noch jetzt von Rubner angenommenen Zahlen halten sich in der Mitte zwischen Voits und Chittendens Resultaten. Da zum Beispiel die Praxis unbedingt zu einer erheblichen Herabsetzung besonders der Fleischnahrung und damit des bisher in Deutschland sehr hohen Eiweißgehalts der Volksnahrung führen wird, so wird wohl aus den durch den Zwang der Verhältnisse aufgedrungenen Ernährungsbedingungen die Wissenschaft Gelegenheit zur Nachprüfung der bisherigen Anschauungen schöpfen. Immerhin wäre zu befürchten, daß die tatsächlich mögliche Ernährung für die weitesten Volksschichten bei einer Steigerung der Lebensmittelpreise noch erheblich unter das physiologische Minimum sinken und damit chronische Unterernährung weiter Kreise um sich greifen könnte. Es ist daher zu erwägen, ob man nicht für die Kriegszeit an die Stelle der Einzelküche in gewissem Umfang die öffentliche Ernährung setzen sollte, die imstande wäre in der Zusammenstellung der Nahrungsmittel die wissenschaftlichen Erkenntnisse zu berücksichtigen und sich außerdem den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in weitestem Maß anzupassen. Ob man sich zu einem solchen Eingriff in die Rechte der Familienküche entschließt, wird sich noch zeigen. Ist das der Fall, so wird der Krieg, diese Erziehungsschule des Gemeinnsinns, uns alle lehren auch ihn hinzunehmen und gutzuheißen; vielleicht sogar ihn als sozialistische Einrichtung zu erkennen.

× **Kurze Chronik** Die Ärzteverluste in diesem Krieg sind enorm. Während im deutsch-französischen Krieg nicht mehr als 11 Ärzte fielen, 55 an Krankheiten starben, betragen die Verluste jetzt schon im ersten halben Jahre 119 (90 gefallen, 29 an

Krankheiten gestorben). außerdem 60 Schwerverwundete und 95 Vermißte. Unter Hinzurechnung der Studierenden erhöht sich, wie das Ärztliche Vereinsblatt am 23. Februar mitteilte, die Zahl auf 311 Tote. In besonders tragischer Weise wurden zwei bedeutende Bakteriologen Opfer ihres Berufs. Beide fielen der Krankheit zum Opfer, deren Bekämpfung sie sich widmeten. Der Leiter der Abteilung für Infektionskrankheiten am Rudolf Virchow-Krankenhaus, Professor Georg Jochmann, und der Abteilungsvorsteher am Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg, Professor von Prowazek, starben an Flecktyphus. Prowazek, Schaudinns Freund und Nachfolger, war die bedeutendste Autorität auf dem Gebiet der modernen Protozoenforschung. Er wurde von der Militärbehörde mit der Bekämpfung des Flecktyphus betraut, dessen Ursachen er früher auf Auslandsreisen studiert hatte. × Im Alter von fast 80 Jahren starb am 1. Februar Robert von Olshausen, einer unserer bekanntesten Gynäkologen. Sein Hauptverdienst bestand in der Angabe und Ausführung neuer gynäkologischer Operationsmethoden. × Ein französisches Kriegsgericht hatte deutsche Ärzte und Sanitätsmannschaften wegen *Diebstahls* verurteilt. Das offenbar von blinder Erregung diktierte Fehlurteil, das in der deutschen Presse eine große Entrüstung hervorrief, ist von der französischen Berufungsinstanz natürlich wieder aufgehoben worden. Die Ärzte sind vor kurzem nach Deutschland zurückgekehrt. × Der Privatdozent an der Universität München Dr. Jussuf Ibrahim ist als außerordentlicher Professor für Kinderheilkunde nach Würzburg berufen worden. Sein Vater, Professor Dr. Ibrahim Pascha, war Direktor und später Ehrenpräsident der medizinischen Hochschule in Kairo. Die Arbeiten Jussuf Ibrahims behandeln vornehmlich Erkrankungen der Verdauungsorgane im Säuglingsalter sowie Nervenkrankheiten der Kinder.

× **Literatur** In der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* ist ein Büchlein *Desinfektion, Sterilisation, Konservierung* von Dr. O. Solbrig erschienen. In klarer, gemeinverständlicher Darstellung, die von guten Abbildungen unterstützt wird, enthält das Bändchen alles Wissenswerte und ist allen Laien, die sich über die einschlägigen Fragen informieren wollen, besonders Krankenpflegern, Schwestern usw., warm zu empfehlen.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Schönheitsproblem Die Aufzeichnungen William Hogarths, seine Abhandlung Analyse der

Schönheit, ergänzt durch Briefe und autographische Erinnerungen, sind von M. Leitner übertragen und herausgegeben worden /Berlin, Bard/. Hogarth will geradezu die Ursachen der Schönheit bestimmen. Daß dieses bis zu seiner Zeit nicht gelungen sei, ja die Frage als unlösbar angesehen wurde, scheint ihm an äußeren Gründen zu liegen. Wir haben nicht viele theoretische Versuche tüchtiger Maler. In Hogarths Versuch findet sich neben nüchternen Allgemeinheiten manches, was sich mit neuesten theoretischen Tendenzen berührt; es soll darum einiges seiner Lehre kurz angeführt werden.

Hogarth schien mehrere Prinzipien, die in verschiedener Weise zusammenwirken, die Schönheit und Anmut auszumachen. Ein verstandesgemäßes; die Zweckmäßigkeit; mehrere formale, die rein in Ergötzungen der Sinne gründen. Erfahrung und Verstand in Richtung sinnvoller Zweckentsprechung sind oft ein wesentliches Moment des Schönheitsurteils. »Dem Rennpferd, dessen sämtliche Gliedmaßen die der Geschwindigkeit am besten entsprechende Größe besitzen, eignet daher der Charakter der Schönheit.« Formen, die an sich von größter formaler Schönheit sind, werden unschön, wenn sie zweckwidrig erscheinen, so die schön gewundene Säule, wenn sie als Stütze einer schweren Masse und damit schwächlich erscheint. Ja, die *schöne Proportion*, die man so oft auf mathematische Prinzipien zurückführen wollte, gründet in solchem lebendig Erfahrenen: die Natur arbeitet so, daß vollkommenste Zweckmäßigkeit anschaulich wird. Nicht mathematische, sondern aus dem lebendigen Zweck und der Betätigung folgende Prinzipien ergeben die schöne Proportion.

So stark der Einfluß solcher Zweckmäßigkeit ist, liegt in ihm doch nicht das Wesentliche des Schönen. Dieses gipfelt in seinem Begriff der schönentwickelten bewegten Mannigfaltigkeit, mit dem Symbol der Schlangenlinie. Das Schöne ergibt sich aus natürlichen Freudenquellen der Sinnestätigkeit. Alle Sinne erfreuen sich an Mannigfaltigkeit, und alle verabscheuen sie das Einerlei. Das Auge verdriest immer auf den selben Punkt oder auf eine öde Wand gerichtet zu sein. Gleichförmigkeit ist ab-

scheulich. Nur wenn sie als Kontrast einer Mannigfaltigkeit angewandt ist, kann sie angenehm werden, oder wenn Zweckmäßigkeit das sichere Gefühl der Ruhe fordert (aber sobald dies Ziel auch durch eine Mannigfaltigkeit erreicht werden kann, ist diese erfreulicher). Wohl aber gefällt eine Einfachheit, wenn sie innerhalb von Mannigfaltigem waltet. Denn so kann das Auge das Mannigfaltige mit größerer Leichtigkeit fassen; zu große Mannigfaltigkeit führt zu Verwirrung. Einfachheit innerhalb von Mannigfaltigem ergibt deutliche (faßbare) Mannigfaltigkeitseindrücke. So erzeugen Mannigfaltigkeiten einfacher Bewegung schönste Formen: die Pyramide ist schöner als der Würfel; sie ist schön, weil sie in der stufenhaften Verkleinerung der Horizontalfächen eine schöne Mannigfaltigkeit gibt; ebenso die Volute, die sich gegen ihren Mittelpunkt verringert. (Sogar die Freude an perspektivischen Ansichten leitet sich aus solcher Veränderung ab.)

Dazu kommt: Das Gemüt will (irgendwie) beschäftigt sein. Etwas *Verfolgen* ist an sich Freude, entstehende Schwierigkeiten des Verfolgens erhöhen das Vergnügen. Das zeigt sich schon im Spiel der Tiere. Das Besondere in Linien nun, das das Auge zu einer angenehmen Art des Verfolgens lockt, nennt man Schönheit, von der Freude her, die dieses dem Geist bereitet. Hogarth nennt es die »wohlgeordnete Verwickelung der Form«. In diesem Prinzip wurzelt Schönheit unmittelbarer als in anderen. Das Auge bewegt sich in den Linien fort und sucht dann die Teile in der vollkommensten Weise auszuforschen. Das gibt allen Formen notwendig Bewegung. Schönheit gründet so eigentlich in erfreulicher Bewegtheit; die Kunst *wohl zusammenzusetzen* ist geradezu die Kunst *wohl zu verändern*.

Wie prinzipiell wesentlich für alle Schönheit Hogarth das Dynamische, die Veränderung, die Bewegung erscheint, zeigt sich auch bei seiner Behandlung des Problems der Schönheit von Farben. Immer wieder geht er von »Veränderung«, »Abwandlung«, »stufenweisem Ab- und Zunehmen« aus. Auch hier sind »Mannigfaltigkeit«, »Deutlichkeit«, »Verwickelung« die entscheidenden Momente, indem nebeneinanderliegende Farben als Veränderungen bestimmter Richtung und Abstufung erscheinen, und von da aus die Schönheit eines Farbigen entsteht.

All das (es kommt noch einiges hinzu, zum Beispiel, daß »Größe« an sich er-

freulich ist) bezieht sich zunächst auf »Oberflächenformungen« im ornamentalen Sinn. Hinzukommt, daß die Körper nicht nur in ihrem sichtbaren Aspekt erfaßt sein müssen; das Ganze der »Schale« (dann auch des Innern) wirkt mit. Der Künstler muß die ganze »Oberflächenschale« eines darzustellenden Körpers nach solchen Prinzipien erfaßt haben, als ob er vom Mittelpunkt des Körpers sähe. Für das Zustandekommen einer wohlentwickelten Form sind bei Körperlichem auch die momentan unsichtbaren Teile von Belang. Geht so Schönheit auf schöne Bewegtheit zurück, so steigert sie sich noch durch die Bezüge zu den Prinzipien wirklicher Bewegung. Die hurtigsten Tiere sind die schönsten, wohlgestalteten. Der Mensch ist das schönste Geschöpf, weil kein anderes sich so »mannigfaltig und reizend zu bewegen fähig ist.« Der Übergang ist damit gegeben, daß, je besser ein Wesen proportioniert ist, es dann desto mehr die Fähigkeit besitzt sich schön zu bewegen; die »abgestimmteste Mannigfaltigkeit in den Verhältnissen der Teile des Körpers« entspricht direkt der Fähigkeit zu wohlgeordneten mannigfaltigen Bewegungen. Nicht so als ob in mathematischer und mechanischer Form dieser Zusammenhang erfaßt würde, sondern die lebendige Erfahrung gibt uns direkt ein Verständnis der wohlproportionierten, zu mannigfaltiger wohlverwickelter Bewegung fähigen Form. (Dieses, verbunden mit den rein formalen Prinzipien, ermöglicht Hogarth geradezu eine Methode des Unterrichts anmutiger Bewegung, des Tanzes, der mimischen Darstellung, zu entwerfen, die darin gipfelt, daß Bewegungen solcher Formen angestrebt werden, wie sie prinzipiell in der Schönheit der Schlangenlinie gegeben sind.) Aus Hogarths sonstigen Aufzeichnungen (sie handeln größtenteils von recht nebensächlichen und unerfreulichen Malerstreitigkeiten) sei nur noch ein Satz hierhergestellt, in dem er die Methode eines richtigen ersten Zeichenlernens andeutet: Kopieren nütze nicht viel. »Mein Bestreben ging dahin mich an eine Art von technischem Rechnen zu gewöhnen. Indem ich in meinem Geist jeden Teil des Gegenstands wiederholte [Hogarth meint nicht nur die Vorderansicht], konnte ich ihn wirklich nach und nach zusammenfügen und mit meinem Stift festhalten . . . Ich hatte hierbei einen großen Vorteil, nämlich die frühe Gewohnheit auch mit meinen geistigen Augen zu sehen, ohne gleich kalt

zu kopieren . . . Nur selten zeichnete ich auch nach dem Leben, um das, was mir nicht in der Erinnerung haftete, zu verbessern.«

Die Übertragung und Herausgabe der Hogarthschen Aufzeichnungen durch Leitner ist dankenswert. Nicht deshalb, weil man etwa erfreuliche Einblicke in Hogarths Art bekäme, wohl aber, weil in Hogarths Gedankengängen manches Element enthalten ist, das für die historischen Formungen des Schönheitsproblems lehrreich ist.

×
Expressionistische Theorie

Das Büchlein Zur neuen Kunst / Berlin, Der Sturm, von Adolf Behne stammt aus der Gruppe der Expressionisten und sucht die Art ihrer Künstler und ihre Weltanschauung dem Publikum näherzubringen. In erster Reihe scheidet nach Behne das Verständnis des Philisters an der Gewohnheit an zu Erlebendes mit Prinzipien heranzugehen. Vor etwa 5 Jahrzehnten spotteten sie über die Abhängigkeit der Impressionisten von der Natur, jetzt bei den Expressionisten über ihre Unnatur. Nach Behne ist aber überhaupt die Verknüpfung von Kunst und Natur ein gänzlich inhaltloses und leeres Prinzip, das nur durch die Gewohnheit von Jahrhundert zu seiner Macht gekommen ist. Die Malerei ist in seinen Augen ausschließlich Füllung einer Fläche mit Linien und Farben, deren Gesetze durchaus andere sind als die der Natur. Die zwei zu scheiden und jeder damit zu ihrem Recht zu verhelfen ist eine der Aufgaben des Expressionismus. Die Unterstellung der Kunst unter die Formen der Natur datiert von der Renaissance her, und wenn diese Knüpfung auch zuerst eine Bereicherung zu bedeuten schien, so war sie doch im Grund nichts anderes als nur ein Treiben in die Breite, eine größere Ausdehnung gegenüber der Konzentration des mittelalterlichen Idealismus. Ein Argument für die rein idealistische Kunst ist, daß sie allein in stande ist alle Wirkungsmöglichkeiten der Farbenskala voll auszunutzen, während der Impressionismus an die Mischfarben der Wirklichkeit gebunden war. Als ein rein persönliches Argument führt Behne gegen die Urteile der Philister noch an, daß die Maler des Expressionismus durchaus nicht, wie das Publikum glaubt, dekadente Kaffehausleute seien sondern gesunde Menschen, fleißig und tüchtig bei der Arbeit. Alles in allem: Der Expressionismus will nicht irgendeine neue Kunst-

richtung sein sondern Ausdruck eines Grundprinzips, etwa wie es sich in dem alten Gegensatz vom Idealismus zum Realismus ausdrückt.

So weit Behne. Dem ist meines Erachtens viel entgegenzusetzen. Wenn er sagt, Malerei sei die Füllung einer gegebenen Fläche mit Linien und Farben, und die Heranziehung der Natur sei unsachlich und erzwungen, so ist für mich dieses ein ebenso leeres Prinzip wie die gescholtenen Prinzipien der Philister. Nichts weiter hat es für sich als eben nur eine gewisse prinzipielle Eindeutigkeit, die aber auf das einzelne Kunstwerk selbst kaum anwendbar ist. Wirklich unabhängig von der Natur, mit völligem Verzicht auf die uns fest eingepflanzten Formen und Zeichen kann in meinen Augen keiner, auch nicht der Expressionist, etwas schaffen. Daß das gemalte Bild in einer andern Welt lebt als die Dinge um uns, ist selbstverständlich, aber die Abweichungen von der Natur müssen doch in einem gewissen innern Zusammenhang mit ihr bleiben, denn sie gerade sind das Mittel den Extrakt der gesteigerten Wirkung zu übermitteln. Wenn ich an das Bild aus dem Sturmsalon denke mit den blauen Hengsten und ihren unmäßig runden Schenkeln, so wird, scheint mir, das Bild sinnlos, wenn ich nicht das Bild von Pferden und ihrer Gangart in mir habe. Wo wirklich prinzipiell auf Natur verzichtet wird, wie bei Kandinskij, verflattert für mich die Wirkung ins Blaue. Es werden durch Farben und Linien Erregungen ausgelöst ähnlich denen der Musik. Aber die Musik gibt durch die Art ihres Nacheinander eine gewisse Gestaltung, während bei Kandinskij diese Empfindungen in einem ungelösten Zustand schweben, der sich gleichsam sehnt nach bestimmter Formung und Bindung. Dazu kommt, daß die Farben ganz anders eng mit Dinglichem, mit der Natur verwachsen sind als die Töne; sie leben in der Gegenständlichkeit, und eine völlige Lösung durchschneidet lebendige Zusammenhänge.

Wenn Kunsttheoretiker, wie hier Behne, nichts weiter wollten als eben nur klarlegen, wie Künstler der oder jener Richtung die Dinge sahen, und wie sie zwischen ihnen in der Welt sich fühlten, dann ist die Berechtigung ihrer Ausführungen offenkundig genug. Sie können uns oft Bilder erschließen, die wir nicht verstanden, so daß wir sie in neuem und lebendigem Sinn sehen. Ich denke dabei zum Beispiel an die Me-

thode Wölfflins. So müßte uns Behne auch vieles erschließen können, wenn er nicht nur den Rahmen eines Prinzips gäbe. Aber so fehlt aller lebendige Inhalt. Denn daß die Linien und Flächen im Bild anderen Gesetzen unterstehen als die Dinge der Natur, weiß jeder, der irgendeinen Fetzen Papier mit Linien füllt; er muß ganz zwangsweise sehen, wie jede neue Linie ihrer gesamten Nachbarschaft ein neues Gesicht gibt. Aber was sind die Zusammenhänge, und wie sind die Gesetze, unter denen sie stehen? Auf das alles geht Behne in seiner Schrift nicht ein. Darum ist mir auch die Anwendung seines Prinzips auf die Architektur durchaus nichtssagend. Daß die Konzeption eines Bauwerks nicht von der Front ausgehen kann, ist selbstverständlich, und nie ist ein gutes Bauwerk anders entstanden als von innen heraus. Worin liegt nun das Neue, das Behne doch nun einmal predigen will? Überall klingen Forderungen allgemeiner Art hindurch; dazu fehlt überall die Zurückhaltung, mit der der Kunsttheoretiker an seine Aufgabe gehen sollte. Der Theoretiker hat nicht voraus zu stehen sondern ganz bescheiden hinten nach.

× **Kurze Chronik** August Macke, dessen Bilder aus den Sturmausstellungen bekannt sind, ist im September auf dem Schlachtfeld in Frankreich gefallen. Die Nachricht von seinem Tode ist erst jetzt bestätigt, nachdem er so lange als vermißt galt. Seine Bilder, von denen ein Teil jetzt in Berlin zu sehen ist, haben sehr viel Gutes an sich, besonders Schönes in der Farbe, und sie halten sich frei von aller Prätention. × Nahezu 70 Jahre alt ist Walter Crane gestorben. Er gehörte der englischen Schule der Präraffaeliten an. Wenn in Rossetti, dem eigentlichen Führer dieser Bewegung, noch ursprüngliche Romantik und unmittelbare malerische Empfindung war, so ist in Crane alles ins Intellektuell-Symbolisierende gezogen; seiner Kunst fehlt Blut wie nur je einer englischen. Viel lobte man seine kunsthandwerklichen Leistungen; in der Entwicklung moderner dekorativer Kunst spielte er jedenfalls eine bedeutende Rolle. Seine Gesinnung als Sozialist macht ihn uns sympathisch, die wir den Mangel an künstlerischer Kraft bei ihm nicht verkennen können. × Bei Gurlitt ist ein Jugendporträt Hindenburgs ausgestellt, das Couture im Jahr 1871 in Paris von ihm machte.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Kriegergräber Im Verein für deutsches Kunstgewerbe erfolgte neulich im Anschluß an einen Lichtbildervortrag des Geschäftsführers des Heimatschutzbunds eine Aussprache über die Gestaltung von Kriegergräbern und Kriegerdenkmälern. Diese Veranstaltung ist wohl nur als ein Glied in einer Kette von Propagandaveranstaltungen anzusehen, die diesen Fragen gewidmet sind. Eigentlich handelt es sich hierbei um zwei ganz verschiedene Angelegenheiten, deren Verknüpfung nicht im Interesse der Sache zu liegen scheint. Aktuell ist augenblicklich lediglich das eine Problem der Kriegergräber. Es ist der allgemeine Wunsch die gefallenen Krieger so zu bestatten, daß die Grabstätten als eindringliche Erinnerungsmale an diese opferreiche Zeit vor der Nachwelt stehen. Ein Wunsch, der immer da war, wenn ein Volk mit seinem Blut für den Bestand des Vaterlands zahlen mußte. Ein Wunsch aber, der, wie die Erfahrungen von 1870 beweisen, nicht immer in einer würdigen und edlen Form zur Ausführung gelangte. Nur zu oft haben sich da aus dem Drang nach romantisch-schwülstigen Allegorien und Ausschweifungen des entflammten Gemüts Dinge ergeben, deren wir uns heute nach so wenigen Jahrzehnten schon zu schämen haben. Ähnliches ist für diesen Feldzug zu verhüten. Es gilt brauchbare Vorschläge zu machen, den noch unentwickelten Geschmack der breiten Massen im Sinn einer würdigen Formgebung zu klären und womöglich durch Entwicklung einiger Typen einen leidigen Individualismus, der auf bombastische Wirkungen versessen zu sein pflegt, zu zügeln. In einigen Orten ist man bereits dazu übergegangen bevorzugte Parteen innerhalb des allgemeinen Friedhofgeländes für besondere Soldatenfriedhöfe zu reservieren. In Potsdam ist man damit einer für die alte Garnisonstadt ehrwürdigen Tradition gefolgt. In einzelnen Orten, zum Beispiel in Bremen, hat man für diesen Ehrenfriedhof eigene Pläne anfertigen lassen. In München hat Stadtbaurat Grässel, der Schöpfer des bekannten Waldfriedhofs, bereits eine vorbildliche Anlage geschaffen. Es ist da nicht nur für eine rhythmische Aufteilung der Grabfelder gesorgt, sondern es sind auch (einstweilen allerdings nur für die Mannschaften ohne Charge) gleichartige Holzkreuze geschaffen wor-

den. Durch diese Gleichheit der Form wird namentlich der ärmern Bevölkerung eine nicht zu unterschätzende Wohltat erwiesen; das bittere Gefühl so mancher Mutter und mancher Frau ihrem Sohn oder ihrem Gatten nicht ein ebenso auffallendes Grabmal setzen zu können wie es ein Teil seiner Kameraden erhalten hat, die um der gleichen Sache willen gefallen sind, kann durch diese auch aus ästhetischen Gründen wünschenswerte Einheitlichkeit nicht aufkommen. Sehr bezeichnend für die im Volk vorhandene Stimmung ist ein spontan von den verschiedensten Seiten fast gleichzeitig gemachter Vorschlag: an diesen Grabstätten und zur Erinnerung an die Gefallenen Bäume zu pflanzen oder vorhandene alte Baumgruppen als Denkmale für diese Zeit zu erhalten und zu pflegen. Es ist so, als ob da eine Scheu vor den viel zu vielen, womöglich schlecht geformten Steinen zum Ausdruck käme.

× **Kriegerdenkmäler** Eine ganz andere Frage ist die der Krieger- und Siegesdenkmäler. Eine Frage, deren Erörterung jetzt schon einem wahrlich schwer fällt. Auch der gute Geschmack sollte nicht als Vorwand genommen werden, um ein Problem aufzurollen, an das nach Friedensschluß noch frühzeitig genug herangegangen werden kann. Oder empfindet man nicht die Keckheit, die in solchen Erörterungen jetzt liegt, wo diejenigen noch draußen sind, die in dieser Frage schließlich doch auch ein Wort mitzureden haben? Indes, so wenig man es für möglich halten sollte, in einigen Orten, im Bremischen und im Sächsischen, sind bereits ein paar solcher Denkmäler fix und fertig aufgebaut. Natürlich ist es weniger peinlich, wenn derartige Monumente von den Architekten Kreis und Högg geschaffen sind, als wenn sie von einer geschmacklos arbeitenden Steinmetzenfirma geliefert worden wären, und es ist natürlich auch anzuerkennen, wenn es dem Bund Heimatschutz gelingt künstlerisch annehmbare Lösungen durchzusetzen; allein eine Agitation für diese Dinge, auch vom künstlerischen Standpunkt aus, muß, gelinde gesagt, als verfrüht bezeichnet werden.

Mir scheint auch, daß die ganze Fragestellung in dieser Angelegenheit falsch ist. Es handelt sich zunächst nicht so sehr um die Verhütung geschmackloser Denkmalsanlagen, wie wir sie nach 1870 in fast allen Städten des Reichs erhalten

haben, sondern es ist vorher einmal zu erwägen, ob diese Art der Denkmalssetzung nicht überhaupt eine überwundene Form ist. Der Denkmalstyp, wie er in den individualistischen Epochen der Renaissance und des Barock zur höchsten Vollendung ausgebildet worden ist, hat sich doch schließlich als eine Form erwiesen, die keineswegs in idealer Weise die Erinnerung an die Wiederaufrichtung des Reichs lebendig zu erhalten vermochte. Daher wäre es einmal ernsthaft zu erwägen, ob es nicht richtiger wäre mit dieser unzulänglichen Form zu brechen. Man könnte statt dessen einen einheitlichen Denkstein, der keineswegs besonderen Umfang zu haben brauchte, da er ja nur ein Gefäß für die Erinnerung an die Zeit sein soll, für das ganze Reich schaffen, der gleichartig am Bodensee wie an der Memel stehen könnte. Wie es für die Tapferkeit vor dem Feind das eine Zeichen des Eisernen Kreuzes gibt, wie ja in ganz Deutschland die Herzen von den gleichen Empfindungen durchzittert waren, wie die Opferbereitschaft in allen Gauen die gleiche war, so könnte auch der gleiche Denkstein das Bewußtsein dieser Tage wachhalten. Die Orte aber, deren Bürger größere Geldmittel zu spenden haben, könnten zur Erinnerung an diese Zeit, die an das Volksganze die höchsten Anforderungen gestellt hat, im Interesse dieses Volksganzes soziale Institutionen schaffen, an denen es doch noch gehörig mangelt. Das dürfte auch der Denkweise vieler noch im Feld stehenden Krieger entsprechen. Einer, ein Feldwebel, schreibt in solchem Brief: »Unser aller Wunsch ist kein prunkvolles Denkmal von Stein und Eisen, sondern ein Denkmal, zu setzen in die Herzen der Hinterbliebenen durch Verwendung des für tote Denkmäler bestimmten Geldes, zur Fürsorge der Familien unserer gefallenen Kameraden. Wo aber der Erinnerung an die glorreichen Kämpfe sichtbar soll Ausdruck verliehen werden, da schafft Spielplätze für unsere Kinder. Eine Fläche an der Grenze der Stadt mit Birken, Eichen und Tannen aufgeforstet, in der Mitte eine Spielwiese, ist mit wenig Mitteln geschaffen. Nennt diese Stätte Kriegerhain. Hier feiert in späteren Jahren die Erinnerung an die große Zeit. Sorgt für die Witwen der Krieger durch eine Rente, sorgt für die Kinder, daß sie heranwachsen in gesunder Luft, damit

durch Spiel und Sport ein starkes Geschlecht heranwächst, das dereinst verteidigen kann, was die Väter siegreich erstritten.«

×
Kurze Chronik Für die Angehörigen der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg ist nach Plänen Ludwig Ruffs bei Nürnberg eine Kolonie, die Gartenstadt Werderau, angelegt worden. Über die Gestaltung dieser sozial und künstlerisch bemerkenswerten Siedlung unterrichtet ein mit zahlreichen Plänen und Abbildungen ausgestattetes Sonderheft der Modernen Bauformen in Stuttgart. × Das von Pazaurek im Stuttgarter Landesgewerbemuseum eingerichtete Museum der Geschmacksverrückungen hat sich genötigt gesehen seine Abteilung des Hurrakitsches um ein Beträchtliches zu vermehren. Der entrüsteten Einsender dieses Kitsches, der unter Mißbrauch patriotischer Embleme gegenwärtig an den Mann zu kommen sucht, sind derart viele, daß bereits das Material zu einer Sonderausstellung beisammen ist.

×
Literatur Ein Lehrbuch der Buchdruckerkunst, das seinen Titel nicht zu Unrecht trägt, ist das von dem Herausgeber der Schweizer Graphischen Mitteilungen August Müller neu zusammengestellte Handbuch über alle Fragen der praktischen Typographie /Leipzig, Weber/. Schon die schnelle Folge der Auflagen (es ist jetzt die 9. erschienen) wäre Beweis für die Brauchbarkeit dieses Wegweisers durch die Welt Gutenbergs. Der Herausgeber, selbst ein erfahrener Praktiker, entwickelt in knappster Form Geschichte, Technik und Ästhetik des Buchgewerbes. Die Herstellung der Typen, die Technik der Schriftgießerei, die Verwertung dieser Lettern durch den Setzer und Drucker, der Werk-, Titel-, Akzidenz-, Noten-, Zeitungs- und alle anderen Arten von Satz werden faßlich abgehandelt. Die wichtigsten Maschinen und Druckverfahren, auch die neueren, werden erklärt und durch reichhaltiges Illustrationsmaterial verständlich gemacht. Kurz gesagt, ein Fachlexikon, das über alle bei der Druckerei auftauchenden Probleme Aufklärung bietet, das technische und künstlerische Fragen unvoreingenommen, von den Bedürfnissen einer auf Qualität bedachten Praxis aus darlegt.